

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

66. Jahrgang · 14–15/2016 · 4. April 2016



Zufluchtsgesellschaft Deutschland

Herfried Münkler

Die Mitte und die Flüchtlingskrise

Christian Jakob

Flüchtlinge verändern Deutschland

Fatima El-Tayeb

Rassismus, Fremdheit und die Mitte der Gesellschaft

Volker Kronenberg

Patriotismus in Krisenzeiten

Sina Arnold · Sebastian Bischoff

Nationale Identität in Krisenzeiten

Priska Daphi

Engagement für Flüchtlinge

Ulrich Bielefeld

Europa: Vergesellschaftung jenseits des Nationalstaates

Editorial

Wir schaffen das, erklären viele im Einklang mit der Bundeskanzlerin und packen an. „Deutschland ist ein starkes Land. (...) Wir haben so vieles geschafft – wir schaffen das!“ Um diesen Satz, den Angela Merkel am 31. August 2015 auf ihrer Sommerpressekonferenz äußerte, dreht sich ein großer Teil des öffentlichen Diskurses zur sogenannten Flüchtlingskrise. Diese ist auch und vielleicht vor allem eine Identitätskrise, mit Blick sowohl auf die Rolle Deutschlands in Europa als auch auf die deutsche Gesellschaft. Wer gehört zum „Wir“? Wie hat sich dieses imaginierte Kollektiv in den vergangenen Jahrzehnten verändert? Und wie können „Fremde“ in diese Gemeinschaft integriert werden?

Wir schaffen das nicht, befürchten andere, und manche sehen die Bundesrepublik Deutschland bereits als *failed state*. Mit den Übergriffen in der Kölner Silvesternacht schienen sich Annahmen über „die Flüchtlinge“, vor allem über männliche Muslime, zu bestätigen, wurde gar „Staatsversagen“ angesichts des hilflos erscheinenden Agierens der Sicherheitskräfte zu einer Diagnose. In den Diskussionen, die folgten, zeigte sich erneut ein strukturelles Problem (nicht nur) in der gesellschaftlichen Mitte: Rassismus. Ihn gilt es zu bearbeiten, um die Debatte um Identität und Zugehörigkeit voranzubringen.

Wir wollen das nicht schaffen, sagen manche. „Wir“, das bedeutet für viele von ihnen ein rückwärtsgewandtes, ethnodeutsches „Wir“, bezogen auf die Vorstellung einer homogenen Nation, die es in der Geschichte allerdings niemals gegeben hat. In Hass und Gewalt schlägt Feindlichkeit gegenüber den Fremden, die nach Deutschland fliehen, zurzeit allerorten um, verbünden sich mitunter „besorgte Bürger“ mit organisierten Rechtsextremen. Ist Deutschland eine Zufluchtsgesellschaft?

Anne Seibring

Herfried Münkler

Die Mitte und die Flüchtlingskrise: Über Humanität, Geopolitik und innenpolitische Folgen der Aufnahmeentscheidung

Der Begriff „Mitte“ hat viele Bedeutungen: die soziale Mitte einer Gesellschaft, das mittlere Segment eines sich nach rechts und links erstreckenden

Herfried Münkler

Dr. phil., geb. 1951; Professor für Theorie der Politik am Institut für Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin, Unter den Linden 6, 10099 Berlin.
herfried.muenkler@sowi.hu-berlin.de

Parteienspektrums, die geografische Mitte eines Raumes. Ist von der Mitte die Rede, so ist zunächst selten klar, welche Bedeutung gemeint ist: die soziologische, die politikwissenschaftliche oder die geografische.

Semantische Eindeutigkeit ergibt sich fast immer erst aus dem Kontext; nur selten erklärt der Sprechende explizit, in welcher Bedeutung er den Begriff der Mitte verwendet. Er kann sich das leisten, weil alle divergenten Bedeutungen von Mitte einen gemeinsamen Sinn haben: Sie ist die Größe, die etwas zusammenhält, die dafür sorgt, dass es nicht auseinanderfällt oder sich in Einzelteile auflöst, gleichgültig, ob es sich dabei um eine Gesellschaft, das Spektrum parteipolitischer Optionen oder einen soziokulturellen Raum handelt. In welcher Bedeutung oder Funktion auch immer Mitte gedacht wird – sie ist der Ort beziehungsweise die Größe, ohne die ihre wie auch immer bestimmte Umgebung nicht gedacht werden kann.

Offensichtlich ist der Platz in der Mitte beziehungsweise die Verfügung darüber eine privilegierte Position. Entsprechend umkämpft und umstritten ist die Mitte, und deswegen ist sie auch gefährdet, mitunter sogar bedroht:

entweder, weil alle in die Mitte hineindrängen, was zu „Überfüllung“ führt, oder weil die Zentrifugalkräfte, die von den sozialen, politischen oder räumlichen Rändern auf die Mitte einwirken, so groß werden, dass die Mitte zu zerreißen oder sich zu spalten droht. Entgegen allen nach Ruhe, Gemütlichkeit und Langeweile klingenden Assoziationen ist die Mitte ein umstrittener und umkämpfter Ort.¹ Und nicht nur das: Infolge des den unterschiedlichen Bedeutungen gemeinsam inhärenten Sinns, ein Ganzes zusammenzuhalten und zu organisieren, kommt ihr auch eine Aufgabe zu, die sie erfolgreich zu bewältigen hat, an der sie aber auch scheitern kann. Ein solches Scheitern der Mitte im soziopolitischen Sinn und ebenso ein Scheitern an der Mitte im geopolitischen Sinn durchzieht die deutsche Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts; deswegen hat der Begriff der Mitte in Deutschland eine besondere Signalfunktion, durch die er sich von der soziopolitischen Kultur der meisten anderen Länder unterscheidet.² In der Regel wird das unter der Überschrift „Weimar als Warnung“ verhandelt.

Betrachtet man die deutsche Geschichte zwischen 1890, dem Ende der Bismarck-Ära und dem Anfang des „Wilhelminismus“, und dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Großreichsbildung 1945 im Hinblick auf die drei genannten Bedeutungen von Mitte, so fällt auf, dass das soziopolitische Scheitern an den Aufgaben der Mitte und das geopolitische Scheitern an der Mitte fast immer zusammenfallen: So hat das Bürgertum im Kaiserreich weder in sozialer noch in politischer Hinsicht die Rolle gespielt, die ihm als Mitte zugekommen wäre, und entsprechend ist es auch an den Aufgaben der Mitte gescheitert: die soziale Spannweite zwischen oben und unten überschaubar zu halten und die politischen Konflikte zwischen links und rechts zu moderieren. Parallel dazu hat die politisch-militärische Elite des Reichs im Sommer 1914 nicht begriffen, dass dessen Raison in der Separierung und Begrenzung der Konflikte in Europa bestand; stattdessen

¹ Vgl. Herfried Münkler, *Mitte und Maß. Der Kampf um die richtige Ordnung*, Berlin 2010.

² Götz Aly hat die soziopolitische Konstellation der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zum Kollektivmerkmal der Deutschen erklärt. Das ist unhistorisch gedacht und darum zurückzuweisen. Vgl. ders., *Volk ohne Mitte. Die Deutschen zwischen Freiheitsangst und Kollektivismus*, Frankfurt/M. 2015.

hat diese Elite darauf gesetzt, alle Konflikte miteinander zu verbinden. Das Ergebnis war der Erste Weltkrieg und an dessen Ende die Niederlage des Deutschen Reichs sowie der Zerfall der Donaumonarchie, die als „Mittelmächte“ miteinander verbündet waren.[¶] In der Weimarer Republik hatten zunächst die politischen Kräfte der Mitte das Übergewicht, aber diese politische Mitte war starken Erosionsprozessen ausgesetzt. Als diese in der Weltwirtschaftskrise auf die soziale Mitte übergriffen, war die Republik von Weimar am Ende. Die Position der gesellschaftlichen Mitte übernahm in der NS-Ideologie die Vorstellung von der „Volksgemeinschaft“, und anstelle eines außenpolitischen Arrangements mit den Nachbarn wurde mehr und mehr eine aggressiv-expansionistische Politik verfolgt, die schließlich in den Zweiten Weltkrieg führte. Ein weiteres Mal war Deutschland an den Imperativen der Mitte gescheitert.

Die „Bonner Republik“ war wie keine Ordnung in Deutschland zuvor ein Staat der soziopolitischen Mitte: Die Parteien am rechten und linken Rand, zunächst noch im Parlament vertreten, verschwanden nach einiger Zeit aus dem Bundestag, und die sozialen Strukturen der Republik sind mit Grund als „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ bezeichnet worden.[¶] Aber diese Bundesrepublik war nicht die geopolitische Mitte Europas, sondern ein Frontstaat des westlichen Bündnisses, und diese exponierte Lage hatte großen Einfluss auf die inneren Konstellationen der Republik. So stand von Anfang an die Frage im Raum, ob die „Berliner Republik“, die mit dem Ende der Blockkonfrontation und der Osterweiterung der EU in die geopolitische Mitte Europas gerückt war, auch die soziopolitische Mitte bewahren können oder ob es mit dem Fortfall des Feindbildes, zumindest der konfrontativen Herausforderung durch den „Osten“, zu einer Spreizung der Vermögens- und Einkom-

mensverhältnisse sowie einer Polarisierung in der politischen Landschaft kommen werde, in deren Verlauf die soziopolitische Mitte ihre hegemoniale Position verlieren werde. Als Kandidaten, die diese Entwicklung forcieren könnten, wurden die Globalisierung und deren soziale Folgen genannt, dazu der Wandel von einer Industrie- zu einer Dienstleistungsgesellschaft und schließlich ein wachsendes Unbehagen an den Großen Koalitionen der Mitte, durch das die Parteien rechts und links der Mitte von ihren jeweiligen Flügeln zu schärferen programmatischen Konturen und damit zum Aufgeben der politischen Mitte gezwungen werden könnten. Das ist nicht – jedenfalls nicht in dem prognostizierten Ausmaß – eingetreten. Es waren vielmehr äußere Herausforderungen, die das Risiko einer Spaltung der Mitte mit sich gebracht haben, und unter diesen Herausforderungen kommt der Flüchtlingskrise eine ausschlaggebende Rolle zu.

Deutschland als Macht in der Mitte Europas

Die EU hat sich nicht so entwickelt, wie sich das die meisten Beobachter zur Jahrtausendwende vorgestellt haben. Erweiterung und Vertiefung der Union, so die damalige Überzeugung, würden Hand in Hand gehen, und gleichzeitig werde es gelingen, das bisherige Elitenprojekt zu demokratisieren, das heißt, den EU-Wahlbürgern eine direkte und unmittelbare Einflussnahme auf die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission zuzubilligen. Zwar gab es Stimmen, die warnten, dies werde auf eine strukturelle Herausforderung der bestehenden Institutionen hinauslaufen, aber insgesamt dominierte die Zuversicht, dass das aus allen Krisen gestärkt hervorgegangene Europaprojekt auch die mit Vertiefung und Erweiterung verbundenen Herausforderungen bewältigen werde. Die Gefahr eines Anwachsens der Zentrifugalkräfte sah man nicht, und wenn man sie sah, unterschätzte man deren Ausmaß.

Schon vor dem Wendepunkt der EU-Geschichte um 2010 war erkennbar, dass Deutschland in der Union ein Gewicht gewonnen hatte, das dem eines jeden anderen Einzelstaates weit überlegen war und das für den bis dahin den Rhythmus der

[¶] Dieser Hinweis auf die spezifische politische Verantwortung Deutschlands als Macht in der geopolitischen Mitte Europas ist nicht zu verwechseln mit der These von einer Allein- oder Hauptschuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg. Vgl. Herfried Münkler, *Der Große Krieg. Die Welt 1914–1918*, Berlin 2013.

[¶] So Helmut Schelsky, *Gesellschaftlicher Wandel* (1956/61), in: ders., *Auf der Suche nach der Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze, Düsseldorf–Köln 1965*, S. 337–351.

EU bestimmenden „deutsch-französischen Motor“ Folgen haben musste. Diese Entwicklung wurde durch Veränderungen im Portfolio der Machtsorten noch verstärkt: Militärische Macht hatte nach dem Ende der Blockkonfrontation an politischer Bedeutung verloren, wirtschaftliche Macht dagegen an Gewicht gewonnen. Dass diese Veränderungen zunächst nicht weiter zu Buche schlugen, lag am weitgehenden Verzicht der deutschen Politik, wirtschaftliche Macht für offene politische Einflussnahme zu nutzen. Die Bundesregierung begnügte sich mit einer Politik des *leading from behind*, und das hatte zur Folge, dass in der europäischen Politik eine „deutsche Handschrift“ nicht erkennbar war. Im Gegenteil: Die europäische Politik bestand weitgehend im Finden von Kompromissen, und fast immer war die Bundesrepublik dabei behilflich, diese Kompromisse zu finanzieren.

Das änderte sich mit der Eurokrise beziehungsweise der Politik zu deren Eindämmung. Mit einem Mal wurde Deutschland nicht mehr als Finanzier von Kompromissen, sondern als Hüter der Verträge wahrgenommen; bei der Redewendung, das Land sei vom „Zahlmeister zum Zuchtmeister“ der EU geworden, wurde freilich übersehen, dass es nach wie vor der europäische Zahlmeister war, nur dass es dies mit Erwartungen an andere verband und diese Erwartungen nicht länger im Unverbindlichen beließ. Das war erforderlich, weil die deutsche Rolle in Europa von der eigenen Bürgerschaft zunehmend kritisch gesehen wurde und das Vertrauen in die prinzipielle Nutznießerrolle Deutschlands zu schwinden begann. Die Bundesregierung musste ihre Politik der Mitte damit zweifach verteidigen: nach innen, wo sie den Nutzen der EU für die politische Sicherheit und wirtschaftliche Prosperität Deutschlands herausstellte, und nach außen, wo es darum ging, die Entstehung einer europäischen Transferunion zu verhindern und das Prinzip „Hilfeleistung gegen Reformen“ bei den Empfängern von Krediten durchzusetzen. Die wiederum wehrten sich dagegen, indem sie das Bild des freundlichen Deutschen mit dem des hässlichen Deutschen übermalten, also die NS-Zeit, die deutsche Eroberungspolitik und die mit ihr verbundenen Kriegsverbrechen herauskehrten. Das wiederum führte in der deutschen Bevölkerung zu wachsender Distanz gegen-

über Hilfszusagen für Mitgliedsländer, was die Regierung zu einer härteren Haltung bei den Verhandlungen zwang. Die Überschuldungskrise Griechenlands war die erste Krise, die die EU an den Rand des Scheiterns brachte. Die Kompromisse, die schließlich gefunden wurden, haben diese Krise nicht beendet, sondern nur „Zeit gekauft“, um die strukturellen Probleme Griechenlands zu bearbeiten. Ob das der Fall ist und zum Erfolg führt, wird sich noch zeigen müssen. In der Eurokrise hat Deutschland jedenfalls seine europäische Führungsrolle offen gezeigt und dabei seine fortbestehende Verwundbarkeit durch den Verweis auf die deutsche Geschichte zwischen 1933 und 1945 erfahren müssen.^f

Mit der Annexion der Krim und dem Krieg in der Ostukraine kam es zur zweiten Krise der EU. Die Kommission hatte bei den Assoziierungsverhandlungen mit der Ukraine mit einer derart massiven russischen Reaktion nicht gerechnet und war danach mit einer entschlossenen Antwort darauf überfordert – nicht zuletzt auch deswegen, weil sich die 28 Mitgliedsländer entsprechend ihrer geografischen Lage unterschiedlich bedroht fühlten und bei wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland ihre jeweiligen Interessen berücksichtigt wissen wollten. In dieser Krise zeigte sich zweierlei: zunächst die überaus begrenzte außen- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit der EU und sodann abermals die Führungsrolle Deutschlands, unter anderem bei den Verhandlungen in Minsk. Der Schwäche der EU korrespondierte die neue Stärke Deutschlands, und das wurde ebenso wie die deutsche Verhandlungsposition bei der „Griechenlandrettung“ von den Regierungen einiger EU-Länder mit Misstrauen beobachtet. Immerhin nahm Frankreich an den Minsker Verhandlungen teil, sodass nicht der Eindruck entstehen konnte, Berlin und Moskau würden alleine über die politische Ordnung Ostmitteleuropas miteinander verhandeln. Das deutsche Agieren in beiden Krisen spielte eine erhebliche Rolle im Um-

^f Die deutsche Position in Europa lässt sich als semi-hegemonial charakterisieren, wobei hinzuzufügen ist, dass es sich dabei um einen geschichtspolitisch hochgradig verwundbaren Hegemon handelt. Vgl. Herfried Münkler, *Macht in der Mitte*. Die neuen Aufgaben Deutschlands in Europa, Hamburg 2015, S. 137ff.

gang mit der dritten Krise, der sich die EU seit dem Sommer 2015 ausgesetzt sieht: der Flüchtlingskrise.

Die nach der irischen Hauptstadt Dublin benannten Verträge sehen vor, dass Migranten dort um Asyl ersuchen müssen, wo sie erstmals das Territorium eines EU-Lands betreten, also an deren Außengrenzen. Als „Macht in der Mitte“ wäre bei Einhaltung der Verträge Deutschland für Asylsuchende nur per Flugzeug erreichbar gewesen, und das hätte dem Zuzug von Migranten enge Grenzen gesetzt. Tatsächlich hat sich aber schon bald eine Praxis entwickelt, bei der Italien Flüchtlinge, die über das Mittelmeer kamen, unregistriert nach Norden (Schweiz, Österreich, Deutschland) weiterreisen ließ und bei der Migranten nicht nach Griechenland „zurückgeschoben“ wurden, weil die Lage in den dortigen Flüchtlingslagern menschenrechtlichen Standards nicht entsprach.¹⁶ In der Folge entwickelte sich eine Praxis im Umgang mit Flüchtlingen, bei der Dublin III zwar offiziell Geltung besaß, praktisch aber nicht durchgesetzt wurde. Solange die Menge der Flüchtlinge überschaubar blieb, wurde das hingenommen, ebenso wie der Umstand, dass die Außengrenzen der EU zunehmend durchlässiger wurden.

Dann aber wuchs im Sommer 2015 der Flüchtlingszuzug dramatisch an, als sich dessen Zentrum vom Mittelmeer auf die Balkanroute verlagerte. Ende August stand die Bundesregierung vor der Frage, ob sie auf der Einhaltung des Dublin-Abkommens bestehen und gegebenenfalls die deutschen Grenzen schließen oder die Flüchtlinge aufnehmen sollte, was darauf hinauslief, dass Deutschland zu deren Hauptzielland wurde. Bei der Entscheidung für letzteres dürften die Aufgaben einer „Macht in der Mitte“ eine zentrale Rolle gespielt haben. Hätte sich die Regierung nämlich dazu entschlossen, die Grenzen zu schließen, dann wäre dies das Ende des Schengenraums gewesen – und das sollte unter keinen Umständen

den durch eine deutsche Entscheidung herbeigeführt werden. Deutschland, so der zu erwartende Tenor, habe in seiner privilegierten Mitteposition die größte Errungenschaft der EU zerstört. Und das in einer Situation, da hierzulande Asylunterkünfte in Brand gesteckt wurden. Die Schließung der Grenzen wäre somit auch auf eine Kapitulation vor den Brandstiftern hinausgelaufen oder hätte jedenfalls so dargestellt werden können. Noch mehr aber ging es darum, den Zerfall des Schengenraums zu verhindern, da zu befürchten war (und ist), dass dies der Anfang vom Ende der EU sein würde.

Auch die Folgen eines strikteren, an den Vorgaben von Dublin III orientierten Grenzregimes der Bundesrepublik mussten bedacht werden. Es war absehbar, dass es dann einen Rückstau nach Österreich geben würde, auf den Österreich mit der Schließung seiner Grenzen reagieren würde, woraufhin Ungarn (was es ohnehin getan hat, was aber folgenlos blieb), Slowenien und Kroatien ihre Grenzen geschlossen hätten. Legt man die heutigen Zahlen zugrunde, so wären dann Serbien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Griechenland, dazu Albanien und Montenegro, zum „Stauraum“ für eine halbe Million Flüchtlinge geworden, was dort mit großer Wahrscheinlichkeit zum Zerfall der staatlichen Ordnung und zu gewaltsamen Unruhen geführt hätte. Fast alle diese Staaten sind schwache Staaten und weisen ein brüchiges ethnisches und religiöses Gleichgewicht auf, das durch die Flüchtlinge aus der Balance gebracht worden wäre. – So jedenfalls stellte sich die Lage Ende August 2015 in Berlin dar, und auf der Grundlage dessen wurde der Entschluss gefasst, die Flüchtlinge nach Deutschland zu lassen, um einen Rückstau in den Balkan hinein zu vermeiden. Die Kanzlerin wollte der deutschen Verantwortung als „Macht in der Mitte“ gerecht werden.

Es waren also keineswegs nur humanitäre, sondern auch geopolitische Argumente, die ausschlaggebend waren. Man hat der Bundesregierung, namentlich der Kanzlerin, schon bald danach vorgeworfen, sie habe diese Entscheidung ohne Konsultationen mit den europäischen Partnern getroffen; außerdem habe sie keinen Plan für eine auf längere Sicht angelegte Bearbeitung der Flüchtlingskrise gehabt. Ersteres dürfte, im Nachhinein betrachtet, ein Fehler gewesen sein, wobei freilich für lang-

¹⁶ Vgl. Miltiades Oulios, Die Grenzen der Menschlichkeit; in: Kursbuch, 183 (2015), S. 75–88; Gabriele Gillen, Wo beginnt die Festung Europa? Eine Reise durch Köpfe und Kontinente, in: Anja Reschke (Hrsg.), Und das ist erst der Anfang. Deutschland und die Flüchtlinge, Reinbek 2015, S. 166–183; Peter Müller, Organisierte Verantwortungslosigkeit. Die EU und die Flüchtlinge, in: ebd., S. 262–274.

wierige Konsultationen nicht die Zeit zur Verfügung stand. Einen Plan zur Bearbeitung der Flüchtlingskrise gab es allenfalls in rudimentärer Form: Wie bei den vorherigen Formen der Krisenbearbeitung sollte zunächst „Zeit gekauft“ werden, um eine bessere Sicherung der EU-Außengrenzen zu gewährleisten, Fluchtursachen im Vorfeld dieser Außengrenzen zu vermindern und gleichzeitig eine faire Verteilung der Flüchtlinge auf alle Mitgliedsländer der EU durchzusetzen. Die Länder an den Außengrenzen der EU, namentlich Griechenland, waren überfordert, und Deutschland sollte seiner Position als zusammenhaltende Macht der EU entsprechend als Puffer dienen, bis eine gesamteuropäische Lösung gefunden war. – Dieser Plan ist nicht aufgegangen. Die meisten EU-Mitgliedstaaten haben einen effektiven Beitrag zur Lösung der Flüchtlingskrise verweigert, wobei die Visegrad-Länder Mitteleuropas so weit gegangen sind, die Flüchtlinge als ein rein deutsches Problem zu bezeichnen. Bei der Sicherung der EU-Außengrenzen und der Einrichtung von dort angesiedelten Zentren, in denen über Aufnahme oder Abweisung entschieden wird, ist man nicht weitergekommen, und die Staaten unmittelbar jenseits der EU-Außengrenzen haben die politischen und finanziellen Kosten einer durch sie bewerkstelligten Drosselung des Flüchtlingszuzugs kontinuierlich erhöht. Sie hatten sehr schnell begriffen, dass die EU in dieser Frage politisch erpressbar war.

Drohende Spaltung der soziopolitischen Mitte in Deutschland

Bereits vor der Grenzöffnung hatte in Deutschland der politische Kampf um die Mitte begonnen, und er wurde nicht nur mit Brandstiftungen gegen Asylbewerberheime auf der einen und demonstrativen Willkommensbekundungen auf der anderen Seite geführt, sondern auch mit neurechten Texten und Stellungnahmen linksliberaler Provenienz; erstere klar offensiv, wobei kulturelle, ethnische und religiöse Identitätsbehauptungen sich wechselseitig ergänzten;⁷ letztere dagegen eher in einer Verteidigungshaltung, bei der rechtliche Selbstverpflichtungen und

⁷ Eine Zusammenstellung dessen findet sich bei Liane Bednarz/Christoph Giesa, *Gefährliche Bürger. Die neue Rechte greift nach der Mitte*, München 2015, insb. S. 39–55.

humanitäre Werte ins Feld geführt wurden. Solange die in dem Merckelschen Satz „Wir schaffen das“ zusammengefasste Zuversicht vorherrschend war, neigte die Stimmungslage der Mitte der liberalen Sichtweise zu; sie begann sich im Spätherbst 2015 zu verändern, als die Zahl der Flüchtlinge entgegen den jahreszeitlich begründeten Erwartungen nicht kleiner wurde, und sie kippte, als die Übergriffe in der Silvesternacht am Kölner Hauptbahnhof bekannt wurden. Sie wurden zum Indiz dafür, dass der Prozess der Integration der Neuankömmlinge nicht so leicht vonstattengehen und auch nicht so schnell erfolgen würde, wie manche sich das vorgestellt hatten, und dass dabei erhebliche soziokulturelle Unterschiede zu überwinden waren. Hinzu traten Prognosen, dass die vorhandenen freien Stellen für die Integration der Flüchtlinge in den deutschen Arbeitsmarkt nicht ausreichen würden.

Mit der Kölner Silvesternacht wurden „die Mühen der Ebene“ (Bertolt Brecht) sichtbar, und vor deren langer Dauer, dem unabsehbaren Ende sowie den unüberschaubaren Kosten scheute ein Teil der soziopolitischen Mitte in Deutschland zurück. Unter dem Sammelbegriff „Angst“ zusammengefasste Affekte und Emotionen wurden zum Katalysator des Stimmungsumschwungs. Die sich ausbreitende Angst wurde verstärkt, als klar wurde, dass die Regierung mit dem Minimalplan einer Sicherung der EU-Außengrenzen und einer Europäisierung des Zuzugs von Flüchtlingen nicht weiter gekommen war. Was sich zunächst als zeitlich begrenzte Zwischenlösung ausgenommen hatte, drohte zum Dauerzustand zu werden.

Angst ist eine diffuse Empfindung, die von Furcht zu unterscheiden ist:⁸ Furcht ist objektbezogen und enthält eine Vorstellung davon, womit man es zu tun hat und worin die Ursachen der Furcht bestehen. Angst dagegen ist eine fluide Disposition, die entweder keine genauen Ursachen anzugeben vermag oder bei der die ängstigenden Ursachen ständig wechseln. Furcht ist an eine Veränderung von Konstellationen zurückgebunden; Angst dagegen ist ansteckend; sie verbreitet sich von selbst, sobald sie begonnen hat, um sich

⁸ Die Unterscheidung zwischen Angst und Furcht geht auf den dänischen Philosophen Søren Kierkegaard zurück und spielt auch bei Sigmund Freud eine Rolle.

zu greifen. Furcht lässt sich mit Wissen, Aufklärung und konkreten Maßnahmen bearbeiten; Angst nicht.⁹ Als Katalysator politischer Prozesse tritt Angst vor allem in der Mitte der Gesellschaft auf.

Furcht vor einer massenhaften Zuwanderung von Flüchtlingen müssen die sozialstatistisch unteren 20 Prozent der deutschen Gesellschaft haben: erstens, weil es sich dabei um Konkurrenten um Arbeitsplätze für Un- und Angelernte handelt, die als Lohndrücker dienen können; zweitens, weil die Flüchtlinge den Druck auf genau jenes Segment des Wohnungsmarkts erhöhen, in dem sich auch dieser Teil der Gesellschaft bewegt; und drittens, weil der Anteil, den der Sozialstaat an Hilfeleistungen zu vergeben hat, bei einem kontinuierlichen Zuzug von Flüchtlingen zwangsläufig auf mehr Anspruchsberechtigte entfällt. Diesen Befürchtungen kann die Politik mit entsprechenden Maßnahmenpaketen entgegenwirken, etwa indem sie für die Einhaltung von Mindestlöhnen sorgt (was freilich die Integration der Migranten in den Arbeitsmarkt erschwert) und Programme des sozialen Wohnungsbaus auflegt, die für bezahlbaren Wohnraum in den großen Städten sorgen. Bei der Bearbeitung von Furcht ist die Politik operativ gefordert.

Davon unterscheidet sich die Bekämpfung von Angst, deren man nicht operativ, sondern allenfalls kommunikativ Herr werden kann. Die für die Unterschicht relevanten Furchtursachen gibt es für die Mittelschicht nicht, weder im Hinblick auf den Arbeits- noch auf den Wohnungsmarkt. Eher ist sie mittelfristig ein Nutznießer von Zuwanderung, insofern etwa aus deren Reihen bezahlbare Altenpfleger und Hilfskräfte im Sozialbereich erwachsen, auf die gerade Mittelschichtangehörige angewiesen sind. Auch die mit der Zuwanderung verbundene wirtschaftliche Stimulation kommt zu einem Teil Mittelschichtangehörigen zugute.¹⁰ Aber die Angst in der gesell-

schaftlichen Mitte fällt nicht in den Bereich politisch und wirtschaftlich kontrollierbarer Prozesse; will man sie bekämpfen, muss man das argumentativ tun, doch das ist schwierig, weil es keinen Punkt gibt, an dem man strukturell ansetzen könnte. Angst kontiniert sich, indem sie ständig den Referenzbereich wechselt. Die Kölner Silvesternacht war darum so verhängnisvoll, weil sie einen durchaus realen, imaginativ freilich überzeichneten Begründungsrahmen der Angst geschaffen hat, gegen den sich mit Zahlen und Statistiken nicht ankommen lässt. Ein entschlossenes Auftreten der Staatsmacht, von verstärkter Polizeipräsenz auf öffentlichen Plätzen bis zu demonstrativen Abschiebungen straffällig gewordener Flüchtlinge, ist die vorerst einzige Reaktion auf die um sich greifende Angst in der gesellschaftlichen Mitte.

Es gibt freilich auch einen Modus von Angstbewältigung, der wesentlich in der Zivilgesellschaft angesiedelt ist und auf den die Politik einen allenfalls randständigen Einfluss hat: das „Wegarbeiten“ von Angst durch Engagement in Betreuungs- und Hilfsprojekten für Flüchtlinge. Wenn Angst ein Zustand ist, der nicht zuletzt aus Untätigkeit und dem damit verbundenen Gefühl des Ausgeliefertseins resultiert, dann ist die Arbeit mit Flüchtlingen etwas, das solchen Empfindungen entgegenwirkt. Wenn es gut läuft, gewinnen dabei alle: die Flüchtlinge durch den frühen Beginn der Integration, die Einheimischen, indem sie die Erfahrung von Aktivität und Problembearbeitung machen, und schließlich Gesellschaft und Politik, insofern die Probleme angegangen werden und die Angst in der Mitte schwindet. Das ist sicherlich nicht die Lösung des Problems, aber doch ein Element bei der Arbeit an dieser Lösung.

⁹ Als historische Studie über die politischen Effekte von Angst vgl. Jean Delumeau, *Angst im Abendland. Die Geschichte kollektiver Ängste im Europa des 14. bis 18. Jahrhunderts*, Reinbek 1985.

¹⁰ Vgl. Michael Hüther/Wido Geis, *Offenheit und Bindung: Ökonomische Aspekte des Flüchtlingszuströms nach Deutschland*, in: Jens Spahn (Hrsg.), *Ins Offene. Deutschland, Europa und die Flüchtlinge*, Freiburg/Br. 2015, S. 155–162; Markus Kerber, *Flucht, Wanderung und Wirtschaft*, in: ebd., S. 163–170.

Christian Jakob

Die Bleibenden. Flüchtlinge verändern Deutschland

Die Bewegung der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) war bereits zu einem Zeitpunkt aufgestiegen – 2014 –

Christian Jakob

Dipl.-Soziologe, geb. 1979; Journalist; seit 2006 Redakteur der „Taz. Die Tageszeitung“; seit 2014 Reporter; 2015 nominiert für den Journalistenpreis „Der lange Atem“ für seine Berichterstattung zur Asylpolitik; lebt in Berlin. Twitter: @c_jkb

als sich die Asylzahlen aus heutiger Sicht noch auf sehr moderatem Niveau befanden. So war absehbar, welche Konflikte der Anstieg der Einwanderung 2015 auslösen würde. Die Geschwindigkeit aber, mit der Gewalt, Bedrohungen und Hetze eskaliert sind, hat viele erstaunt. Pegida ist die größte fremdenfeindliche Mobilisierung in Deutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Die Alternative für Deutschland (AfD) wird radikaler, völkischer und stärker. Sie fordert offen, notfalls auf Flüchtlinge an den Grenzen zu schießen, und wird in Umfragen zur Bundestagswahl hoch gehandelt. Das Asylrecht wurde mit den „Asylpaketen“ I und II erheblich verschärft. Die Ausschreitungen in Sachsen „erinnerten stark an die pogromartigen Übergriffe“ Anfang der 1990er Jahre, befand der Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge und fragte, ob die „Deutschen nichts aus der Geschichte gelernt“ hätten.¹

Doch Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda und Mölln fanden unter anderen Vorzeichen statt als Heidenau, Freital oder Clausnitz. Die früheren Pogrome und Brandanschläge waren der radikalste Ausdruck eines gesellschaftlichen Konsenses: Deutschland ist kein Einwanderungsland. Die Mehrheit der Bevölkerung und die Politik waren der Meinung, dies durchsetzen zu können. Diesen Konsens gibt es nicht mehr. Der rechtsradikale Terror spielt sich in einem Land ab, das Migration und die Migranten letztlich akzeptiert hat. Trotz aller

atemlosen Verschärfungen des Asylrechts: Es wird nicht mehr darum gestritten, ob Menschen ins Land kommen, sondern nur noch darum, wie viele, welche und mit welcher Geschwindigkeit. Einen echten Einwanderungsstopp will auch die CDU nicht mehr, das Einwanderungsgesetz, gegen das sie sich so lange gesperrt hat, soll kommen. Viele große Medien sind auf Pro-Migrationslinie, Flüchtlings-solidarität ist eine breite soziale Bewegung. Die Art und Weise, wie dieses Land mit Migrantinnen, Migranten und Flüchtlingen umgeht, ist heute eine andere. Diese Transformation hat ökonomische Gründe, aber sie ist vor allem auch das Werk der Migrantinnen, Migranten und Flüchtlinge selbst. Sie haben nicht akzeptiert, dass Deutschland kein Einwanderungsland, kein Zufluchtsland sein wollte. Sie haben dieses Dogma herausgefordert, den Zugang zu Deutschland freige-kämpft und dabei die Gesellschaft verändert.

Nicht die „Bild“ hat sich verändert

1992 töteten Neonazis in Deutschland 34 Menschen,² unter anderem bei einem Brandanschlag auf das Haus von zwei türkischen Familien in Mölln. Bundesinnenminister Manfred Kanther und Kanzler Helmut Kohl (beide CDU) nehmen an keiner einzigen Trauerfeier für diese Toten teil. Auf eine Nachfrage erklärt Kohls Sprecher, die Regierung wolle nicht „in einen Beileidstourismus ausfallen“.³

Dieser Text basiert auf dem Vorwort von: Christian Jakob, Die Bleibenden – Wie die Flüchtlinge Deutschland seit 20 Jahren verändern, Berlin 2016.

¹ Christoph Butterwegge, Nach Heidenau: Haben die Deutschen nichts aus der Geschichte gelernt?, 4. 9. 2015, www.focus.de/politik/experten/butterwegge/hoyerswerda-rostock-lichtenhagen-und-heidenau-haben-die-deutschen-nichts-aus-der-geschichte-gelernt_id_4921511.html (24. 2. 2016).

² Vgl. Frank Jansen et al., Erstochen, erschlagen, verbrannt – 22 Verdachtsfälle, 15. 9. 2010, www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2010-09/verdachtsfaelle-toetungsdelikt-rechter-hintergrund/seite-4 (24. 2. 2016); Todesopfer rechtsextremer Gewalt in Deutschland, https://de.wikipedia.org/wiki/Todesopfer_rechtsextremer_Gewalt_in_Deutschland#1992 (24. 2. 2016); Rechte Gewalt: 1992–1993, 13. 9. 2000, www.tagesspiegel.de/politik/rechte-gewalt-1992-1993/165714.html (24. 2. 2016).

³ Vgl. Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS/Linke Liste, Bundestagsdrucksache 12/4045, 28. 12. 1992, dip21.bundestag.de/dip21/btd/12/040/1204045.pdf (24. 2. 2016).

2012 veranstaltet die CDU-Kanzlerin Angela Merkel für die Opfer des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ einen Staatsakt. Als am Karfreitag 2015 im sachsen-anhaltinischen Tröglitz ein noch unbewohntes Flüchtlingsheim angezündet wird, steht acht Stunden später CDU-Ministerpräsident Reiner Haseloff mit einem Megafon auf dem Dorfplatz. Im August 2015 greifen Hunderte Nazis zwei Nächte lang ein Flüchtlingsheim in Heidenau an. Danach fährt Merkel in die sächsische Kleinstadt. Sie wird als „Volksverräterin“ beschimpft, aber sie besucht das Heim.

1991 titelt der „Spiegel“ „Ansturm der Armen“ und zeigt eine schwarz-rot-goldene, von Menschenmassen überschwemmte Arche. Die „Bild“-Zeitung macht am 2. April 1992 mit der Zeile auf: „Fast jede Minute ein neuer Asylant. Die Flut steigt – wann sinkt das Boot?“ Drei Tage später stimmen 10,9 Prozent der baden-württembergischen Wähler für die Republikaner. Die Partei hatte den Slogan „Das Boot ist voll“ und das Bild einer vollen Arche auf ihre Plakate gedruckt.

2015 hat die „Bild“ an der Pegida-Bewegung kein gutes Haar gelassen, ebenso wenig wie fast alle anderen Medien. Als die Bundesregierung im Sommer 2015 verkündet, dass sie mit 800 000 Asylanträgen im laufenden Jahr rechnet – fast doppelt so viele wie im bisherigen Rekordjahr 1992 – titelt die „Bild“ „Flüchtlingen helfen! – Was ich jetzt tun kann“ und „entlarvt die sieben größten Lügen über Asylbewerber“.† Sie weist darauf hin, dass diese niemandem einen Job wegnehmen, nicht besonders häufig kriminell seien und Deutschland sich „diese Art der Zuwanderung nicht nur finanziell leisten (kann), wir brauchen sie sogar!“ Ihr Chefredakteur ersetzt sein eigenes Twitter-Profilbild mit einem „Refugees Welcome!“-Logo. Viele wundern sich über den Sinneswandel. Doch nicht die Zeitung hat sich verändert. Verändert hat sich die Gesellschaft, nicht zuletzt durch den Willkommenshype im vergangenen Jahr. Die „Bild“ hat die Stimmung bloß erspürt und gespiegelt, wie es ihr Geschäft ist.

† Sieben Vorurteile gegenüber Flüchtlingen, 26. 8. 2014, www.bild.de/politik/inland/fluechtling/bild-entlarvt-7-vorurteile-ueber-fluechtlinge-42340012.bild.html (24. 2. 2016).

1992 darf die damals bei Nazis hochbeliebte Rechtsrockband „Störkraft“ („Blut und Ehre“) zu dritt bei der wichtigsten Polit-Talkshow des Senders SAT.1 „Einspruch“ auftreten und erklären, dass „nur deutsch sein kann, wer deutschstämmig ist“.

2015 wird die Facebook-Seite des Senders SAT.1 von Rechtsradikalen attackiert, nachdem im Morgenprogramm ein Song „für alle Kinder, die in unser Land kommen“, aufgenommen wird.

2000 schlägt die damalige EU-Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen Ilka Schröder vor, die Schleuser an der EU-Ostgrenze zu subventionieren. Deren Dienstleistungen seien für Flüchtlinge die einzige Möglichkeit, nach Europa zu kommen, schreibt sie. Doch seien die „Gebühren für Flüchtlinge oftmals zu hoch“.‡ Der Grünen-Bundesvorstand lässt erklären, die 23-Jährige sei ein „Kind, das nichts von praktischer Politik versteht“,§ ein Schiedsgericht berät über einen Parteiausschluss, Schröder verlässt die Grünen.

2015 ruft die Aktionskünstlergruppe „Peng!-Kollektiv“ mit einem Werbeclip Urlauber dazu auf, auf der Rückreise vom Mittelmeer Flüchtlinge im Auto mitzunehmen. „Unterstütze Menschen auf ihrem Weg in eine bessere Zukunft!“,¶ fordern die Aktivisten – juristisch gesehen ist das Beihilfe zur illegalen Einreise. „Spiegel Online“ postet das Werbevideo zu der Aktion auf seiner Seite; die „Zeit“ lässt einen Strafrechtsprofessor erklären, wie Touristen, die einen Flüchtling mitnehmen, Strafen vermeiden, und selbst der Bayerische Rundfunk erinnert daran, dass die Fluchthelfer an der DDR-Grenze schließlich auch „im Nachhinein für ihren Mut geehrt“ wurden.‡

‡ Ilka Schröder, Fluchthelfer subventionieren, 17. 4. 2000, www.ilka.org/material/denkpause/denkpause6e.html (24. 2. 2016).

§ Bundesschiedsgerichts Bündnis 90/Die Grünen, Protokoll der Sitzung am 9. 7. 2000, docserv.uni-duesseldorf.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-34350/GR00-08-3.pdf (24. 2. 2016).

¶ Peng!-Kollektiv, Werde Fluchthelfer. Kampagnenwebsite: www.fluchthelfer.in (24. 2. 2016).

‡ Frank Seibert, Peng Collective sucht Fluchthelfer, 2. 8. 2015, www.br.de/puls/themen/welt/fluchthelfer-peng-collective-kampagne-100.html (24. 2. 2016).

Im Kampf gegen staatlich erzwungene Parallelgesellschaften

1996 verteilt der Bundesgrenzschutz (BGS) an der deutschen Ostgrenze Flugblätter an Taxifahrer, damit diese keine Flüchtlinge befördern. „Das in Deutschland bestehende Asylrecht für politisch Verfolgte wird durch illegal eingereiste Personen, die aus rein wirtschaftlichen oder sonstigen – einschließlich krimineller Absichten – Gründen einreisen, missbraucht“,⁹ schreibt der BGS.

2015 beklagt der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) in einem internen Thesenpapier, dass es überhaupt keine legale Möglichkeit für Flüchtlinge gebe, nach Deutschland einzureisen und ihr Recht auf Asyl in Anspruch zu nehmen. Es sei „höchste Zeit, die fortgesetzte Kriminalisierung von Flüchtlingen zu beenden“, äußerte sich der BDK-Vorsitzende im Bundeskriminalamt, Andy Neumann, gegenüber „Spiegel Online“. Die derzeitige Rechtspraxis sei „schizophren“ und sie diskriminiere die Betroffenen. „Auf der einen Seite wollen wir Menschen in Deutschland vor Krieg und Verfolgung schützen, auf der anderen Seite machen wir sie zugleich zu Straftätern“.¹⁰

Noch vor einigen Jahren hatten die Flüchtlingsräte Mühe, die Öffentlichkeit auch nur für die allerhärtesten Abschiebeschicksale zu interessieren. Ihr Verhältnis zu Journalisten war das von Bittstellern.

Heute werden Flüchtlingsinitiativen mit so vielen Anfragen von Festivals, Theatern, Kunstprojekten, Filmschaffenden, Autoren, Fotografen, Publizisten, Journalisten, Akademien, Schulen, Firmen, Studenten, Wissenschaftlern, Werbeagenturen, Vereinen und NGOs bestürmt, die alle „was mit Flüchtlingen“ machen wollen, dass manche es nicht mal mehr schaffen, auch nur E-Mails mit Absagen zu verschicken.

⁹ Zit. nach: Petra Pau/Katina Schubert, Bundesgrenzschutz – Eine omnipräsente und omnipotente Bundespolizei?, 20.2.1999, www.cilip.de/1999/02/20/bundesgrenzschutz-eine-omnipraesente-und-omnipotente-bundespolizei (24.2.2016).

¹⁰ Zit. nach: Jörg Diehl, Flüchtlinge: Kripogewerkschaft will illegale Einreise entkriminalisieren, 27.8.2015, www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-kripogewerkschaft-will-illegale-einreise-entkriminalisieren-a-1050152.html (24.2.2016).

Der hier schlaglichtartig illustrierte Wandel hat gleichermaßen politische, ökonomische wie soziale Ursachen. Eine davon ist der Konflikt in Syrien. Es ist eine der größten humanitären Krisen seit dem Zweiten Weltkrieg, und sie spielt sich direkt vor den Toren Europas ab. Syrien hat es fast unmöglich gemacht, Asyl als solches zu delegitimieren. Zum anderen ist Deutschland Gewinner der Eurokrise, mit Rekordsteuereinnahmen, schwarzer Null im Haushalt, einem demografischen Problem und wachsendem Arbeitskräftemangel. Seit Langem treiben die Wirtschaftsverbände die Union mit ihren Forderungen nach mehr Zuwanderung vor sich her. Doch es gibt auch eine gesellschaftliche Dimension. Sie geht zurück in die Zeit von Rot-Grün, ab 1998. Es war die erste Bundesregierung, die sich zum Einwanderungsland bekannte. Eines ihrer zentralen Projekte war die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, mit beschleunigter Einbürgerung und einer Abkehr vom starren, anachronistischen Blutsprinzip bei der Staatsangehörigkeit. In den folgenden Jahren wurde heftig um ein Einwanderungsgesetz gerungen. Das Zuwanderungsgesetz von 2004 brachte zwar keineswegs den Durchbruch – der steht bis heute aus –, aber die jahrzehntelange, bleierne Verleugnung der Einwanderungsrealität war gebrochen.

In diesem Zusammenhang spielte eine Gruppe von Menschen eine wichtige Rolle, die heute als „postmigrantisches“ Milieu bezeichnet wird: die zweite bis dritte Einwanderergeneration, die den Bildungsrückstand aufgeholt und mit großer Kraft in wichtige gesellschaftliche Schaltstellen wie Wissenschaft, Politik, Journalismus und Kunst drängte. Nun tauchten Deutsche mit anderen Namen und anderem Aussehen auf – als Abgeordnete oder Nachrichtensprecher, sie saßen in Talkshows und hielten Vorträge. Selbstbewusst forderten Gruppen wie das Netzwerk „Kanak Attak“¹¹ die dominierende Kultur der Mehrheitsgesellschaft heraus und formten den Einwanderungsdiskurs. Sie stellten ein Bindeglied zwischen der Mehrheitsgesellschaft und der marginalisierten

¹¹ Kanak Attak, Manifest, 1998, www.kanak-attak.de/ka/about/manif_deu.html (24.2.2016).

Flüchtlingscommunity dar, für die der Weg zu gleichen Rechten und Teilhabe am weitesten war.

Vor zwei Jahrzehnten haben Flüchtlinge begonnen, diesen Weg zu gehen. 1994 gründeten im Flüchtlingsheim Mühlhausen in Thüringen fünf afrikanische Asylbewerber das bis heute aktive „The Voice Refugee Forum“. Sie sind der vollen Härte des gerade verschärften Asylrechts unterworfen: drastisch reduzierte Sozialleistungen, Lagerleben, Arbeits- und Studierverbot, Residenzpflicht, hohes Abschieberisiko, jahrelange Asylverfahren. Vor allem waren sie isoliert von der Mehrheitsgesellschaft. Das war der tiefere Sinn der Restriktionen für Flüchtlinge: die Unterdrückung sozialer Beziehungen. Die staatlich erzwingenden Parallelgesellschaften der Lager waren ein Programm bewusster Anti-Integration. Die „Verteilung und Zuweisung“ von Asylsuchenden auf die Unterkünfte soll die „Bereitschaft zur Rückkehr in das Heimatland fördern“,¹² hieß es bis 2013 im bayerischen Asylrecht. Sozialer Ausschluss war das Programm des Asylkompromisses. Die Flüchtlinge sollten der Bevölkerung fremd und somit gleichgültig bleiben – denn das erleichtert ihre Abschiebung.

Die Gründer von „The Voice“ nannten die Asylpolitik Deutschlands deshalb „Apartheidsregime“. Vor der Bundestagswahl 1998 zogen sie durch 44 deutsche Städte. Sie wollten sichtbar werden. Das Netzwerk „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen“ war geboren. Es ist als Schwesterorganisation von „The Voice“ bis heute aktiv. Niemandem sonst gelang es über einen so langen Zeitraum, Flüchtlinge bundesweit zu organisieren. „Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört“, sagten sie. Es sei die seit der Kolonialzeit fortdauernde Ausplünderung, die die Menschen zur Flucht zwingt. Sie kämpften gegen Residenzpflicht und Abschiebungen, vor allem aber erboste sie, dass Deutschland die Regime ihrer Herkunftsländer wie Syrien, Togo oder Nigeria hofierte. Über Jahre protestierten sie vor Heimen, Abschiebegefängnissen, Ausländer-

behörden, Innenministerien und Botschaften. Immer wieder traten sie in Hungerstreik. Die Öffentlichkeit nahm nur wenig Notiz.

Das änderte erst der Wille zur Eskalation, den vor allem eine Gruppe junger Iraner mitbrachte, die in ihrer Heimat gegen das dortige Regime gekämpft hatte. Als Mahmud Ahmadedschad 2009 in Teheran als Präsident wiedergewählt wurde, eskalierten dort die Proteste. Die Repression nahm zu, viele Oppositionelle mussten fliehen. Am 29. Januar 2012 machte der Iraner Mohammad Rahsepar in einem Asylbewerberheim in Würzburg seine Ankündigung wahr, sich zu erhängen. Zuvor hatten seine Ärzte erfolglos darauf gedrängt, ihm einen Auszug aus dem Heim zu erlauben. Für seine Freunde war klar: Das Leben im Lager hatte Rahsepar in den Tod getrieben. Sie errichteten ein Protestcamp in Würzburg. Sie traten in Hungerstreik, nähten sich die Mäuler zu und erstritten vor Gericht das Recht, so in der Fußgängerzone sitzen zu dürfen. Die jungen Iraner ließen sich über Monate nicht vertreiben. Dauermahnwachen mit Zelten in immer mehr deutschen Innenstädten entstanden. Sie knüpften ein Netz von Unterstützern und liefen los, 500 Kilometer, bis nach Berlin. Dort besetzten die Flüchtlinge im Oktober 2012 den Oranienplatz im Stadtteil Kreuzberg. Jetzt durchbrachen ihre Protestaktionen die Wahrnehmungsschwelle der Öffentlichkeit. Es gab den ersten Bericht über Flüchtlingsproteste in der „Tageschau“, es gab die erste Flüchtlingsdemo mit über 10000 Menschen, #refugeeswelcome war ein Top-Hashtag bei Twitter. Menschen, die sich vorher nie politisch engagiert hatten, standen plötzlich nachts bei Minusgraden am Hungerstreiklager und buhten Polizisten aus, die kontrollierten, dass die Flüchtlinge nicht schliefen, wie es die Auflagen verlangten. Flüchtlingsselforganisationen, die vorher nie Geld hatten, bekamen Spenden im sechsstelligen Bereich und wussten nicht, wie solche Summen zu verwalten sind.

Die Kämpfe, die nun so viel Interesse weckten, gab es schon seit vielen Jahren. Die Forderungen waren dieselben: bleiben und arbeiten dürfen, nicht im Lager leben müssen, Bargeld statt Essenspakete, sich frei bewegen dürfen. Die Gruppe der Iraner hatte die Protestkultur aus dem Kampf gegen die Mullahs mit in die fränkischen Sammelunterkünfte gebracht. Ihre Kompromisslosigkeit, ihre Be-

¹² § 7 Abs. 5 Verordnung zur Durchführung des Asylverfahrensgesetzes, des Asylbewerberleistungsgesetzes und des Aufnahmegesetzes Bayern, 4.6.2002, <https://www.verkuendung-bayern.de/files/gvbl/2002/13/gvbl-2002-13.pdf> (24.2.2016).

reitschaft zur Selbstzerstörung durch lebensgefährliche Durststreiks wirkte wie ein Katalysator und strahlte über die nordbayerischen Städte hinaus. Die gesamte Flüchtlingsszene in Deutschland gewann durch die „Tent Action“, wie sie ihre Aktion nannten, den Marsch nach Berlin und die folgende, 17 Monate währende Besetzung des Oranienplatzes einen gemeinsamen Bezugspunkt.

Frühere Flüchtlingskämpfe waren häufig das Projekt einzelner Exil-Communities, die sich angesichts ihres je eigenen, nationalen Verfolgungsschicksals zusammenschlossen. Sie übten Solidarität vor allem untereinander. Die neue Qualität der Flüchtlingsbewegung ab etwa 1994 bestand darin, diese ethnischen Trennlinien durchbrochen zu haben. Sie bemühte sich um langfristig stabile Strukturen in der Selbstorganisation. Doch mit dem Schub um 2012 wurden die Kämpfe eruptiv, informell und darauf ausgerichtet, schnell Entscheidungen zu erzwingen. Die Fluktuation in den Heimen war nun größer, die Aufenthaltsdauer in Deutschland kürzer, eine langfristige Organisation schwieriger. Ein wachsender Anteil der Flüchtlinge wird heute auf Basis der Dublin-Verordnung nur innerhalb Europas zurückgeschoben. Das geht teils wesentlich schneller als Abschiebungen in die Heimatländer, die früher dominierten. 1997 etwa lag die durchschnittliche Verweildauer abgelehnter Asylbewerber in Nordrhein-Westfalen bei 23,6 Monaten.¹³ Dublin-Rückschiebungen in andere EU-Staaten hingegen müssen im Normalfall innerhalb von sechs Monaten über die Bühne gehen.

Bis etwa Ende 2014 wuchsen und radikalisierten sich die Flüchtlingsproteste immer weiter. Den Hungerstreik gab es auch früher schon. Doch nie entschieden sich Flüchtlinge an so vielen Orten parallel dafür oder traten kollektiv in Durststreiks wie von 2012 bis 2014. Sie konnten damit nur deshalb so viel Aufmerksamkeit auf sich ziehen, weil Flüchtlinge bereits in zwei Jahrzehnten zuvor stabile Kontakte in die Zivilgesellschaft

geknüpft und teils über ein Jahrzehnt andauernde Kampagnen geführt hatten. Ab etwa 2010 trugen diese Früchte.

So entschied das Verwaltungsgericht Halle/Saale im Februar 2010, dass die Ausländerbehörden zu Unrecht Gebühren für „Urlaubs-scheine“ kassiert hatten – Sondererlaubnisse für das Verlassen des Landkreises trotz der sogenannten Residenzpflicht. Damals kassierten 11 der 16 Bundesländer für jeden Schein bis zu 10 Euro – von Flüchtlingen, die nur 80 Euro Taschengeld erhielten. Nach dem Urteil sprachen Ausländerbehörden wie die des Landkreises Schaumburg von einem „Versehen“,¹⁴ obwohl sie die Gebührenpraxis viele Jahre betrieben hatten. Weitreichende Wirkung hatte das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 2012. Es beendete die Praxis, Flüchtlingen nur Sozialleistungen rund 40 Prozent unter dem Existenzminimum für Deutsche zu zahlen. Der damalige Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) kündigte zwar an, das Urteil nicht umsetzen zu wollen,¹⁵ scheiterte damit aber. Sowohl die Residenzpflicht als auch die stark reduzierten Sozialleistungen waren über Jahre von den Flüchtlingsorganisationen immer wieder angeprangert worden.

Im Juni 2013 traten Dutzende Flüchtlinge über mehrere Tage auf dem zentralen Münchner Rindermarkt in Durststreik, die Situation eskalierte. In diesen Tagen entschied Ministerpräsident Horst Seehofer, die damalige Sozialministerin Christine Haderthauer und Innenminister Joachim Herrmann (alle CSU), dass Bayern als letztes Land auf die Ausgabe von Essenspaketen (statt Geld) an Flüchtlinge verzichtet. Und auch der Satz zur Förderung der „Bereitschaft zur Rückkehr in das Heimatland“ wurde gestrichen. Die radikale Aktion der Durststreikenden hatte durchgesetzt, woran andere Proteste jahrelang gescheitert waren.

Im September 2014 kaufte die Bundesregierung den Grünen die Einstufung von Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien als „sichere Herkunftsstaaten“ mit der teilwei-

¹³ Vgl. Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen, Aufenthaltsdauer abgelehnter Asylbewerber, 20.5.1997, www.kommunen-in-nrw.de/mitgliederbereich/mitteilungen/detailansicht/dokument/aufenthaltsdauer-abgelehnter-asylbewerber.html?cHash=b5b118e35471d9a0bcc770d95aa4677a (24.2.2016).

¹⁴ Zit. nach: Christian Jakob, Wegezoll ohne Rechtsgrundlage, 9.8.2010, www.taz.de/15137650 (24.2.2016).

¹⁵ Vgl. Innenminister ignoriert Karlsruher Urteil, 1.8.2012. www.swp.de/ulm/nachrichten/politik/Innenminister-ignoriert-Karlsruher-Urteil;art4306,1575193 (24.2.2016).

Eine geschlossene nationale Identität wird es nicht mehr geben

sen Aufhebung dreier zentraler Elemente des Asylkompromisses von 1993 ab. Ab dem vierten Monat in Deutschland wurde die generelle Residenzpflicht aufgehoben. Asylbewerber und Geduldete können sich ab dann frei innerhalb Deutschlands bewegen. Es war eine weitergehende Lockerung als der Koalitionsvertrag von 2013 vorgesehen hatte, auch wenn Ausländerbehörden weiterhin einzelnen Geduldeten „räumliche Beschränkungen“ auferlegen durften. Das Arbeitsverbot wurde ebenfalls verkürzt, das hatte allerdings bereits der Koalitionsvertrag vorgesehen. Hinzu kam jedoch der Wegfall der Vorrangprüfung für Geduldete und Asylbewerber, sobald sie 15 Monate in Deutschland sind. Dann können sie jede Arbeit annehmen, die sie wollen. Die Ausländerbehörden wurden aber weiterhin ermächtigt, über ein Arbeitsverbot für Geduldete im eigenen Ermessen zu entscheiden. Schließlich fiel das Primat der Sachleistungen: Bislang verlangte das Gesetz, dass Sozialleistungen für Flüchtlinge „vorrangig“ als Gutscheine oder Essenspakete ausgegeben werden.

Zwei Jahrzehnte lang waren Flüchtlinge gegen diese Regelungen zu Felde gezogen. In den vergangenen Jahren wurde deutlicher, wie absurd die Verweigerung wirtschaftlicher und sozialer Rechte für Flüchtlinge war. Das Arbeits- und Studierverbot, die Verweigerung von Sprachkursen und die Unterbringung in den Sammelunterkünften sollten jede Sesshaftwerdung wirtschaftlicher und sozialer Art verhindern. Aber genau wie die einst nicht mehr erwünschten Gastarbeiter blieben viele dieser Menschen trotzdem. Der Staat konnte sie nicht abschieben und verwies sie in einen Zustand hochgradiger rechtlicher Prekarität, in der trügerischen Hoffnung, sie würden irgendwann entnervt von allein verschwinden. Die Institutionen sind ein Stück weit von dieser Linie abgerückt.

Seit Herbst 2015 aber gibt es Anzeichen für ein erneutes Umschwenken – neue Residenzpflicht und Arbeitsverbote, verschärfte Lagerunterbringung, die Praxis, Deutschkurse nicht für Somalis und Afghanen zu öffnen. Doch wenn es eine Lehre aus der Vergangenheit gibt, dann die: Die Menschen gehen nicht zurück, nur weil man sie an der Integration hindert. Wer mit dieser Methode Migrationspolitik machen will, wird wieder nur Langzeitarbeitslose produzieren, diesmal aber in einer ganz anderen Dimension.

Die Auseinandersetzungen um Teilhabe und rechtliche Gleichstellung sind Teil eines größeren Konflikts um Migration und Identität. Dieser ist seit dem vergangenen Jahr wieder aufgebrochen. Es war nicht die Silvesternacht in Köln, die alles wieder ins Rutschen gebracht hat. Die Verwerfungen waren vorher schon da. Die Diskussionen um die Ereignisse in Köln fungierten als Ventil.

Die „besorgten Bürger“ und ihre Kumpanten aus dem Nazi-Milieu, Pegida und andere Parteienverdrossene, Neue Rechte und AfD, NPD und Autonome Kameradschaften – sie alle halten sich für das Sprachrohr einer schweigenden Mehrheit, gleichzeitig fühlen sie sich verraten von den etablierten Parteien und Medien und halluzinieren von sich als verfolgte Minderheit im eigenen Land. Der Herausgeber des rechtspopulistischen „Compact“-Magazins, Jürgen Elsässer, beklagt „totalitären Asyl-Jubel“,¹⁶ der AfD-Rechtsaußen Björn Höcke warnt, die Deutschen könnten bald „keine Heimat mehr“ haben.¹⁷ Es geht um Einwanderung als solche. „Keine Islamisierung“ und ähnliche Forderungen sind dafür nur Chiffren. Was sie wollen, ist eine geschlossene nationale Identität. Doch die wird es nicht mehr geben. Migration ist ein Angriff auf diese anachronistische Vorstellung. Deshalb ist die Frage „Wer darf dazugehören?“ so umkämpft. Die Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten haben ihre Antwort auf diese Frage gegeben. Sie lautet: „Viele dürfen.“ Sie sollten gehen, aber sie sind geblieben. Sie bestanden auf das Recht, hier ein besseres Leben zu suchen. Und damit haben sie die Zeit, in der „nur deutsch sein kann, wer deutschstämmig ist“, beendet.

¹⁶ Jürgen Elsässer, Gegen den totalitären Asyl-Jubel: Über 10000 bei Pegida in Dresden, 8. 9. 2015, <https://juergenelsaesser.wordpress.com/2015/09/08/gegen-den-totalitaeren-asyl-jubel-ueber-10-000-bei-pegida-in-dresden> (24. 2. 2016).

¹⁷ Zit. nach: Lutz Haverkamp, Ein Nazivergleich, 26. 11. 2015, www.tagesspiegel.de/politik/bjoern-hoecke-und-die-afd-ein-nazivergleich/12645220.html (24. 2. 2016).

Fatima El-Tayeb

Deutschland post-migrantisch? Rassismus, Fremdheit und die Mitte der Gesellschaft

Das Thema Migration wird überschattet von der sogenannten Flüchtlingskrise, die ja nun unsere, deutsche Krise ist – für andere hat sie schon vor

Fatima El-Tayeb
Dr. phil., geb. 1966; Professorin für Literatur, Ethnic Studies und Critical Gender Studies, Department of Literature, University of California San Diego, 9500 Gilman Drive La Jolla, CA 92093-0410/USA. feltayeb@ucsd.edu

einiger Zeit begonnen. Aber das interessierte nicht so sehr, solange sie sich hauptsächlich jenseits europäischer Grenzen abspielte oder zumindest nicht nördlich von Lampedusa. Die deutsche Flüchtlingskrise scheint wiederum eine deutsche Identitätskrise auszulösen – pendelnd zwischen Gutmenschen-Willkommenskultur und offenen Grenzen auf der einen Seite, brennenden Flüchtlingsheimen und verschärften Asylgesetzen auf der anderen. Vielleicht am bemerkenswertesten an dieser Entwicklung war für mich allerdings nicht die Zerrissenheit der deutschen Seele, sondern die Amnesie, mit der diese Krise und die Identitätsfragen, die sie hervorrief, behandelt wurden, als seien sie ein völlig unerwartetes Phänomen. Als würden nicht schon seit einem Jahrzehnt jährlich Tausende Menschen im Mittelmeer ertrinken, als hätte es Solingen, Mölln oder Rostock nie gegeben, auch keine herzerwärmenden Lichterketten und „Mach’ meinen Kumpel nicht an!“-Kampagnen. Ganz zu schweigen von den kritischen Interventionen rassifizierter und migrantisierter Gruppen und Individuen, die seit Langem auf strukturelle Probleme hinweisen, die durch steigende Zahlen von Flüchtenden vielleicht aktiviert, jedoch keineswegs ausgelöst wurden, da sie eben nicht von außen, sondern aus der Mitte der Gesellschaft kom-

men.¹ Diese strukturellen Probleme wurden mehr als deutlich etwa in der ein Jahrzehnt währenden Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) und ebenso im öffentlichen und offiziellen Umgang mit ihr, von „Dönermord“-Schlagzeilen bis zu staatlicher Aktenvernichtung.

Rassistische Gewalt wird dennoch noch stets nicht als strukturelles deutsches – und europäisches – Problem ernst genommen, nicht als Terror(ismus) begriffen, sondern als Exzess randständiger Extremisten und gestörter Einzelgänger – im Gegensatz etwa zu der Attacke auf das französische Satiremagazin „Charlie Hebdo“ im Januar 2015, die nahtlos in den diskursiven Rahmen des „islamistischen Terrorismus“ passte.²

Dieser Text beruht auf einem im November 2015 im Rahmen der Konferenz „Postmigrantische Gesellschaft?! Kontroversen zu Rassismus, Minderheiten und Pluralisierung“ im Jüdischen Museum Berlin gehaltenen Vortrag und erscheint in leicht abgeänderter Form in: Fatima El-Tayeb, Undeutsch. Die Konstruktion des Anderen in der postmigrantischen Gesellschaft, Bielefeld 2016 (i. E.).

¹ „Rassifiziert“ meint hier die Zuschreibung kollektiver quasi-biologischer und/oder kultureller Eigenschaften, die die Wahrnehmung bestimmter Gruppen als nicht zugehörig erlaubt, auch wenn sie bereits Teil der Gesellschaft sind. Da diese Eigenschaften sowohl als der dominanten Identität entgegengesetzt und mit ihr nicht kompatibel definiert werden als auch den rassifizierten Subjekten notwendigerweise anhaftend, ist die oft verlangte Assimilierung oder Integration faktisch unmöglich beziehungsweise kann nur stattfinden, wenn die dominante Gruppe, die die alleinige Definitionsmacht besitzt, die Kompatibilitätskriterien ändert. „Migrantisiert“ referiert die Funktion der Kategorie „Migrant/in der x-ten Generation“, die die Klassifizierung Deutscher mit bestimmtem, nämlich rassifiziertem, Migrationshintergrund als ewige Neuankömmlinge, als nicht „wirklich“ deutsch reflektiert. Vgl. Fatima El-Tayeb, Anders Europäisch. Rassismus und Widerstand im vereinten Europa, Münster 2015.

² Wie der Sozialwissenschaftler Robin Schroeder zeigt, spiegelt rassistische Gewalt tatsächlich alle „Kernelemente wissenschaftlicher Terrorismusdefinitionen“ wider: Sie wird gegen eine Gruppe verübt, „die etwas repräsentiert, was die Täter aus politischen Gründen ablehnen“, und „ist gleichsam eine gewaltsame Einschüchterung der sozialen Gruppe, zu denen die Opfer des Anschlags zählen; eine mit einer Drohung verbundene Aufforderung an den Staat (oder mehrere Staaten) ein bestimmtes Verhalten zu ändern; sowie auch ein an Sympathisanten der eigenen Sache gerichteter Aufruf zur politischen Mobilisierung“. Robin Schroeder, Alles, bloß kein Terrorismus, 17.12.2015, www.migazin.de/2015/12/17/rechtsextremismus-alles-bloss-kein-terrorismus (3.3.2016).

Dies ist ein Terrorismus wiederum, der sowohl als fundamentale Bedrohung Europas als auch als repräsentativ für den Islam an sich verstanden wird. Die „Je suis Charlie“-Kampagne nach dem Pariser Attentat war als Zeichen der Solidarität gemeint, aber funktionierte auch als Symbol der kollektiven Gefährdung des weißen Europas durch muslimischen Terror. Umgekehrt fehlt jeder Ausdruck einer kollektiven europäischen Verantwortung für den rassistischen Terror gegen Migranten und Europäerinnen of color. Und die ist eben nicht das Gleiche wie die kollektive Abgrenzung vom „fremdenfeindlichen“ Pöbel, der mit Vorliebe im Osten und in der Unterschicht ausgemacht wird, also weit weg von den aufgeklärten Räumen des Feuilletons oder der Universität.

Postmigrantisch und postrassistisch: USA als Modell?

Genau hier liegt das Problem und liegt einer der fundamentalen Unterschiede zum Umgang mit Migration und Rassismus in den USA, einem Umgang, der in Europa oft als übertriebene „Political Correctness“ wahrgenommen wird. Aber was sich hinter diesem anderen Umgang verbirgt, ist ein schwieriger und un abgeschlossener Prozess, der alle Bereiche der US-amerikanischen Gesellschaft berührt. Auch wenn sich die Charakterisierung der USA als „postracial“ oder „postrassistisch“ seit Barack Obamas Regierungsantritt ungebrochener Popularität erfreut, befindet sich das Land noch immer und notwendigerweise im Stadium des „racial“. Hiermit meine ich hier nicht in erster Linie die offensichtlich noch existierenden rassistischen Strukturen, sondern ihre Benennung, das heißt die anhaltenden öffentlichen Auseinandersetzungen darum, was „racial“ am US-System ist. Wie unter anderem die Bewegung „Black Lives Matter“ betont, ist dieser Prozess noch lange nicht abgeschlossen.^P Vielleicht ist er sogar noch stets am Anfang, aber er hat seit

^P „Black Lives Matter“ ist eine antirassistische US-amerikanische Graswurzelbewegung, initiiert von drei schwarzen, queeren Aktivistinnen, um gegen die wiederholte Erschießung unbewaffneter schwarzer Jugendlicher durch die Polizei zu mobilisieren. Vgl. <http://blacklivesmatter.com>.

den 1960er Jahren elementare gesellschaftliche Veränderungen produziert, Veränderungen, von denen Deutschland noch weit entfernt ist.

Wenn wir „postmigrantisch“ analog zu „postracial“ als eine Zustandsbeschreibung betrachten oder als die Postulierung einer Überwindung, des Fortschritts zur nächsten Stufe in einem beständigen Prozess der gesellschaftlichen Entwicklung, dann lässt sich feststellen, dass Deutschland bestenfalls den ersten Schritt zur Auseinandersetzung mit dem Migrantischen getan hat, von „postmigrantisch“ kann gar keine Rede sein. Sicher, seit fast 60 Jahren, also seit zwei Generationen, ist Migration (wieder) ein fester Bestandteil der deutschen Gesellschaft, aber gerade die Begeisterung, mit der die sogenannte Flüchtlingskrise und der angeblich beispiellose Zustrom „Fremder“ als neues Phänomen dargestellt wird, zeigt etwas Anderes: Die Krise wird benutzt, um die zögerlichen Schritte zur Migrantisierung der Gesellschaft beziehungsweise der gesellschaftlichen Debatten seit den 1980er Jahren ungetan zu machen. Auf einmal ist alles wieder ganz einfach: Hier die weißen deutschen Helfer(innen), die sich ihre Privilegien wohl verdient haben und nicht daran denken, sie aufzugeben, die aber voller Sympathie für die weniger Glücklichen sind – und dort eben jene braunen Opfer legitimer Gewalt (das heißt vor allem Opfer US-amerikanischer militärischer Aggression, nicht europäischer ökonomischer Ausbeutung wie die sogenannten Wirtschaftsflüchtlinge).

Ebenfalls präsent, aber punktuell in den Hintergrund gedrängt (zumindest in der populären Imagination) ist der Gegenpart der guten Lichtgestalten, die bezeichnenderweise sogenannten Dunkeldeutschen – deren erwiesenes Gewaltpotenzial dennoch nicht als fundamentale Bedrohung wahrgenommen wird, zumindest nicht als eine, die nicht durch Willkommensgeschenke an Flüchtlinge neutralisiert werden kann. Und das funktioniert so gut, weil die anderen dunklen Deutschen inzwischen wieder ganz aus der Imagination gefallen sind: Rassifizierte und migrantisierte Deutsche sind in den öffentlichen Debatten fast gänzlich unsichtbar. Wenn sie eine Fluchtgeschichte im direkten Familienhintergrund haben,

dürfen sie manchmal erzählen, wie das für sie war mit der Integration, aber ansonsten wird deutsch wieder weiß und christlich (beziehungsweise christlich sozialisiert) gedacht. Was immer sich verschoben und verkompliziert hatte über die vergangenen Jahre, ist im Zuge dieser Krise wieder auf die altgewohnten Kategorien eingenordet worden.

„Fremdenfeindlichkeit“ und Rassismusamnesie

Die Not der Geflüchteten hat etwas erschreckend Stabilisierendes für die deutsche Identität. Die Welle rassistischer Gewalt um die sogenannte Asylkrise in den 1990er Jahren, der politische Ruck nach rechts, um den „Sorgen der Bürger“ entgegenzukommen, die Verschärfung eines vormals relativ großzügigen Asylrechts, das zum ersten Mal auf die Probe gestellt worden war – all das scheint ebenso vergessen wie die Diskussionen um die Notwendigkeit, Rassismus als solchen zu benennen. Stattdessen geht es nun wieder um „Fremdenfeindlichkeit“ – und um die Gefühlslage der guten Deutschen, die Flüchtlinge unterstützen, und dafür von fremdenfeindlichen Dunkeldeutschen bedroht werden.

Gleichzeitig herrscht ein merkwürdiges Desinteresse daran, wie sich dieser Konflikt auf Nicht-Mehrheitsdeutsche auswirkt. Der Grund scheint recht deutlich: Es wurde wieder einmal vergessen, dass diese Gruppe existiert und ein Alltagsrassismus, der nicht erst mit der Ankunft der Geflüchteten aktiviert wurde (und der weiterexistieren würde, könnte kein einziger Flüchtender Deutschland erreichen). Rassismus trifft und traf auch rassifizierte Deutsche – eben weil er mitten in der deutschen Gesellschaft zuhause ist und nicht von „Fremden“ in sie hineingetragen wurde. Rassismus braucht keine Fremden, um zu existieren, er produziert sie. Die Sympathiekundgebungen für Flüchtende haben dagegen einen einfacheren, aufbauenden Kontext: Flüchtende sind bedürftig, brauchen Hilfe, die großzügig von Mehrheitsdeutschen geleistet wird (die wiederum als Gegenleistung verständlicherweise Dankbarkeit erwarten) – es ist klar, wer zuhause, wer „Gast“ ist, es gibt notwendigerweise keine Gleichwertigkeit.

In den zunehmend breit geführten Diskussionen über Rassismus seit den 1980er Jahren äußerte sich auch Kritik an progressiven Gruppen. Diese reagierte verunsichert bis aggressiv auf den Verlust der absoluten Diskurshoheit. Die Debatte um Rassismus in Kinderbüchern 2013 etwa zeigte deutlich, wie schwer vorstellbar es noch immer für weiße Deutsche ist, dass ihre Positionalität nicht neutral und objektiv ist, sondern subjektiv und limitiert, dass rassifizierte Deutsche aufgrund ihrer Positionierung andere Erfahrungen machen, die weder ignoriert noch unter die dominante weiße Sichtweise subsummiert werden können. Die gefährdete diskursive und territoriale Hoheit wird in der Flüchtlingsdebatte wiederhergestellt, zunächst durch die Trennung zwischen „echten“ Kriegs- und „falschen“ Wirtschaftsflüchtlingen. Die dankbaren und unbestreitbar fremden, nicht deutschen Flüchtlinge sind ein angenehmeres Gegenüber als schwierige, aggressive, anspruchsvolle, ewig beleidigte Migrantisierte. So ist schon abzusehen, dass die Willkommenskultur sich für die zweite Generation der migrantisierten Deutschen erledigt haben wird. Wie gehabt wird ihr eine Assimilation abverlangt werden, die unmöglich bleibt, weil gleichzeitig von ihr erwartet wird, dass sie den Part des Fremden weiterspielt – nichts ist für die Mehrheit irritierender an Migrantisierten als das Deutschtsein, das sie verkörpern –, daran ändert auch die Willkommenskultur nichts, ganz im Gegenteil: Was sich hinter ihr verbirgt, die zwanghafte ewige Wiederholung der ersten Begegnung mit dem Fremden, ist ein Prozess, den ich als „Rassismusamnesie“ bezeichnet habe: die anhaltende Dialektik von rassistischer moralischer Panik und der Verdrängung der historischen Präsenz rassifizierter Bevölkerungen.[†]

In diesem aktiven Prozess des Vergessens können sich regelmäßig wiederholende Zyklen von Medienkampagnen gegen rassifizierte Gruppen und von rassistischen Gewaltausbrüchen ebenso ignoriert werden wie Widerstandsbewegungen, etwa das seit mehr als 20 Jahren bestehende Flüchtlingsforum „The Voice“, indem sie nie zusammengedacht werden. Ohne Ursache und Wirkung, ohne Bezug, bleiben sie ohne Ort im kollektiven Gedächtnis. Die Erklärung

[†] Vgl. F. El-Tayeb (Anm. 1).

von Rassismus als Reaktion auf das plötzliche Auftauchen des Fremden verlangt, dass jede Anerkennung einer nicht-weißen Präsenz immer scheinbar zum allerersten Mal geschieht. Das kennzeichnet sie als Ausnahmezustand, entleert sie aber zugleich jeder bleibenden Konsequenz: Aufstände in den französischen Vorstädten erzeugen Debatten über das Ende Europas, aber keine Strategieänderungen, stattdessen wird dem nächsten „Ausnahmezustand“ erneut mit äußerster Überraschung begegnet – wie aktuell dem angeblichen „Flüchtlingsstrom“ und vorher der multikulturellen Gesellschaft. Die lange zurückreichende, aber unterdrückte Geschichte von „Rasse“ und Rassismus in Europa lässt den gegenwärtigen kontinentalen „Multikulturalismus“, festgemacht an Markern des Nicht-Europäischseins wie Kopftuch oder dunkle Haut, als etwas nie Dagewesenes erscheinen; eine überraschende und dramatische Entwicklung, die im besten Fall gesellschaftliche Anpassung, im schlimmsten Ablehnung hervorruft und die vor allem bei Bedarf als „gescheitert“ erklärt werden kann. Die Ursachen dieses Scheiterns liegen natürlich bei den Vertreterinnen und Vertretern der Minderheiten im Multikulti-Mix, da die Kultur der Mehrheit weitgehend unhinterfragt bleibt.

Neoliberaler Multikulturalismus und koloniale Altlasten

Die Mehrheitsposition wird kaum hinterfragt, und das verbindet das heutige, „postmigrantische“ Deutschland wieder mit US-Debatten um die „postracial society“, zeigt aber gleichzeitig auch deutlich, wo die Unterschiede liegen. Im US-Gebrauch impliziert „postracial“, dass Rassismus zwar nicht gänzlich überwunden, aber nicht mehr systemisch ist, dass die institutionelle Diskriminierung rassifizierter Gruppen in der Vergangenheit liegt und ein „farbenblinder“ Ansatz den Weg in eine gleichberechtigte Zukunft weist. Das bedeutet nicht nur eine Abgrenzung gegenüber dem explizit rassistischen System, das bis in die 1960er Jahre Gesetz war, sondern auch gegenüber der konzentrierten Infragestellung der weißen Vorherrschaft durch die US-amerikanische Bürgerrechtsbewegung – und in der Folge durch Black und Brown Power-Aktivismus, inspi-

riert auch von antikolonialen Befreiungsbewegungen gegen die rassistische Herrschaft Europas über kolonisierte Völker. Die Phase des – nötigen – Widerstands gegen dieses ungerechte System gilt nun als erfolgreich abgeschlossen, ein Festhalten an ihm als kontraproduktiv oder gar als „umgekehrter Rassismus“, da wir uns inzwischen im Stadium des farbenblinden liberalen Multikulturalismus befinden. – So zumindest das amerikanische „postracial“ Narrativ.

In Europa dagegen wird zumeist angenommen, dass hier keine derartige Nachkriegstransformation stattfand, da sie nicht notwendig war – weil es kein rassistisches innereuropäisches Herrschaftssystem gegeben habe, das ersetzt werden musste. Diese Annahme schließt notwendigerweise die Überzeugung ein, dass der europäische Kolonialismus langfristige und fundamentale Auswirkungen nur auf die Kolonisierten hatte, nicht auf die Kolonialisatoren (zumindest keine Auswirkungen, die es zu problematisieren gilt) und dass der nationalsozialistische Rassenstaat eine atypische Ausnahme, kein Ausdruck europäischer Tiefenstrukturen war. So wurde die umfassende Analyse des globalen Systems, das von dem Politikwissenschaftler Cedric Robinson und anderen als „racial capitalism“ benannt wurde, vornehmlich von Postcolonial Theory und Critical Race Studies geleistet, einschließlich des Women of Color-Feminismus – was Sinn macht, da Frauen of color sowohl in den USA als auch global überproportional mit prekären Arbeits- und Lebensbedingungen konfrontiert sind.[¶] Women of Color-Feminismus liest den Aufstieg der USA zur Weltmacht unter dem Vorzeichen des neoliberalen Multikulturalismus daher als Teil, nicht als Überwindung dieser Herrschaftsform des rassifizierten Kapitalismus.

Neoliberaler Multikulturalismus verspricht, vormals ausgeschlossene Gruppen einzuschließen – sofern sie sich als einschlussfähig erweisen. So wird nicht nur die Disziplinierung marginalisierter Communities auf diese selbst abgewälzt – die Beweis-

[¶] Vgl. etwa Cedric Robinson, *Black Marxism. The Making of the Black Radical Tradition*, Chapel Hill 1983; Jodi Melamed, *Represent and Destroy. Rationalizing Violence in the New Racial Capitalism*, Minneapolis 2011.

last, dass sie nicht minderwertig oder bedrohlich sind, liegt bei ihnen –, sie werden auch gegeneinander ausgespielt, während die Mehrheitsgesellschaft die Rolle des Vermittlers und Wahrsers von Grundrechten einnimmt, aber gleichzeitig weiter normbestimmend bleibt. Der Erfolg dieser Strategie zeigt sich etwa in der Mobilisierung feministischer Argumente für den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan oder in der Pathologisierung muslimischer Communities in Deutschland als strukturell homophob, frauenverachtend und antisemitisch. Diese Eigenschaften als repräsentativ zu setzen, bedeutet wiederum, dass trotz Aufforderungen an „moderate Muslime“, sich von den Extremisten zu distanzieren, Ausnahmen immer die Regel bestätigen. Zugrunde liegt der feste Glaube an die Überlegenheit „westlicher Werte“, die angeblich denen des Feindes/Fremden diametral entgegengesetzt sind. Der Feind der freiheitlichen Ordnung, für die nun der Neoliberalismus steht, wird nicht mehr im sozialistischen Osten verortet, sondern wieder im Globalen Süden, und dieser wird traditionell als demokratiefiern, wenn nicht gar demokratiefeindlich rezipiert. Gleiches gilt für die Wahrnehmung derjenigen Bürgerinnen und Bürger, deren „migrantischer Hintergrund“ im Süden, insbesondere in der islamischen Welt, liegt. Für die Krise des (neo)liberalen Multikulturalismus werden so global wie national Bevölkerungsgruppen verantwortlich gemacht, deren Position bereits durch ökonomische und politische Marginalisierung geschwächt ist. Eine Auseinandersetzung mit den anhaltenden Auswirkungen (neo)kolonialer europäischer Herrschaft findet dagegen nicht statt.

Grenzen hegemonialer Selbstkritik

Zur Analyse dieses Systems des rassifizierten Kapitalismus, in das Europa zentral eingebunden ist, trugen kontinentaleuropäische Intellektuelle nicht nur wenig bei, sie sperrten sich überwiegend aktiv gegen eine Öffnung europäischer Theorie für die so wichtigen Einflüsse von postkolonialer und Critical Race-Theorie. Auch die kontinentale Linke hat es versäumt, diese Strukturen effektiv infrage zu stellen – oder sie auch nur systematisch zu analysieren. Sie bleibt verhaftet in ihnen, von einem universalistischen

Aufklärungshumanismus, der den weißen europäischen Mann als den paradigmatischen Menschen setzt, hin zu einer kontinentalen marxistischen Theorie, die „Rasse“ als fundamentale Herrschaftskategorie noch stets ignoriert, sie stattdessen als partikularistische Ablenkung von der universal relevanten Kategorie „Klasse“ einschätzt – ironischerweise, da Klasse auch in Europa eine extrem rassifizierte Kategorie ist. Bei Rassismus geht es so scheinbar immer um etwas anderes: Angst vor der Zukunft, wirtschaftliche Unsicherheit oder sozialistische Altlast. Als Konsequenz der fehlenden Rassismusanalyse ist die mehrheitsdeutsche Debatte zunehmend isolationistisch, im eigenen Saft kochend, immer weniger fähig, an einem transnationalen Dialog teilzunehmen, in dem Europa nicht mehr automatisch Dominanz zugestanden wird.

Die US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegungen erzwangen eine Auseinandersetzung mit gesellschaftlichem Rassismus, die unter anderem dazu führte, dass Black und Ethnic Studies sich etablierten, noch immer umstrittene akademische Disziplinen, die dennoch, ebenso wie Women's und Queer Studies, den unumkehrbaren Einzug derjenigen manifestierten, die zuvor in Theorie und Praxis aus der Universität – und anderen Entscheidungs- und Meinungszentren – ausgeschlossen worden waren. In Europa, Deutschland eingeschlossen, hat eine derartige Öffnung nach Holocaust und Kolonialismus nicht stattgefunden, stattdessen übte man sich in hegemonialer Selbstkritik – ausgehend von der Annahme, dass die europäische intellektuelle Tradition genug Handhabe biete, das System, wenn nötig, von innen heraus zu korrigieren. Problematisch hierbei ist unter anderem, dass bestehende Definitionen von Europas „Außen“ und „Innen“ weitgehend unhinterfragt übernommen wurden, sodass etwa Kritik von rassifizierten Europäerinnen und Europäern als von außen kommend wahrgenommen wird, eben weil ihnen kein Platz innerhalb dieser Tradition zugestanden wird.

Anstatt zu einem pluralistischen Modell zu gelangen, reproduzieren Deutschland und Europa so, was Stuart Hall 1991, am Vorabend des Vertrags von Maastricht (und der 500-Jahrfeiern zur „Entdeckung“ Amerikas), das „internalistische Narrativ“

des Kontinents nannte:¹⁶ eine narzisstische Geschichtsauffassung, in der komplexe historische Interaktionen einem insularen Modell untergeordnet werden, in dem ein essentialistisch definiertes, weißes, christliches Europa immer und zwangsläufig die Norm bleibt. Kritik üben dürfen wiederum nur diejenigen, die zumindest annähernd der Norm entsprechen, was bequemerweise noch stets die überwältigende Mehrheit postkolonialer, dekolonialer und intersektionaler Ansätze ausschließt. Deren Analyse des rassifizierten Kapitalismus hat schon längst Rassismus als globales – und damit auch deutsches – Herrschaftsprinzip dekonstruiert. Das Resultat ist die Weißwaschung von Theorie – zum Teil getragen von der Behauptung, dass die Gemengelage von Rassifizierung und Migrantisierung hierzulande zu komplex sei, um sie mit aus den USA importierten Konzepten zu analysieren – als ob die Lage dort weniger kompliziert sei. Women of Color-Feminismus arbeitet schon seit Jahrzehnten *mit* statt *gegen* Differenz als einer Kategorie, mit der diese Komplexitäten und Widersprüche gefasst, aber nicht aufgelöst werden können.¹⁷ Dies ist ein Ansatz, der etwa in der Debatte um die Kölner Silvesternacht bitter nötig wäre.

Weißer Wissenschaft und gesellschaftlicher Rassismus

Der Ausschluss derjenigen Theorien, die keine hegemoniale, sondern eine subalterne und subversive Herrschaftskritik vermitteln, führt logischerweise zum Ausschluss rassifizierter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, auch wenn das nicht explizit intendiert ist. Zur Illustration hier kurz ein Beispiel von sehr vielen: 2015 erhielt ich eine Einladung als Referentin für eine Konferenz zur Geschichte des „Rasse“-Begriffs in Deutschland. Die Veranstaltung schien außerordentlich zeitgemäß, hat die Forschung zu diesem Thema doch in den vergangenen Jahrzehnten deutlich zugenommen, auch wenn sie akademisch noch stets marginal bleibt. Zudem hat-

¹⁶ Stuart Hall, *Europe's Other Self*, in: *Marxism Today*, 18 (1991), S. 18f.

¹⁷ Vgl. etwa Cathy Gelbin/Kader Konuk/Peggy Piesche (Hrsg.), *AufBrüche: Kulturelle Produktionen von Migrantinnen, Schwarzen und jüdischen Frauen in Deutschland*, Königstein 1999.

ten die Mordserie des NSU und die zu diesem Zeitpunkt ihren Zenit erreichenden Pegida-Demonstrationen mehr als deutlich gemacht, dass das erklärte Ziel der Veranstaltung – eine interdisziplinäre Debatte zur zeitgenössischen Wirkung von Rassismus in Deutschland – von zentraler gesellschaftspolitischer Bedeutung war.

Mein Enthusiasmus ließ allerdings schlagartig nach, als ich die Liste der eingeladenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sah, die so aussah wie fast jede Liste akademischer Veranstaltungen in Deutschland – dass es sich bei den Eingeladenen fast ausschließlich um weiße Männer handelte, schien angesichts des erklärten Ziels der Konferenz besonders kontraproduktiv, eine seriöse Veranstaltung zu „Rasse“ und Rassismus in dieser Besetzung nahezu unmöglich. Es ging mir dabei weniger darum, wer vertreten, als wer nicht vertreten war, nämlich die zahlreichen Forscherinnen und Aktivistinnen aus rassifizierten Gruppen, die wichtige Arbeiten zu diesem Thema leisten, innerhalb und außerhalb der Universitäten. Methodisch, pädagogisch und politisch ist ein „farbenblinder“ Ansatz, der die durch rassistische Strukturen produzierten Ausschlüsse und Hierarchien ignoriert, dazu verdammt, sie zu reproduzieren; unter anderem dadurch, dass Rassifizierte Objekte der Debatte bleiben, statt teilhabende Subjekte zu sein – während weiße Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unmarkiert und „neutral“ bleiben können. Dies geschieht auch und gerade dann, wenn es nicht weiße, sondern überwiegend markierte, rassifizierte Akademiker und Aktivistinnen waren, die durch ihre langjährige Arbeit die Mehrheitsgesellschaft zur Auseinandersetzung mit diesem Thema gezwungen haben.

Ich teilte meine Bedenken dem Veranstalter mit und nannte ihnen eine Reihe nicht-weißer Expertinnen und Experten zum Thema. In der durchaus freundlichen Antwort wurde mir erklärt, es gehe bei der Konferenz um die wissenschaftliche, nicht die politische Aufarbeitung des „Rasse“-Begriffs, sonst hätte man natürlich auch Interessenvertreterinnen und -vertreter betroffener Gruppen eingeladen (die Liste der Eingeladenen wurde nicht geändert). Die implizite Annahme, dass rassifizierte Menschen nie Analyse, sondern nur „Betroffenheit“ produzieren

können, ist hier noch weniger problematisch als die dazugehörige Überzeugung: dass weiße, heteronormative Wissenschaft nicht politisch und subjektiv sei. Nochmals, diese Konferenz wurde nicht von besonders ignoranten weißen Menschen organisiert. Ansatz und Begründung des Ausschlusses rassifizierter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler – denn es handelt sich hier um einen aktiven Prozess des Ausschlusses, nicht um ein passives Ignorieren –, sind vielmehr symptomatisch für den wissenschaftlichen Umgang mit (der Geschichte von) „Rasse“ und Rassismus in Deutschland: Was vor allem fehlt, ist eine Wissenschaftskritik, die Forschung nicht als ausschließlich neutral beschreibend, sondern auch diskursbestimmend begreift – wenn es um die Positionalität weiß rassifizierter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler geht, fehlt diese Fähigkeit zur Selbstkritik gänzlich, sogar wenn „Rasse“ das explizite Thema ist.

Deutschland postmigrantisch?

So setzt sich das unproduktive Selbstgespräch fort, in das gelegentlich Menschen of color eingeladen werden, ohne dass sich jemals ein wirklicher Dialog entwickeln kann, da die gemeinsame Wissensbasis fehlt. Die Arbeiten von Sylvia Winter, Grace Hong, Lisa Lowe und unzähligen anderen – bis zurück zu W. E. B. DuBois und Aimé Césaire –, zum allergrößten Teil nicht ins Deutsche übersetzt, müssen Teil politischer und akademischer Debatten werden, soll „postmigrantisch“ nicht ebenso herrschaftsstabilisierend funktionieren wie „postracial“ es schon tut. Stattdessen wird die Arbeit rassifizierter Wissenschaftler und Aktivistinnen oft noch als Rohmaterial behandelt, das von Mehrheitsdeutschen dann in eine akzeptable Form gebracht wird. Die zögerliche, verspätete und unfreiwillige Auseinandersetzung mit Rassismus(forschung) erscheint so als selbstgewählt und originell, während ihre eigentlichen Initiatorinnen und Initiatoren ausgeschlossen bleiben. Dies ist nötig, da die Hegemonie der internalistischen Geschichte die Unterdrückung alternativer Weltansichten verlangt, stellen letztere doch die mühsam normalisierten Grenzziehungen zwischen Innen und Außen wieder infrage. Das wiederum bedeutet, dass rassifizierte Gruppen, einschließlich der Geflüchteten, permanent „außen vor“ bleiben.

Allen scheinbaren – und realen – Fortschritten zum Trotz: Die fortwährende Unfähigkeit oder vielmehr Unwilligkeit, dem eklatanten Weißsein ins Auge zu sehen, das Europas Selbstbild zugrunde liegt, hat drastische Konsequenzen für Migrantinnen, Migranten und migrantisierte Gemeinschaften, die routinemäßig ignoriert, marginalisiert und als Bedrohung für eben jenes Europa definiert werden, dessen Teil sie sind. Ihre Anwesenheit wird üblicherweise nur als Zeichen einer Krise anerkannt und in der fortwährenden Konstruktion einer neuen europäischen Identität wieder vergessen.

Es gibt bisher keinen Grund anzunehmen, dass dieser Prozess im Umgang mit Geflüchteten anders ablaufen wird. Im Gegenteil, es scheint deutlich, dass die kurze Phase des „Wir schaffen das“ abgelöst wurde, nicht durch ein „Wir schaffen das nicht“, sondern ein „Wir wollen das nicht schaffen“. Wie üblich in der Reaktion auf Strukturen, die durch die anhaltende, eklatante globale Ungleichheit produziert werden, positionieren sich diejenigen, die am meisten (zu verlieren) haben, als bedroht durch diejenigen, die schon jetzt für die Folgen dieser Ungleichheit bezahlen müssen. Ein nicht nur rhetorisch postmigrantischer Zustand wäre für mich einer, der diesen Kreislauf durchbricht.

Schaffen wir das? Über Patriotismus in Krisenzeiten

Flucht, Vertreibung und Verfolgung sind weltweit virulente Themen. Aber auch dezidiert deutsche. Man denke nur an die Schrecken des Zweiten

Volker Kronenberg Weltkrieges sowie der Folgejahre. Man denke an die Jahrzehnte der deutschen Teilung wie an jene Monate, als die friedlichen Revolutionen in Mittel- und Osteuropa 1989/90 schließlich den Deutschen hinter

Prof. Dr. phil., M.A., geb. 1971; Studiendekan der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn und Akademischer Direktor am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie, Lennéstraße 25, 53113 Bonn. kronenberg@uni-bonn.de

Mauer und Stacheldraht einen Weg in die Freiheit boten. Man denke aber auch, gegenwärtig und dialektisch die eigene nationale Erfahrung gespiegelt, an jene spezifisch deutsche Form der „Willkommenskultur“. Beachtliche Teile der Bürgerschaft suchen im Sinne einer heroischen Selbstverpflichtung des *Wir schaffen das!*, Tag für Tag – gewissermaßen als *plébiscite de tous les jours* (Ernest Renan) – zu beweisen, was sie freiwillig, solidarisch, kommunitär zu leisten imstande sind, ohne dass sie dazu staatlicherseits angehalten oder verpflichtet wären. Praktizierter Patriotismus in seiner weltoffenen Physiognomie spielt das Eigene, die Nation, die Republik nicht gegen das Ferne aus, das mittels Flucht und Vertreibung das Fremde in Kontakt mit dem Vertrauten bringt und Verwaltung, Politik, Gesellschaft und Kultur vor Herausforderungen stellt; Herausforderungen, die, je mehr und je länger Flüchtlinge kommen, zweifellos größer werden. Und denen doch das *Wir schaffen das!* entgegengesetzt wird, als patriotischer Imperativ jener *caritas*, die Flüchtlinge und Asylsuchende nicht als Bedrohung, sondern als Mit-Menschen und als potenzielle Mit-Bürger betrachtet. Damit ist gewissermaßen eine Anti-Pegida-Bewegung der ungezählten freiwillig Helfenden entstanden, ein „heller“ Patriotismus des Helfens, des Zupackens, der Zi-

vilcourage, der gegen einen „dunklen“ steht, den allzu oft Angst und Aggression bestimmen und der von seiner Ausrichtung und Motivation her mehr ein Sich-Verschließen, gar ein Nationalismus denn ein weltoffener, freiheitlicher Patriotismus ist.

Patriotismus formuliert und postuliert vor dem Hintergrund seiner Herausbildung im Zuge der neuzeitlichen Freiheitsrevolutionen von 1776 und 1789 ein *Ethos*, mithin eine Überzeugung und tätige Hinwendung der Bürger zum eigenen Gemeinwesen, zu dessen Gemeinwohl, wohl wissend, dass fundamentale Werte – allgemeine Menschenrechte – nicht an nationalen Grenzen halt machen und dass Nationen, historisch entstanden und entwickelt, auch zukunfts offen, veränderbar und integrationsfähig, ja integrationswillig sind und dies sein müssen.¹ In diesem Sinne stellen Patriotismus und Europäismus keine Gegensätze, sondern komplementäre Größen dar – letzterer wurzelt in ersterem, das „Vaterland Europa“² besteht aus den Vaterländern Europas, die geistesgeschichtlich und kulturell mehr eint, als sie trennt. Das Eigene wird hier mithin als relationale und relative Größe zum Anderen gedacht, dem Gemeinsamkeiten wie Unterschiede eigen sind und mit dem es zu koexistieren, kooperieren oder eben, um Frieden und Freiheit, Sicherheit und Wohlstand willen, zu integrieren gilt. Wie sich nun Ethos und Physiognomie des Patriotismus im Zeichen der Flüchtlingskrise entfalten, soll nachfolgend kursorisch betrachtet werden.

„Wir“ und die „Anderen“

Auch wenn der Patriotismus wesentlich und begrifflich auf eine bestehende Gemeinschaft – eine *patria*, neuzeitlich die Nation beziehungsweise den Nationalstaat – bezogen ist, so abstrahiert er als politische, zumal republikanische Tugend³ von ethnischen Gesichtspunkten und fragt nicht nach „Rasse“, „Klasse“ oder nach Religionszu-

¹ Vgl. Volker Kronenberg, *Patriotismus in Deutschland. Perspektiven für eine weltoffene Nation*, Wiesbaden 2013.

² Peter Koslowski/Rémi Brague, *Vaterland Europa. Europäische und nationale Identität im Konflikt*, Wien 1997.

³ Vgl. Maurizio Viroli, *Die Idee der republikanischen Freiheit. Von Machiavelli bis heute*, Zürich 2002.

gehörigkeit, sondern vielmehr nach der tätigen Hinwendung zur gemeinsamen Sache der Republik, zumindest nach der Akzeptanz derselben. Diese Charakterisierung verdeutlicht, wie Neu-Hinzukommende, Schutzsuchende, Flüchtlinge beziehungsweise Asylsuchende ganz selbstverständlich Teil eines politischen Gemeinwesens, einer *patria*, werden können, insofern sie die bestehende politisch-gesellschaftliche Ordnung akzeptieren und das sozioralistische Fundament anerkennen. Ein so verstanden politischer, voluntativer Patriotismusbegriff fragt nicht nach Abstammung und Herkunft, sondern nach der Akzeptanz und der Wertschätzung beziehungsweise der Hinwendung zur gemeinsamen Sache, zur *res publica*, zum Gemeinwohl. Dieses ist seinerseits partikular/universalistisch imprägniert: partikular im Sinne des politisch und räumlich Konkreten, des Begrenzten und zugleich, moralisch Grenzen transzendierend, an allgemeinen Menschenrechten orientiert.

Patriotismus ist wesensmäßig die Freiwilligkeit der einzelnen Bürger eingeschrieben, tätig zu werden zum Wohle des Gemeinsamen, des Gemeinwohls. Patriotismus opponiert dem Zwang und verweist von seinem Ethos her auf die prekären Bestandsvoraussetzungen eines freiheitlichen Gemeinwesens. Er erinnert daran, dass eine freiheitliche Republik von ihrem Wesen und ihrer Idee her nur „funktionieren“ kann, wenn neben der Akzeptanz und der Beachtung von Recht und Gesetz das freiwillige Engagement für das Gemeinwohl hinzukommt.^f Patriotismus zielt damit auf das Beste des Gemeinwesens und seiner Bürger und bemisst sich in Werten.

Wird über (Grund-)Werte – beispielsweise über Frieden, Freiheit und Sicherheit, Solidarität und Pluralität/Toleranz –, wird über das sozioralistische Fundament der Bundesrepublik Deutschland, über die freiheitliche demokratische Grundordnung diskutiert, so geht es um das Große und Ganze – gespiegelt in den 19 Grundrechtsartikeln des Grundgesetzes, die in ihrem Wesensgehalt

^f Vgl. Volker Kronenberg, *Patriotismus 2.0. Gemeinwohl und Bürgersinn in der Bundesrepublik Deutschland*, München 2010.

unabänderlich sind.^f Es geht um das Selbstbild, das Selbstverständnis einer Nation, das sich aufgrund einer besonderen historischen Erfahrung von gescheiterter Republik, Diktatur, Totalitarismus, staatlicher Teilung, friedlicher Revolution und europäischer Einbettung den Fragen nach dem *Woher* und *Wohin*, nach Wohl und Weh der *res publica* zuwendet und nach Antworten sucht: *Wofür* steht beziehungsweise *was* eint, mithin *was* hält die „geglückte Demokratie“⁶ der Bundesrepublik Deutschland im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts zusammen? Welchen Werten fühlt sich die Republik, in den 1970er Jahren noch als „schwieriges Vaterland“⁷ apostrophiert und in den 1980er Jahren zur *postnationalen* Demokratie verklärt, verpflichtet? Genauer: Wie haben sich diese Werte, deren Inhalte und Präferenzen verändert? Denn dass sie sich verändert haben im Zuge des „Wandels des Wertewandels“⁸ infolge der einheitspolitischen Umbrüche und des Entstehens neuer und des Verschwindens tradierter gesellschaftlicher Milieus ist kaum ernsthaft zu bezweifeln. Kurzum: Was ist heute *gut* und was *schlecht*, was ist wert, bewahrt zu werden und was soll, ja muss sich wandeln? Was meint und wie steht es um „Freiheit“ und um „Sicherheit“, wie um „Solidarität“ in einer stärker individualisierten, pluralisierten, teils fragmentierten Gesellschaft, die sich, nach jahrzehntelangem Ringen um ihr Selbstverständnis, mittlerweile weitgehend konsensuell als „Einwanderungsgesellschaft“ versteht?

Die vor einigen Jahren geführte Debatte um „Verfassung, Patriotismus, Leitkultur“ war auf die Beantwortung dieser Fragen gerichtet und hat, nach anfänglichem parteitaktischem Ringen um die Angemessenheit des

^f Vgl. ders., *Worauf gründet die „Berliner Republik“? Fundamente und Normen jenseits von Recht und Gesetz*, in: Martin Koopmann/Barbara Kunz (Hrsg.), *Deutschland 25 Jahre nach der Einheit. Partner, Führungsmacht, Modell? Perspektiven aus dem Weimarer Dreieck*, Baden-Baden 2016, S. 231–244.

⁶ Edgar Wolfrum, *Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*, Stuttgart 2006.

⁷ Martin Greiffenhagen/Sylvia Greiffenhagen, *Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur Deutschlands*, München 1979.

⁸ Stefan Hradil, *Vom Wandel des Wertewandels. Die Individualisierung und eine ihrer Gegenbewegungen*, in: Wolfgang Glatzer et al. (Hrsg.), *Sozialer Wandel und gesellschaftliche Dauerbeobachtung*, Opladen 2002, S. 31–47.

Begriffs der „Leitkultur“, in der Sache mehr Annäherungen gebracht, als manche zu Beginn vermutet hätten.⁹ So wurde die enge Verwieseneit des Patriotismus auf die Verfassung entlang des bundesrepublikanischen Begriffs des „Verfassungspatriotismus“¹⁰ einerseits anerkannt und andererseits beiderlei Bezüglichkeit auf eine spezifische Nation – eben die deutsche – von links-liberaler Seite nicht länger bestritten. Im Gegenteil: Es wurde nunmehr, fast plötzlich, nach Jahrzehnten der Zurückweisung und des Fremdelns, ein Patriotismus „von links“ akzentuiert,¹¹ von dort, wo er ideengeschichtlich aufgrund seines emanzipatorischen, bürgerlichen Impetus auch herkommt. Unter Integrationsgesichtspunkten wurde eine „Hol- und Bringschuld“ sowohl des Staates als auch derjenigen Menschen festgestellt, die Teil des Gemeinwesens werden wollen beziehungsweise sind.¹²

Die Bezugsgröße, auf die hin Integration gerichtet sein soll, ist die freiheitliche Republik, die Bundesrepublik Deutschland. Ein Gemeinwesen, das im heutigen Sinne nichts Statisches, nichts Erratisches, sondern vielmehr zukunfts offen weiterzuentwickeln ist, das auf einem verbindlichen Fundament von Recht und Gesetz ruht und sich konstituiert durch die klassische, symbiotische Trias von Staatsvolk, Staatsgewalt und Staatsgebiet.¹³ das Staatsvolk als Grund der Verfassung und zugleich Legitimations- wie Bezugsobjekt der Staatsgewalt; das Staatsgebiet als Raum der Geltung und verbindlichen Durchsetzung von Verfassung/Recht, Staatsgewalt und Wertordnung. Alle rhetorisch postulierte und zeitweilig politisch durchgesetzte „Offenheit“ der Grenze(n) für Flüchtlinge, flankiert durch den Willen zur humanitären Hilfsbereitschaft

und internationalen Solidarität entlang einer „Willkommenskultur“, darf nicht darüber hinwegtäuschen (wollen), dass Hilfsbereitschaft und Solidarität notwendig ihre Grenze finden in der Funktions- und Bestandsfähigkeit von Recht, Gesetz, Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Strukturen. Und, ganz zentral: Größtmögliche gesellschaftliche Akzeptanz für jene „Willkommenskultur“ ist nur dann gegeben, wenn eben jene Funktions- und Bestandsfähigkeiten erst gar nicht als gefährdet wahrgenommen werden. Dies bedeutet wiederum zweierlei:

Zum einen setzt Solidarität – soll sie mehr sein als ein kurzzeitiges, situatives Aufflackern – ein Band der Helfenden und der Hilfesuchenden voraus, das beispielsweise im gemeinsamen Engagement in Vereinen, in Selbsthilfegruppen oder sonstigen zivilgesellschaftlichen Strukturen, jenen berühmten „Schulen der Demokratie“ (Alexis de Tocqueville), geknüpft werden kann.¹⁴ Es muss letztendlich etwas Gemeinsames entstehen, das plausibilisiert, warum „gewissen Menschengruppen ein spezifisches Solidaritätsempfinden anderen gegenüber *zuzumuten* sei“,¹⁵ wie schon Max Weber einst im Hinblick auf das Charakteristische einer Nation betonte.

Zum anderen findet das Grundrecht auf Asyl, auf das in der aktuellen Flüchtlingskrise als höchst verbindlicher Wert, als humanitärer Imperativ des Helfens, rekurriert wird, eine wesensimmanente Grenze im Gesamtgefüge der Verfassungsordnung in der Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Rechts- und Staatsordnung der Bundesrepublik Deutschland. Es findet darin aber auch seine Entfaltungspotenziale und seine Effektivität. In diesem Sinne bezeichnete Bundespräsident Joachim Gauck, dessen Amtszeit von einem Plädoyer für ein Mehr an bürgerschaftlichem Engagement, von einem Werben für eine Kultur der Freiheit und von einem damit verbundenen, konstitutiven Patriotismus der Weltoffenheit wie ein roter Faden durchzogen wird, „Begrenzungs-

⁹ Norbert Lammert (Hrsg.), *Verfassung, Patriotismus, Leitkultur. Was unsere Gesellschaft zusammenhält*, Hamburg 2006.

¹⁰ Dolf Sternberger, *Verfassungspatriotismus*, in: ders., *Schriften X*, hrsg. von Peter Haungs et al., Frankfurt/M. 1990, S. 17–31.

¹¹ Vgl. in diesem Sinne Robert Habeck, *Patriotismus: Ein linkes Plädoyer*, Gütersloh 2010.

¹² Vgl. Volker Kronenberg, *Zwischenbilanz einer deutschen Debatte, die notwendig ist: Leitkultur, Verfassung und Patriotismus – was eint uns?*, in: Bernhard Vogel (Hrsg.), *Was eint uns? Verständigung der Gesellschaft über gemeinsame Grundlagen*, Freiburg/Br. 2008, S. 188–209.

¹³ Vgl. Georg Jellinek, *Allgemeine Staatslehre*, Berlin 1900.

¹⁴ Vgl. Josef Isensee, *Solidarität in Knappheit. Zum Problem der Priorität*, Berlin 1998; Alexis de Tocqueville, *Über die Demokratie in Amerika*, Bd. 1, hrsg. von Theodor Eschenburg, Stuttgart 1959 (1835), S. 216–224.

¹⁵ Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriß der verstehenden Soziologie*, Tübingen 1980, S. 528.

strategien“ beim Zuzug von Flüchtlingen als „moralisch und politisch“ geboten. Besorgt fügte er hinzu: Wenn in der Mehrheitsgesellschaft das Gefühl für Solidarität schwinde und sich „eine kollektive Identität entwickeln würde, die immer nur schreit ‚Das Boot ist voll‘“, dann gebe es eben auch „ein moralisches Problem und nicht nur ein politisches“. Gerade in dem Bemühen, möglichst vielen helfend zur Seite zu stehen, könne es begründet sein, „dass man nicht allen hilft“.¹⁶

Ethos des Helfens und seine Grenzen

Patriotismus ist klar einem Ethos des Helfens und der Hilfe verpflichtet und verweist zugleich auf die Bedingungsvoraussetzungen sowie auf das Recht und das soziomoralische Fundament, das seinerseits integrieren will. Ziel von Integration ist, einen gesellschaftlich-kulturellen Pluralismus (statt eines beliebigen Multikulturalismus und statt einer Zwangsassimilation) zu schaffen sowie Verbindlichkeit und Geltungskraft der bestehenden Rechts- und Wertordnung des Gemeinwesens aufrechtzuerhalten – und alles, was diesen Bestand gefährdet, gilt es unter Integrationsgesichtspunkten zu verhindern. Gerade der Umgang mit der großen Zahl an Flüchtlingen, die über Monate hinweg nach Deutschland kamen und immer noch kommen, stellt die engste Verbundenheit von Engagement für das Gemeinwesen einerseits und die Weltoffenheit andererseits – flankiert von rechtlicher Verbindlichkeit –, unter Beweis:

Patriotismus bedeutet nicht, sich von den „Anderen“ abzuschließen, das Fremde abzulehnen, sich im Eigenen einzumauern – dafür stehen Xenophobie, Nationalismus, Rassismus. Im Gegenteil, Patriotismus steht für das Willkommenheißes des Neuen, des Anderen, auch des Fremden, des Flüchtlings aus anderen Weltregionen und Kulturen – gepaart mit dem klaren Anspruch und der Verpflichtung, das Bestehende nicht statisch als unveränderlich-assimilativ übernehmen zu müssen, aber doch den vorhandenen soziomoralischen Konsens, vor allem die auf diesem gründen-

¹⁶ Joachim Gauck im WDR5-Interview am 5. 2. 2016, zit. nach: https://presse.wdr.de/ploungue/radio/wdr5/2016/02/20160205_gauck_radiointerview.html (1.3.2016).

de Rechtsordnung anzuerkennen, sich mithin an die bestehenden „Spielregeln“ zu halten. Parallelgesellschaften beziehungsweise kulturelle Segmentierungen, Abkapselungen gilt es zu vermeiden beziehungsweise zu überwinden, ebenso einen religiösen Fundamentalismus, insofern er versucht, seinerseits verbindliche Regeln des gesellschaftlich-kulturellen Zusammenlebens einer offenen, pluralistischen Gesellschaft infrage zu stellen und zu überwinden. Dem gilt es, mit aller Kraft des Gesetzes und der politischen Argumente entschieden entgegenzutreten. Patriotismus steht nicht für Beliebig- und Folgenlosigkeit, sondern für Klarheit, Engagement und Verbindlichkeit und bewährt sich im Alltag – im Kleinen wie im Großen – genauso wie im Krisenfall, bis hin zur militärischen Krise, wenn es um die Verteidigung des Landes und des Lebens seiner Menschen, oder auch, im terroristischen Angriffsfall, wenn es um die eigene Kultur, um die Werteordnung, um die Freiheit geht.

Eine Kultur der Freiheit in Sicherheit

Dass der Patriotismus parteiübergreifend und über die akute Flüchtlingskrise hinaus seit einiger Zeit wieder Konjunktur hat, hängt wesentlich mit der Frage nach der notwendigen Neujustierung des Verhältnisses von Staat und Bürgerschaft zusammen. Welche Aufgaben können Staat und Verwaltung dauerhaft schultern, dies in einer älter und demografisch kleiner werdenden Gesellschaft? Welche Aufgaben müssen womöglich bürgerschaftlich, kommunitär übernommen werden, oder können „vor Ort“, zivilgesellschaftlich gar besser geleistet werden als staatlicherseits? Es steht die Frage nach einer neuen „Kultur der Freiheit“¹⁷ im Raum, bei der es um die stärkere Aktivierung bürgerschaftlicher Potenziale geht, als dies in der Vergangenheit geleistet wurde. Es ist kein Zufall, dass der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder ein Plädoyer für mehr Patriotismus zu jener Zeit unternahm, als seine Reformpolitik der „Agenda 2010“ auf diesen prekären Zusammenhang von staatlicher Leistungsfähigkeit und bürgerschaftlichem Potenzial traf. Wenn der freiheitlich-säkulare Staat – was zweifellos der Fall ist – auf Voraussetzungen ruht, die er selbst nicht zu ga-

¹⁷ Udo Di Fabio, Kultur der Freiheit, München 2005.

rantieren vermag,¹⁸ so gilt es dieses prekäre Verhältnis von Staat, Verwaltung und Zivilgesellschaft weit intensiver politisch und gesellschaftlich zu reflektieren, als dies in den vergangenen Jahren ohnehin der Fall war.

Die Bundesrepublik befindet sich gegenwärtig weder ökonomisch noch gesellschaftlich in einer tiefen, gar existenziellen Krise – zumal im internationalen und europäischen Vergleich –, auch wenn dies durch Pegida oder andere politische Bewegungen und Parteien suggeriert wird. Und doch mahnen eine wachsende Unzufriedenheit in Teilen der Bevölkerung mit der Problemlösungskompetenz der repräsentativen Demokratie, gepaart mit einem Misstrauen gegenüber unabhängiger Medienberichterstattung und einer zunehmenden Verrohung der Debattenkultur, die Notwendigkeit an, politische Entscheidungen, Handlungszwänge oder auch Abwägungsdilemmata weitaus besser und intensiver in der Öffentlichkeit zu erklären, als dies in der jüngeren Vergangenheit häufig der Fall war. Weder Schröders „Basta“ zur innerparteilichen Durchsetzung seiner „Agenda“-Politik noch Merkels Verweis auf die „Alternativlosigkeit“ ihrer Politik im Rahmen der Euro-Griechenland-„Rettungspakete“ haben dieser Notwendigkeit angemessen Rechnung getragen und damit, gewiss ungewollt, Entfaltungsraum geschaffen für jene Kräfte, sei es auf der Linken, sei es auf der Rechten, die in populistischer Manier vermeintlich einfache, teils auch schlicht zynische Lösungen für komplexe politisch-gesellschaftliche Sachverhalte anbieten.

Steht seit „Agenda“-Zeiten die Frage nach sozialer Gerechtigkeit und einer wachsenden Schere zwischen Arm und Reich im Raum, so ist es mit Blick auf den Euro und die Rettungsschirme die Frage nach nationaler und europäischer Solidarität, die nunmehr, im Zeichen des Flüchtlingszuzugs nach Deutschland, in neuem Licht an Aktualität und neuer Dringlichkeit gewinnt. So muss denn die politisch intonierte Selbstverpflichtung des *Wir schaffen das!*, die bislang auf einen kongenialen gesellschaftlichen Resonanzboden ge-

troffen ist, konkreter werden, müssen Regierung und Parteien benennen, *was* genau von *wem* geschafft werden soll – mit welchem *Ziel* und mit welchen finanziellen und politischen *Mitteln*. Vor allem: Worauf zielt und wie, ja in welchem Umfang gelingt „Integration“? Denn bei allem guten Willen, der unzweifelhaft vorhanden ist, die Herausforderungen zum Besten für die betroffenen Menschen wie für das eigene Gemeinwesen zu meistern, besteht doch, zumal auf kommunaler Ebene, die weit verbreitete Ansicht, die ein grüner Oberbürgermeister jüngst zum Ausdruck brachte: „Die Schwierigkeiten gehen jetzt erst los.“¹⁹ Schwierigkeiten, die sich jenseits einer behelfsmäßigen Erstaufnahme mit gelingender Integration der Flüchtlinge verbindet – eine wahre Herkulesaufgabe auf sämtlichen politischen Ebenen vom Bund über die Länder hin zu den Kommunen, denn Integrationspolitik ist seit Jahrzehnten und über alle Parteigrenzen hinweg sträflich vernachlässigt und erst seit einigen Jahren verstärkt in den Blick genommen worden.²⁰

Dieses Politikfeld – jenseits parteipolitischer Retourkutschen entlang von Begriffskontroversen wie „Leitkultur“ und „Multikultur“ – erfolgreich zu gestalten, wird eine der Kernaufgaben deutscher Politik der kommenden Jahre. Vor allem gibt es erheblichen Investitionsbedarf in sämtlichen Bereichen von frühkindlicher, schulischer und beruflicher Bildung. Mag dieser bildungspolitische Bereich von Integrationspolitik inzwischen weitgehend politisch unstrittig sein, zumal, was den notwendigen Erwerb der deutschen Sprache angeht, so stellt sich dies mit Blick auf die große Bedeutung der Kirchen und Religionen bereits anders dar. Halten die einen beispielsweise die Einführung von Islamkundeunterricht an Schulen in deutscher Sprache für sinnvoll, zeigen sich andere diesbezüglich äußerst reserviert. Dies gilt erst recht, wenn es um die damit verbundene – abstrakte – Frage geht, ob beziehungsweise inwiefern der Islam heute zu Deutschland gehört. Dabei ist gar nicht fraglich, dass eine wachsende Zahl von

¹⁸ Vgl. Ernst-Wolfgang Böckenförde, Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation, in: ders., Recht, Staat, Freiheit. Studien zur Rechtsphilosophie, Staatstheorie und Verfassungsgeschichte, Frankfurt/M. 1992², S. 92–114, hier: S. 98.

¹⁹ Fritz Kuhn, zit. nach: Jasper von Altenbockum, Eine völlig unklare Aufgabe, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3.2.2016, S. 10.

²⁰ Vgl. Martin Ohlert, Zwischen „Multikulturalismus“ und „Leitkultur“. Integrationsleitbild und -politik der im 17. Deutschen Bundestag vertretenen Parteien, Wiesbaden 2015.

Bürgern muslimischen Glaubens zu Deutschland gehören, genauso, wie Katholiken, Protestanten oder Atheisten auch. Sie alle, egal welcher Religion verpflichtet oder eben auch nicht, haben ungeachtet ihrer Glaubensmaximen Recht und Gesetz uneingeschränkt zu beachten (immer wieder im Fokus der Integrationsanforderungen an männliche Muslime steht dabei die notwendige Anerkennung der Gleichberechtigung von Mann und Frau), was wiederum nicht bedeutet, dass, im Hinblick auf das soziomoralische Fundament von Recht und Gesetz, Staat, Politik und Religion strikt getrennte Sphären sein sollten. Angesichts der Bedrohung der offenen Gesellschaften durch modernen Fundamentalismus und angesichts der Herausforderung der Globalisierung für Staat und Gesellschaft warnt Jürgen Habermas zurecht davor, die säkulare Gesellschaft durch Ausschluss der Religion aus der Öffentlichkeit „von wichtigen Ressourcen der Sinnstiftung“ abzuschneiden; der liberale Staat dürfe nicht die „religiöse Herkunft“ seiner moralischen Grundlagen vergessen, weil er sonst Gefahr laufe, das „Artikulationsniveau der eigenen Entstehungsgeschichte“ zu unterschreiten.¹²¹

Diese wichtige Rolle der „Religion nach der Aufklärung“¹²² bejahend, besteht die Kunst des Politischen folglich darin, transzendente Fundamentalnormen einer freiheitlichen Republik zu generieren und zu wahren, ebenso die jeweils aktuellen Herausforderungen der Innen- und Außenpolitik zu bewältigen. Und dies muss entlang der Bedürfnisse der Bürger geschehen, die sich in Werthybriden¹²³ beziehungsweise Wertesyntesen¹²⁴ wie Freiheit und Sicherheit als Freiheit in Sicherheit spiegeln. Sicherheit dabei verstanden im dreifachen Sinne: als soziale Sicherheit – die Verteilungsgerechtigkeit zu gewährleisten und soziale Abstiegsängste zu verhindern sucht –, als innere Sicherheit – man denke nur an die psychologisch verheerenden Ereignisse während der Silvesternacht in Köln –, beziehungs-

¹²¹ Jürgen Habermas, *Glauben und Wissen*. Friedenspreis des deutschen Buchhandels 2001, Frankfurt/M. 2001, S. 23.

¹²² Hermann Lübke, *Religion nach der Aufklärung*, Graz 1990².

¹²³ Vgl. Norbert Bolz, *Wertewandel*, o.D., www.werteindex.de/werte (1.3.2016).

¹²⁴ Vgl. Helmut Klages, *Brauchen wir eine Rückkehr zu traditionellen Werten?*, in: *APuZ*, (2001) 29, S. 7–14.

weise als äußere Sicherheit vor (asymmetrischen) Angriffen wie jenen des internationalen Terrorismus.

Ja, Deutschlands Interessen, Deutschlands Sicherheit, wurden und werden am Hindukusch ebenso verteidigt wie am Horn von Afrika oder eben auch im Krisenbogen vom Irak über Syrien bis Libyen. Damit wird sich die Bundeswehr in Zukunft womöglich noch stärker in diesen Krisenregionen engagieren müssen, als sie das in den vergangenen Jahren schon getan hat – aus eigenem, nationalen Interesse wie aus jenem des europäischen/westlichen Bündnisses, das sich als Wertebündnis und zugleich als Verteidigungsbündnis versteht. Im Kleinen wie im Großen, im Tagtäglichen wie in der (existenziellen) Krise, durch den Einzelnen oder die Vielen – ohne die Tugend des Patriotismus, das wusste bekanntlich schon Cicero, geht es nicht. Denn Flucht, Vertreibung und Verfolgung werden, weltweit betrachtet, die politische Agenda auf lange Zeit bestimmen.

Ob Europa, genauer: die EU, mit und an der Bewältigung der damit verbundenen Herausforderungen wächst und ihrem Selbstverständnis als solidarische Union der Freiheit, der Sicherheit und des Wohlstands gerecht wird, steht dahin. Ob Deutschland diese Herausforderungen meistert – national wie auch im europäischen Verbund –, ist ebenfalls nicht sicher. Doch bieten die praktizierte Willkommenskultur, das freiwillige bürgerschaftliche Engagement und der administrative Kraftakt auf allen Ebenen über viele Monate hinweg mehr Grund zur Zuversicht denn zum Pessimismus. Diese Zuversicht ist nicht deshalb geboten, weil alles richtig gemacht wurde, zumal in der Politik, sondern weil der große Wille spürbar war und immer noch ist, die Frage *Schaffen wir das?* mit Nachdruck und Selbstbewusstsein zu bejahen. Menschen in Not zu helfen, spontan und freiwillig, großzügig und dabei des eigenen Wohlergehens, der eigenen Potenziale und der eigenen Geschichte bewusst, zeigt, wie tragfähig die Fundamente der Republik sind, die per se, um der Freiheitlichkeit des Gemeinwesens willen, fragil sind und bleiben. Ohne Patriotismus geht es nicht.

Sina Arnold · Sebastian Bischoff

Wer sind wir denn wieder? Nationale Identität in Krisenzeiten

In der aktuellen „Flüchtlingskrise“ offenbart sich auch eine allgemeine Krise der deutschen Gesellschaft und ihrer Identitäten: Die Debat-

Sina Arnold

Dr. des.; wissenschaftliche Mitarbeiterin und Geschäftsführerin am Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), Humboldt-Universität zu Berlin, Unter den Linden 6, 10099 Berlin.
sina.arnold@hu-berlin.de

Sebastian Bischoff

Dr. des.; wissenschaftlicher Mitarbeiter, Lehrstuhl Neuere und neueste Geschichte mit Schwerpunkt Zeitgeschichte, Historisches Institut der Universität Paderborn, Warburger Straße 100, 33098 Paderborn.
sebastian.bischoff@uni-paderborn.de

Schaffen wir das? Und wer sind wir eigentlich? Ein Einwanderungsland? Mittlerweile ja – aber wer kann dazu kommen?

Die Debatte dominiert nicht nur die mediale Berichterstattung, auch in alltäglichen Gesprächen hat das Thema einen Stellenwert gewonnen, wie es politischen Fragen nur selten vergönnt ist. Dabei sind in der Öffentlichkeit einerseits, trotz vermeintlicher Tabus und „Lügenpresse“, die Klagen von Pegida über eine „Mega-Umvolkung“ omnipräsent. Auch der Ruf des rechtsnationalen Autors Akif Pirinçci: „Ich will mein altes Deutschland wiederhaben!“, erfuhr große Aufmerksamkeit.

Doch andererseits etablierte sich ein – mittlerweile zunehmend abgeschwächtes – gesellschaftliches #refugeeswelcome, und setzte sich die Einschätzung durch, dass „Humanität und Weltoffenheit“ besser zu „uns“ passen. Die Freude, dass Einwanderung das Land „bunter, multikultureller und lebenswerter“ – so etwa Cem Özdemir und Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen) – gemacht habe, ergriff auch Vertreter der Wirtschaft oder bis dahin eher den Abschottungsgedanken vertretende Medien wie „Bild“. Und schließlich verschafften sich zunehmend auch Geflüchtete bei Protestaktionen und über Netzwerke wie „The Voice Refugee Forum“, „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen“ oder „Lampedusa in Hamburg“ Gehör und erreichten bisweilen, dass nicht nur über sie, sondern auch mit ihnen gesprochen wurde.

In diesem Gewirr der Stimmen wird jedoch deutlich, dass alle, explizit oder implizit, argumentativ oder auch konkret durch den Grenzübertritt, die Frage der nationalen Zugehörigkeit, des deutschen „Wir“ und seiner inneren und äußeren Grenzen mitverhandeln – und somit auch die Frage, was Nationalismus und Patriotismus, was der Bezug zur Nation in Krisenzeiten bedeutet. Auch die Ablehnung von Pegida dreht sich um diese Frage, wenn zum Beispiel der Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag Thomas Oppermann verkündet, diese selbsternannten „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ seien „keine Patrioten“,¹ sondern Nationalisten, und der stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU Armin Laschet anlässlich grölender Flüchtlingsgegner von der gescheiterten „Integration mancher Deutscher“ spricht.²

Nicht klar abgrenzbar, sondern ineinander übergehend und teilweise politische Lager überschreitend lassen sich in dieser Diskussion dennoch mindestens drei idealtypische Positionen ausmachen, die wir im Folgenden skizzieren, bevor wir den fortwährenden Bezug auf die Nation problematisieren und eine Vision des Postnationalen vorstellen.

¹ Zit. nach: Oppermann: Das sind keine Patrioten, sondern Rassisten, 18.12.2014, www.faz.net/-13329032.html (1.3.2016).

² Zit. nach: „Integration mancher Deutscher ist gescheitert“, 21.2.2016, www.welt.de/152472882 (1.3.2016).

Narrativ der homogenen Nation

Wie wird man deutsch? Lange Zeit wurde dies exklusiv gedacht: Deutsch war, wer deutsche Vorfahren hatte, und selbst wenn man über andere Wege zum deutschen Pass gelangen konnte, ließ das einen in den Augen vieler noch lange nicht Teil des nationalen Kollektivs werden. Seit Anfang des Jahrtausends unterliegen diese Vorstellungen einem Wandel, bedingt auch durch Veränderungen im Staatsbürgerschaftsrecht. 2000 wurde dieses um Elemente des *ius soli* erweitert; deutsche Staatsbürgerschaft wird nun unter bestimmten Bedingungen auch qua Geburtsort gewährt, nicht mehr nur qua Abstammung (*ius sanguinis*). 2009 konnte sich selbst „Bild“-Kolumnist Franz Josef Wagner Deutschsein unabhängig von der Herkunft denken: „Es gibt nichts Schöneres zu prophezeien, dass Mesut Özil, Sohn türkischer Eltern, aufgewachsen in Gelsenkirchen, einmal Kapitän der deutschen Nationalelf wird. Wäre das nicht ein Traum von einem Deutschland der Zukunft? Ich liebe diesen Traum.“¹ 2014 ergab die repräsentative Studie „Deutschland postmigrantisch“, dass sich die Kriterien des Deutschseins wandeln – hin zu erlern- und erwerbbaaren Kriterien wie dem Sprechen der Sprache oder dem Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit. Gleichzeitig finden weiterhin 37 Prozent der Befragten deutsche Vorfahren wichtig, um deutsch zu sein.² Hier zeigt sich die Hartnäckigkeit des deutschen *ius sanguinis*.

Die Vorstellung, dass das nationale „Wir“, das als homogene, über Jahrhunderte bestehende Entität begriffen wird, die „Anderen“ dabei nicht oder nicht in solchen Massen verkraften könnte, teilen Pegida- und AfD-Anhänger genauso wie Angehörige der politischen Mitte – 53 Prozent der Befragten einer „Mitte“-Studie stimmten 2014 der Aussage ganz oder teilweise zu, dass Deutschland „in einem gefährlichen Maß überfremdet“ sei³ – bis hin zu Intellektuellen, wie beispielsweise

¹ Franz Josef Wagner, Lieber Mesut Özil, 8. 9. 2009, www.bild.de/news/standards/post-von-wagner-9658556.bild.html (1.3.2016).

² Vgl. Naika Foroutan/Coşkun Canan/Sina Arnold et al., Deutschland postmigrantisch I, Berlin 2014, S. 25 f.

³ Vgl. Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler, Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014, Leipzig 2014, S. 32.

se dem Dramatiker Botho Strauß. Im Oktober 2015 verkündete Strauß im „Spiegel“, er würde „lieber in einem aussterbenden Volk leben als in einem, das aus vorwiegend ökonomisch-demografischen Spekulationen mit fremden Völkern aufgemischt, verjüngt wird, einem vitalen“.⁴ Und sicherlich wird auch der in Strauß' Text herbeizitierte Syrer, der durch gute Deutschkenntnisse Achim von Arnim für sich entdeckt, nie ein wirklicher Deutscher. Ähnliche Positionen kann man tausendfach in sozialen Netzwerken oder in Leserbriefen wiederfinden.

Dieses Narrativ des Ursprünglichen gibt sich bodenständig: Gleich eines Urwalds geht es von der Existenz von Ur-Völkern aus, von einem angeblich organischen Zustand. Jede Rede von den homogenen „Deutschen“ verkennt jedoch die lange Migrationsgeschichte des Gebietes, das heute Bundesrepublik heißt. Und in diese Rede sind bereits frühere „Ausländergruppen“ wie zum Beispiel die einstigen Ruhrpolen integriert. In der Zeit vor einer oder höchstens zwei Generationen den „wahren, ursprünglichen“ Zustand ausmachen, den es wiederherzustellen gelte, ist eine Fiktion. Man muss gar nicht in der Menschheitsgeschichte so weit zurückgehen, um auf die afrikanischen Wurzeln aller Deutschen hinzuweisen, es reicht schon zu erwähnen, dass Nachnamen wie Sarrazin oder Buschkowsky Produkte früherer Migrationsbewegungen sind und wir gerade Kämpfe darum erleben, ob in zwei Generationen auch Namen wie Piriñçi als deutsch gelten. Gesellschaften waren schon immer in Bewegung, und insbesondere die deutsche Nation hat sich aus zahlreichen Sprachgemeinschaften zusammengesetzt.

Narrativ der Nation als Wirtschaftsgemeinschaft

Ein zweiter Argumentationsstrang der derzeitigen Debatten stellt das wirtschaftliche Wohl Deutschlands in den Mittelpunkt und diskutiert die Frage des nationalen Zusammenhangs dabei oft über die Brauchbarkeit des Einzelnen. Ausgehend von Prognosen, nach denen die deutsche Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten zunehmend älter wird

⁴ Botho Strauß, Der letzte Deutsche, in: Der Spiegel vom 2. 10. 2015, S. 122.

und bis 2060 auf etwa 70 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner geschrumpft sein könnte,⁷ wird Einwanderung als Mittel betrachtet, die Rentenkassen wie auch die geschätzten 40 000 unbesetzten Ausbildungsplätze zu füllen und den Pflegenotstand zu beseitigen. Dass Deutschland auf die Zuwanderung von jungen Menschen und Fachkräften angewiesen ist, betonen Politikerinnen und Politiker ebenso wie große Teile der Wirtschaftselite – und stellen sich in der Rhetorik damit teilweise gegen die Populistinnen und Populisten vom rechten Rand. „Wir brauchen dringend mehr Wirtschaftsflüchtlinge“, fordert etwa der Korrespondent für Wirtschaftspolitik der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“, Ralph Bollmann, inmitten der „Flüchtlingskrise“ leicht ironisch.⁸ Basierend auf den Erfahrungen der Vergangenheit und denen anderer Einwanderungsländer könne die gegenwärtige Situation möglicherweise gar die „Grundlage für das nächste deutsche Wirtschaftswunder werden“, so Daimler-Chef Dieter Zetsche.⁹ „Lasst sie kommen!“ skandiert auch der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, David Folkerts-Landau, und gibt zu: „Die Öffnung der Grenzen ist eine Chance für Deutschland und festigt seine wirtschaftliche Vorreiterrolle in Europa.“¹⁰ Diese Sichtweise bekommt zwar mittlerweile deutliche Risse – so widersprechen ihr laut „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ die Mehrheit von 220 deutschen Wirtschaftswissenschaftlern¹¹ –, aber die Spitzen der deutschen Wirtschaft vertreten sie weiterhin mehrheitlich.

Klar ist: Die Grenzkontrollen, die zahlreiche europäische Länder seit Herbst wieder punktuell eingeführt haben, verlangsamen nicht nur Menschen-, sondern auch Waren-

ströme. Dies hat gerade in Zeiten von Just-in-time-Produktion und dem damit zusammenhängenden Mangel an Lagerorten stärkere ökonomische Auswirkungen als noch vor einigen Jahren. Wirtschaftsverbände prognostizieren direkte Kosten zwischen drei und zehn Milliarden, die durch Grenzkontrollen entstehen, wie auch indirekt einen generellen Wachstumsverlust und ein Sinken der Wirtschaftsleistung.¹² Und wenn Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer konstatiert, das „Schließen von Grenzen ist das Gegenteil dessen, was unsere Nation groß gemacht hat“,¹³ dann zeigt sich, dass sich in der Argumentation oft die materielle Sorge um die Nation mit der kulturellen koppelt.

„Kulturell diversifizierte Gesellschaften sind lebendiger, sozial flexibler, innovativer, anpassungsfähiger und wandlungsbereiter“,¹⁴ findet etwa Folkerts-Landau – und nicht nur die Stimmen der Herkunftsdeutschen verbinden diese Sicht auf Kultur mit einem wirtschaftlich orientierten Blick. Auch der Verband der Migrantenwirtschaft macht Diversität zum Standortvorteil und stellt auf seiner Website fest: „Kulturelle Vielfalt schafft Arbeitsplätze in Deutschland.“ Sicherlich kommt hier neben der Sorge um das wirtschaftliche Wohl der Nation noch eine andere Motivation zum Tragen: Teilhabe einzufordern und nach Jahrzehnten von Ausschluss und Rassismus zu proklamieren, ein selbstverständlicher und wichtiger Teil dieses Landes zu sein. Die ökonomistische Argumentationsweise fragt im Kern zwar nach dem Nutzen der Neuankömmlinge für die Nation, doch geht sie oft Hand in Hand mit einem Denken, das auch einem humanistischen Impuls folgt. Finanzminister Wolfgang Schäuble erinnerte im November an die verbindenden Effekte; wer Flüchtlinge aufnehme, zeige sich nicht nur solidarisch, sondern tue auch etwas fürs Wachstum.¹⁵

⁷ Vgl. Robert Peston, Why Germany Needs Migrants More than UK, 7.9.2015, www.bbc.com/news/business-34172729 (1.3.2016).

⁸ Ralph Bollmann, Ein Lob dem Wirtschaftsflüchtling, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 6.9.2015, S. 22.

⁹ Zit. nach: Flüchtlinge könnten Wirtschaftswunder bringen, 15.9.2015, www.faz.net/-13803671.html (1.3.2016).

¹⁰ David Folkerts-Landau, Lasst sie kommen!, in: Die Zeit vom 15.10.2015, S. 33.

¹¹ Vgl. Philip Plickert, Deutsche Ökonomen kritisieren Merkels Asylpolitik, 18.2.2016, www.faz.net/-14075803.html (1.3.2016).

¹² Vgl. Karl-Heinz Büschemann et al., Was Grenzkontrollen für die Wirtschaft bedeuten, 22.1.2016, www.sueddeutsche.de/wirtschaft/fluechtlinge-und-die-eu-ein-rueckfall-in-die-er-jahre-1.2827966 (1.3.2016).

¹³ Zit. nach: ebd.

¹⁴ D. Folkerts-Landau (Anm. 10).

¹⁵ Vgl. Daniel Brössler, EU will „Bearbeitungszentren“ auf Balkanroute, 10.11.2015, www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-eu-prueft-bearbeitungszentren-auf-balkanroute-1.2728738 (1.3.2016).

Hier zeigt sich eine Verbindung zum dritten Narrativ in der Debatte: In Bezug auf den patriotischen Mehrwert wird bisweilen die soziokulturelle Bereicherung betont, die Geflüchtete für das Land darstellen.

Narrativ der nationalen Diversität

Im August 2015 plädierte Bundespräsident Joachim Gauck dafür, man müsse sich „von dem Bild einer Nation lösen, die sehr homogen ist, in der fast alle Menschen Deutsch als Muttersprache haben, überwiegend christlich sind und hellhäutig“, man müsse die „Nation neu definieren: als eine Gemeinschaft der Verschiedenen, die allerdings eine gemeinsame Wertebasis zu akzeptieren hat“.¹⁶ Diese Sichtweise hat sich als Position eines breiten Spektrums erwiesen, das, zumindest der offiziellen Verlautbarung nach,¹⁷ von der CSU bis zur Linkspartei reicht. Dabei gibt es jedoch Differenzen in zwei zentralen, miteinander eng verbundenen Fragen: erstens, welche Gründe dafür vorgebracht werden, dass man Einwanderung wohlwollend gegenübersteht; zweitens, was diese erwähnte „gemeinsame Wertebasis“ ausmacht.

Der erste Punkt wird des Öfteren als Ausdruck eines Konflikts zwischen verantwortungs- und gesinnungsethischen Prinzipien bezeichnet, wobei dabei meist polemisch die Gesinnungsethik als weltfremde Fantasterei beschrieben wird, die nach dem grünen Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer „immer das Maximum“ fordere und in eine „Pippi-Longstrumpf-Politik“ münde.¹⁸ Doch nach Max Weber, auf dessen Vortrag „Politik als Beruf“ von 1919 diese Kategorien vorrangig zurückgehen, besteht der Konflikt für politisch Handelnde gerade im Ausgleich

¹⁶ „Wir können nicht jede Last tragen“. Interview mit Joachim Gauck, 28.8.2015, www.general-anzeiger-bonn.de/1710452 (1.3.2016).

¹⁷ Dass dies nicht notwendigerweise ein parteiinterner Konsens sein muss, zeigen zum Beispiel die Interventionen der CDU-Abgeordneten Erika Steinbach. Diese sorgte erst kürzlich wieder für Aufregung durch das Verbreiten eines Bildes mit dem Titel „Deutschland 2030“. Darauf wird ein blondes Kind von dunkelhäutigen Kindern umringt, die laut Bildunterschrift vermeintlich fragen: „Woher kommst du denn?“

¹⁸ „Wir müssen das aushalten“. Gespräch mit Boris Palmer, 13.2.2016, www.spiegel.de/politik/deutschland/a-1077108.html (1.3.2016).

derselben. Beide konstituieren ein ethisches System – während die Gesinnungsethik bei Handlungen nach den Absichten und Motiven fragt, ist für die Verantwortungsethik entscheidend, „was hinten rauskommt“ (Helmut Kohl). So lückenhaft die Analyse moderner Demokratien und des staatlichen Handelns gerade auf internationaler Ebene anhand dieser Kategorien bleiben muss, so kann ihr doch ein gewisses Maß an Erklärungskraft in Bezug auf das Tun einzelner politisch Handelnder nicht abgesprochen werden.

Für die Frage der Aufnahme von Flüchtlingen und der darin sich äussernden Nationsvorstellungen heißt das, dass sich die Positionen derer, die die Nation weniger als homogene denn als diverse Entität begreifen, zwischen zwei Polen bewegen. Auf der einen Seite findet sich ein Nützlichkeits- oder Realitätsnarrativ, auf der anderen ein Humanitäts- und Menschenrechtsnarrativ. Wie auch die bereits behandelten Narrative nur idealtypische Positionen fassen, gibt es auch hier mannigfaltige Überschneidungen. Das Nützlichkeitsnarrativ zielt dabei auf einen Argumentekanon ab, der den nationalen Nutzen weniger oder nicht nur in ökonomischer und demografischer Form sieht, sondern Diversität als *sui generis* bereichernd wertet. „Deutschland neu denken“, fordern etwa die Neuen Deutschen Organisationen, ein Zusammenschluss von rund 100 Organisationen und Initiativen, die von Menschen mit Migrationsgeschichte gegründet wurden, „die sich nicht mehr als Migranten bezeichnen lassen wollen“: „Unser Land ist schon längst migrantisch geprägt und das kann und sollte heute seine Stärke sein.“¹⁹ Das Postulat des „Spiegel“-Kolumnisten Georg Diez, es bedürfe einer „Neugründung Deutschlands aus dem Geist eines ernsthaften Multikulturalismus“,²⁰ gehört genauso zu dieser Erzählung wie der Verweis, dass das Projekt der Europäischen Union bei Abschottung in Gänze Schaden nehmen würde. Im Rahmen des Realitätsnarrativs wird dann wiederum argumentiert, dass eine Abschottung zum Beispiel technisch gar nicht möglich wäre.

¹⁹ Vgl. <http://neue-deutsche-organisationen.de> und <http://neue-deutsche-organisationen.de/de/bundeskongress/2016> (1.3.2016).

²⁰ Vgl. Georg Diez, „Durch Gefühle verändert sich nichts“, 11.9.2015, www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/a-1052520.html (1.3.2016).

Der andere Pol ist stärker Humanitäts- und Menschenrechtsvorstellungen verpflichtet. Doch dass hier oft zwei Herzen in der Brust politischer Entscheidungsträger schlagen, zeigt sich deutlich an Angela Merkel, die sonst vorrangig Nützlichkeits- und Realitätsnarrative bemüht, aber deren erboster Aufruf, „wenn wir jetzt anfangen, uns noch entschuldigen zu müssen dafür, dass wir in Notsituationen ein freundliches Gesicht zeigen, dann ist das nicht mein Land,“^{F²¹} deutlich andere Motive ihres Handelns aufzeigt. Klar äußerte sich der Bundespräsident, der es eine „selbstverständliche moralische Pflicht“ nannte, Verfolgten Zuflucht zu gewähren, „bis diese Menschen gefahrlos in ihre Heimat zurückkehren oder auch in Deutschland oder anderswo an einem sicheren Ort bleiben können“.^{F²²} Dass der ehemalige Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin zuerst meint, diese moralische Verpflichtung führe dazu, dass „Interessen Deutschlands (...) in der Frage nicht allein ausschlaggebend sein“ können, da er dem Kantschen „allgemeinen Hospitalitätsrecht“ folge, jedoch dann die Merkelsche Politik für ihre zu offenen Grenzen kritisiert,^{F²³} zeigt ein Dilemma auf: Dem Humanitäts- und Menschenrechtsnarrativ allein folgen meist nur Nichtregierungsorganisationen wie Amnesty International und Pro Asyl.

Hier ergeben sich Übergänge zur zweiten Frage, an der sich der Dissens unter denen, die Geflüchtete als Bereicherung wahrnehmen, entzündet – die Frage, auf welcher „Wertebasis“ sich die Nation konstituiert. Verfassungspatriotische Entwürfe betrachten die Nation dabei als politische Vertragsgemeinschaft. So steht für die ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden Charlotte Knobloch fest, dass die große Aufgabe des Willkommenheißens der Flüchtlinge „nur von einem politisch und gesellschaft-

lich geschlossenen Gemeinwesen getragen werden (kann), das selbstbewusst und patriotisch empfindet und auftritt. Und zwar aufgeklärt patriotisch – geläutert von einer erkenntnis- und lernorientierten Erinnerungskultur und somit souverän und wehrhaft im Umgang mit den eigenen Werten“.^{F²⁴} Während für Knobloch diese „neuen deutschen Werte“ vor allem auf der Aufklärung gründen und durch ihren universalen Charakter auch einen Prozess des gegenseitigen Lernens einschließen, tendieren Äußerungen, die das Verpflichten auf eine deutsche Leitkultur fordern, der feministischen Publizistin Kübra Gümüşay zufolge zu einer „herablassenden Art“ gegenüber migrierenden Menschen. Es erscheint dann so, als wären „Probleme wie Antisemitismus, Sexismus, Rassismus und Co. importiert worden“ und nicht ureigene Probleme Deutschlands, in dem Werte wie Toleranz selbst vielfach noch nicht erreicht seien.^{F²⁵} Leitbild statt Leitkultur fordern deswegen andere wie die Migrationsforscherin Naika Foroutan: ein zukunftsweisendes Narrativ, das Deutschland (neu) beschreibt.^{F²⁶}

Vom Party-Patriotismus zum Nationalismus

Gemein ist diesen drei Vorstellungen, dass sie sich unweigerlich auf die Nation beziehen: ob als eine, die es wiederherzustellen, zu festigen, zu affirmieren gilt, oder als eine, die neu zu gestalten, anders zu denken sei. Während die erste Position zumeist als nationalistisch klassifiziert werden kann, gilt die zweite oft als patriotisch, wobei auch nicht unbedingt in der Selbstwahrnehmung. Mit dieser Bezeichnung hätte die dritte Position unter Umständen Schwierigkeiten – inhaltlich dominiert hier allerdings ein republikanischer Verfassungspatriotismus, der den Bezug auf geteilte Werte und die Möglichkeiten anderer

^{F²¹} Zit. nach: Merkel und Faymann zur Flüchtlingskrise: „Wir dürfen Menschen, die Asyl suchen, nicht im Stich lassen“, 15.9.2015, www.spiegel.de/politik/deutschland/a-1053051.html (1.3.2016).

^{F²²} Rede von Joachim Gauck zum Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung, 20.6.2015, www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2015/06/150620-Gedenktag-Flucht-Vertreibung.html (1.3.2016).

^{F²³} „Jede Staatlichkeit verlangt Grenzen“. Interview mit Julian Nida-Rümelin, 19.1.2016, www.rp-online.de/kultur/-1.5700830 (1.3.2016).

^{F²⁴} Charlotte Knobloch, Neue deutsche Werte, 23.9.2015, www.sueddeutsche.de/politik/aussenansicht-neue-deutsche-werte-1.2661365 (1.3.2016).

^{F²⁵} „Wir haben diese Werte selbst noch nicht erreicht“. Gespräch mit Kübra Gümüşay, 23.12.2015, www.deutschlandfunk.de/integration-von-fluechtlingen-wir-haben-diese-werte-selbst.694.de.html?dram:article_id=340675 (1.3.2016).

^{F²⁶} Vgl. „Wir brauchen ein neues Leitbild“. Gespräch mit Naika Foroutan, in: Der Spiegel vom 10.10.2015, S. 32–35.

Zugehörigkeiten in den Mittelpunkt stellt. Doch die empirische wie theoretische Nationalismusforschung verweist darauf, dass diese anderen Zugehörigkeiten, diese erweiterten Einschlüsse, oftmals verstellt sind und notwendigerweise mit (neuen) Ausschlüssen einhergehen.

Empirisch zeigt sich, dass ein starker Bezug auf das eigene Land oftmals mit der Abwertung von vermeintlich „Fremden“ einhergeht beziehungsweise diese sogar kausal bedingt – und zwar auch im gegenwärtigen Deutschland. In der Studie „Deutschland postmigrantisch“ zeigte sich, dass diejenigen Befragten, denen es wichtig ist, als „deutsch“ angesehen zu werden, exkludierenden Äußerungen gegenüber Minderheiten – gemessen am Beispiel von Muslimen – öfters zustimmen.^{f27} Die Langzeitstudie „Deutsche Zustände“ stellte einen Zusammenhang zwischen Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland fest. Und auch die oftmals als „Party-Patriotismus“ verharmloste Stimmung während der Fußballweltmeisterschaft 2006, die die Akzeptanz der öffentlichen Zurschaustellung von Deutschlandfahnen deutlich erhöhte, ließ nationalistische Bindungen anwachsen: „Die Vermutung, daß es sich dabei um eine neue, offene und tolerantere Form der Identifikation mit dem eigenen Land handelt, ließ sich allerdings nicht bestätigen: Der Zusammenhang von Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit bleibt relativ stabil“, so das Resümee der Autorinnen und Autoren.^{f28} Während die meisten Studien das ausgrenzende Potenzial von Nationalismus betonen, unterscheiden andere davon einen Patriotismus, der wiederum in einerseits die Identifikation mit der Nation, andererseits den Stolz auf demokratische Werte und soziale Errungenschaften aufgeteilt wird.^{f29} Nur diese letztgenannten Aspekte gehen mit weniger menschenfeindlichen Einstellungen einher und haben eine

^{f27} Vgl. N. Foroutan et al. (Anm. 4), S. 33.

^{f28} Julia Becker/Ulrich Wagner/Oliver Christ, Nationalismus und Patriotismus als Ursache von Fremdenfeindlichkeit, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 5, Frankfurt/M. 2007, S. 131–149, hier: S. 145.

^{f29} Vgl. J. Christopher Cohrs et al., Ist Patriotischer Nationalstolz wünschenswert? Eine differenzierte Analyse seiner psychologischen Bedeutung, in: Zeitschrift für Sozialpsychologie, 35 (2004) 4, S. 201–215.

toleranzfördernde Wirkung.^{f30} Doch: „Mit der Bindung an das eigene Land hat das aber nichts zu tun.“^{f31} Nicht nur Nationalismus und Patriotismus abbauen, sondern vor allem demokratische Werte fördern: Dies verringert Ausgrenzung und Vorurteile.

Auch auf theoretischer Ebene ist leicht begründbar, dass aus der Aufwertung der eigenen „imagined community“ (Benedict Anderson) eine zumindest partielle Abwertung des „Anderen“ resultieren kann. Dies insbesondere eingedenk der Tatsache, dass dieses „Eigene“, der jeweilige Nationalstaat, als ökonomischer Standort und politischer Global Player in Konkurrenz mit anderen Nationalstaaten steht. Schlussendlich ist so zu fragen, ob die moderne Nation nicht überhaupt nur als „permanente, vorgegebene Feindschafts- und Verbrüderungsstruktur, auf die ideologisch Bezug genommen wird“,^{f32} zu denken ist. Dem Historiker Hagen Schulze ist zuzustimmen, wenn er es zwar nicht als notwendig, aber naheliegend ansieht, „dem positiven nationalen Selbstbild ein negatives Fremd- und Feindbild entgegenzusetzen und es dadurch abzugrenzen und abzusichern: „Selbstdefinition durch Feindmarkierung“.^{f33}

Vision des Postnationalen

Statt einer Förderung des Patriotismus käme es somit darauf an, die demokratischen Werte, die zu einer Verringerung von „Feindmarkierungen“ führen, in den Mittelpunkt zu stellen. Indem darüber hinaus auf dem Narrativ der nationalen Diversität aufgebaut und dieses radikal erweitert wird, zeichnet sich in gegenwärtigen Praktiken und Debatten eine vierte Perspektive ab. Auch sie begrüßt Diversität und möglichst offene Gemeinschaften, geht aber gleichzeitig

^{f30} Vgl. Ulrich Wagner et al., A Longitudinal Test of the Relation between German Nationalism, Patriotism, and Outgroup Derogation, in *European Sociological Review*, 25 (2012) 3, S. 1–14, hier: S. 10.

^{f31} J. Becker/U. Wagner/O. Christ (Anm. 28), S. 144.

^{f32} Frank Oliver Sobich/Sebastian Bischoff, Feinde werden. Zur nationalen Konstruktion existenzieller Gegnerschaft: Drei Fallstudien, Berlin 2015, S. 11.

^{f33} Hagen Schulze, Gibt es überhaupt eine deutsche Geschichte? Berlin 1989, S. 28. Kürzlich hierzu Thorsten Mense, Kritik des Nationalismus, Stuttgart 2016.

über das Denken in nationalen Containern hinaus und eröffnet damit eine Vision des Postnationalen.

„No Borders“ ist spätestens seit den 1990er Jahren nicht nur eine Forderung migrantischer Zusammenschlüsse – wie beispielsweise der französischen „Sans Papiers“ – und antirassistischer Initiativen. Sie stellt auch eine Position dar, in der die britische Migrationssoziologin Bridget Anderson eine Verschiebung sieht: weg von Bürgerinnen und Bürgern, „ihren“ Organisationen und „ihrem“ Staat, hin zum Standpunkt von Migrierten und Geflüchteten^{f34} – und auf der Suche nach demokratischen Formen des Zusammenlebens jenseits des Nationalstaats. Eine postnationale Position ist nicht immer theoretisch ausformuliert oder kohärent, sondern zeigt sich teilweise auch in alltäglichen Handlungen und Praktiken der Geflüchteten selbst: In den kollektiven Grenzüberschreitungen des Sommers waren sie es, die das Schengen-Regime herausforderten.

Jürgen Habermas Vision der „postnationalen Konstellation“^{f35} war vor fast 20 Jahren auf Europa bezogen. Heute, in Zeiten einer Polykrise und ansteigendem Rechtspopulismus in vielen Ländern, erscheint diese europäische Vision in weite Ferne gerückt. Wenn aber – wie etwa im September 2015 – Geflüchtete in Budapest auf dem Weg zur österreichischen Grenze eine europäische Flagge mit sich tragen, so passiert hier zweierlei: die Zugehörigkeit zu einem Staatenverbund wird eingefordert und der formale Ausschluss aus der Bürgerschaft damit nicht akzeptiert, ebenso wie dieser Verbund an seine propagierten normativen Werte erinnert und an diese appelliert wird. Dem Soziologen Ulrich Beck zufolge wird heute der europäische Traum – Freiheit, Demokratie und Weltoffenheit – in den Booten der Geflüchteten im Mittelmeer geträumt, mehr als in der EU selbst.^{f36} Es sind ihre Vorstellungen von Europa, und ihr Glaube an Europas Werte, die die Flucht und das Ankommen motivieren. Eine „Eu-

ropäisierung von außen“ findet hier statt, die gleichzeitig nationalstaatliche Bürgerschaftskonzepte hinterfragt, auf ihre Fragilität verweist und sie erweitert. Einen „praktizierten Kosmopolitismus“ macht die Ethnologin Regina Römhild in solchen grenzüberschreitenden Praktiken aus – weniger utopisch, nüchterner, entzauberter als das „Weltbürgertum“ der Ersten Moderne, und doch nicht weniger global verortet.^{f37} Er verweist auf die Versuche, entlang von Begriffen und Konzepten wie Commons und Allmende, von Kosmopolitik und Konvivialität^{f38} denkend nicht- und postnationale Visionen von Zugehörigkeit zu skizzieren.

Die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot und der Schriftsteller Robert Menasse haben kürzlich gefordert, dass jeder Mensch „in Zukunft das Recht haben (muss), nationale Grenzen zu durchwandern und sich dort niederlassen können, wo er will“.^{f39} Es ginge um nicht weniger als das Imaginieren einer neuen Welt, und „diese neue Welt denken heißt, dass wir eine bestehende Realität der Grenzenlosigkeit adaptieren in ein politisch institutionelles System, das wir uns tatsächlich ausdenken müssen“.^{f40}

Exklusive Vorstellungen von (National-)Kultur leben fort, und nationalstaatliche Politiken und Verfügungsgewalt dominieren weiterhin, doch auch diese Denkversuche existieren. Auch sie stellen eine mögliche Antwort auf Fragen nach Identität und Zugehörigkeit in Krisenzeiten dar.

^{f34} Vgl. Bridget Anderson/Nandita Sharma/Cynthia Wright, Editorial: Why No Borders?, in: *Refuge*, 26 (2009) 2, S. 5–18.

^{f35} Jürgen Habermas, *Die postnationale Konstellation*, Frankfurt/M. 1998.

^{f36} Ulrich Beck, *Europa braucht einen neuen Traum*, in: *APuZ*, (2014) 12, S. 9–15, hier: S. 9.

^{f37} Vgl. Regina Römhild, *Aus der Perspektive der Migration: Die Kosmopolitisierung Europas*, in: *Das Argument*, (2010) 285, S. 50–59, hier: S. 52, S. 58.

^{f38} Konvivialität: das Streben nach einer neuen Kunst, miteinander zu leben (*con-vivere*). Vgl. www.diekonvivialisten.de (1.3.2016).

^{f39} Ulrike Guérot/Robert Menasse, *Grenzen abschaffen und laufen lassen*, 14.2.2016, www.taz.de/!5276412 (1.3.2016).

^{f40} „Lassen wir Flüchtlinge eigene Städte nachbauen“. Gespräch mit Ulrike Guérot, 25.2.2016, www.deutschlandfunk.de/integration-lassen-wir-fluechtlinge-eigene-staedte-nachbauen.694.de.html?dram:article_id=346590 (1.3.2016).

Zivilgesellschaftliches Engagement für Flüchtlinge und lokale „Willkommenskultur“

Die Reaktionen auf die wachsende Zahl von Flüchtlingen¹ in Deutschland sind gespalten: Gewalt gegen Flüchtlinge nimmt

Priska Daphi

Dr. phil.; wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft, Goethe-Universität Frankfurt am Main, Theodor-W.-Adorno-Platz 6, 60629 Frankfurt/M. daphi@soz.uni-frankfurt.de

zu, gleichzeitig steigt das zivilgesellschaftliche Engagement für Flüchtlinge an. In diesem Beitrag beleuchte ich die Rolle des zivilgesellschaftlichen Engagements für die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen. Insbesondere geht es um dessen Einfluss auf die lokale „Willkommenskultur“, also die Offenheit und Akzeptanz, mit der Anwohnerinnen und Anwohner Flüchtlingen begegnen. Zivilgesellschaftliches Engagement verbessert nicht nur entscheidend Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen, sondern beeinflusst auch die Einstellungen gegenüber Flüchtlingen vor Ort positiv.

Länder und insbesondere Kommunen in Deutschland stehen vor großen Herausforderungen. Logistische und finanzielle Engpässe erschweren die Arbeit; es gibt weder genug Unterkünfte noch ausreichend Personal für die Betreuung von Flüchtlingen. Viele der Unterkünfte, die in den frühen 1990er Jahren genutzt wurden, wurden im Zuge des Rückgangs der Asylantragszahlen zwischen 1993 und 2008 geschlossen. Die Erschließung neuer Unterkünfte braucht Zeit, sodass vielerorts zu Behelfslösungen gegriffen wird. Das führt oft zu prekären Unterbringungsbedingungen – in Zelten, umfunktionierten Turnhallen oder Containern – sowie zu mangelnder Betreuung.²

Ehrenamtliche fangen einen Großteil der anfallenden Aufgaben auf und verbessern die Situation deutlich. Dies betrifft sowohl die Erstversorgung – wie Hilfe bei Aufbau und Einrichtung von Notunterkünften oder bei der Ausstattung mit den nötigsten Kleidungsstücken und Hygieneartikeln – als auch die längerfristige Betreuung. Gegenwärtig wird die Betreuung von Flüchtlingen zu einem großen Teil von Ehrenamtlichen getragen.³

Strukturen, Tätigkeiten, Motive

Was zeichnet die ehrenamtlichen Unterstützungsstrukturen in der Flüchtlingsarbeit aus?⁴ Das Engagement für Flüchtlinge hat in den vergangenen Jahren zugenommen: Viele der derzeitigen Aktiven haben nach 2011 begonnen, sich für Flüchtlinge zu engagieren.⁵ In diesem Kontext wurden viele neue Initiativen gegründet. So sind 42 Prozent der Engagierten jenseits von Vereins- und Verbandsstrukturen und in Initiativen oder selbstorganisierten Gruppen engagiert – im Vergleich zu anderen Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements ein hoher Anteil.⁶ Diese werden zum Teil von Personen ins Leben gerufen, die zuvor weder politisch noch ehrenamtlich aktiv waren. Aber auch auf bestehende Strukturen wie antirassistische oder

¹ In Anschluss an öffentliche Diskurse wird hier der Begriff „Flüchtling“ verwendet, obwohl er kritisiert wird. Flüchtlinge werden in einem weiten Sinne definiert als Menschen, die Asyl suchen oder bereits erhalten haben, deren Antrag auf Asyl noch aussteht, noch läuft, bereits bewilligt oder abgelehnt wurde.

² Vgl. Jutta Aumüller/Priska Daphi/Celine Biesenkamp, Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen. Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement, Stuttgart 2015, S. 7.

³ Vgl. ebd., S. 162 f.

⁴ Es gibt bisher wenig vergleichende Forschung zum Engagement in der Flüchtlingsarbeit. Der Freiwilligensurvey (1999, 2004, 2009) hat diesen Bereich des Engagements bisher nicht gesondert erfasst. Die Darstellung im Folgenden greift auf erste, nicht repräsentative Umfragen zurück.

⁵ Vgl. Serhat Karakayalı/J. Olaf Kleist, Strukturen und Motive der Flüchtlingsarbeit in Deutschland. 1. Forschungsbericht: Ergebnisse einer explorativen Umfrage vom November/Dezember 2014, Berlin 2015, S. 21; Misun Han-Broich, Engagement in der Flüchtlingshilfe – eine Erfolg versprechende Integrationshilfe, in: APuZ, (2015) 14–15, S. 43–49, hier: S. 44.

⁶ Vgl. S. Karakayalı/J. O. Kleist (Anm. 5), S. 24 f.

kirchlich-karitative Gruppen wird zurückgegriffen. Zudem verzeichnen auch etablierte Organisationen der Flüchtlingsarbeit einen Anstieg des ehrenamtlichen Engagements um bis zu 74 Prozent.⁷ Eine Befragung von Ehrenamtlichen in München ergab, dass fast die Hälfte neben ihrem Engagement für Flüchtlinge auch in anderen Bereichen ehrenamtlich aktiv ist, vor allem in Politik, Kultur und Sport.⁸ Im Vergleich zu anderen ehrenamtlichen Bereichen sind darüber hinaus mehr Frauen (über zwei Drittel) als Männer in der Flüchtlingsarbeit aktiv, weniger Menschen mittleren Alters und deutlich mehr Engagierter mit Migrationshintergrund (29 Prozent).⁹

Ehrenamtliche übernehmen eine Vielfalt an Tätigkeiten in der Flüchtlingsarbeit.¹⁰ Zu den häufigsten gehören die Begleitung bei Behördengängen und die Kommunikation mit Behörden, besonders mit Ausländerbehörden, Sozialämtern und Schulen.¹¹ Einen weiteren wichtigen Bereich in der Flüchtlingsarbeit stellen Sprachunterricht und Übersetzungsarbeiten dar.¹² Zudem leisten Ehrenamtliche häufig Sozial- und Integrationsberatung und bieten praktische Hilfen an wie die Unterstützung bei der Wohnungssuche oder Fahrdienste. Aufgaben, die eine professionelle Ausbildung voraussetzen – wie medizinische und psychologische Betreuung – werden deutlich seltener übernommen.¹³ Aufgrund des hohen Anteils kleiner Initiativen in der Flüchtlingsarbeit fließt zudem ein beachtlicher Teil der Zeit in die Selbstorganisation – vor allem in Verwaltungsaufgaben und Öffentlichkeitsarbeit.¹⁴

Was motiviert die Ehrenamtlichen? Wie in anderen Bereichen des zivilgesellschaftlichen Engagements lassen sich auch bei Ehrenamtlichen in der Flüchtlingsarbeit ver-

schiedene Motive vorfinden.¹⁵ Während einige Ehrenamtliche eher karitativ motiviert sind (Flüchtlingen helfen), steht bei anderen die gesellschaftspolitische Kritik und der Wunsch, Ungerechtigkeiten entgegenzuwirken, im Vordergrund.¹⁶ In der Flüchtlingsarbeit sticht jedoch besonders das Motiv hervor, die Gesellschaft mitgestalten zu können.¹⁷

Nicht nur das Bewusstsein über den Krieg und seine Folgen in Syrien, sondern auch eine veränderte Sicht auf Deutschland als Einwanderungsland scheint sich auf die Zunahme des Engagements auszuwirken. Wie Umfragen zeigen, sind die Offenheit gegenüber Migrantinnen und Migranten und das Bewusstsein darüber, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, seit 2012 gestiegen.¹⁸ Zudem wird zunehmend die Einsicht geteilt, dass gelingende Integration und erfolgreiche Teilhabe von Migrantinnen und Migranten Vorleistungen und Hilfestellungen vonseiten der Aufnahmegesellschaft erfordert, wie beispielsweise Hilfen beim Arbeitsamt.¹⁹ Besonders gegenüber Flüchtlingen gibt es eine große Bereitschaft, zu helfen: Über die Hälfte der Befragten einer Umfrage 2014 gab an, zu Sachspenden im Prinzip bereit zu sein. Ein knappes Drittel zeigte sich grundsätzlich bereit, Flüchtlingen zu helfen, Deutsch zu lernen, und sie bei Behördengängen zu begleiten.²⁰

¹⁵ Vgl. Thomas Gensicke/Sabine Geiss, Hauptbericht des Freiwilligen surveys 2009: Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Bürgerschaftlichem Engagement, München 2010, S. 111–124.

¹⁶ Vgl. G. Mutz et al. (Anm. 8), S. 15; Elène Misbach, „Sich für Gesundheit stark machen“ – Solidarische Flüchtlingsarbeit als gemeinsamer sozialer Kampf um Rechte, in: Zeitschrift für Menschenrechte, 9 (2015) 2, S. 122–135.

¹⁷ Vgl. S. Karakayalı/O.J. Kleist (Anm. 5); G. Mutz et al. (Anm. 8).

¹⁸ Vgl. Bertelsmann Stiftung, Willkommenskultur in Deutschland: Entwicklungen und Herausforderungen. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage in Deutschland, Gütersloh 2015, S. 2f.

¹⁹ Vgl. ebd.

²⁰ Die Bereitschaft, sich nicht nur in der Alltagshilfe, sondern auch politisch für eine Verbesserung der Situation von Flüchtlingen zu engagieren, ist jedoch deutlich geringer. Vgl. Bosch-Stiftung, Asyl und Asylbewerber: Wahrnehmungen und Haltungen der Bevölkerung 2014. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage, Stuttgart 2014, S. 33.

⁷ Vgl. ebd., S. 21.

⁸ Vgl. Gerd Mutz et al., Engagement für Flüchtlinge in München, München 2015, S. 14.

⁹ Vgl. S. Karakayalı/J.O. Kleist (Anm. 5), S. 15f., S. 19.

¹⁰ Vgl. im Folgenden S. Karakayalı/J.O. Kleist (Anm. 5), S. 28.

¹¹ Begleitungen bei Behördengängen machen dabei fast 50 Prozent der Tätigkeiten aus, Kommunikation mit Behörden knapp 33 Prozent.

¹² Gut 44 Prozent Sprachkurse, knapp 36 Prozent Übersetzungsaufgaben.

¹³ Nur etwa 11 Prozent der Tätigkeiten.

¹⁴ 43 Prozent Öffentlichkeitsarbeit, 22 Prozent Verwaltungsaufgaben.

Einfluss auf Einstellungen der Lokalbevölkerung

Zu den Herausforderungen in der Flüchtlingsaufnahme gehört neben der Bereitstellung von ausreichend Wohnraum und adäquater Betreuung auch die weitergehende Integration der Flüchtlinge vor Ort. Dies ist oft nicht einfach: In einigen Städten und Gemeinden, in denen Unterbringungen für Flüchtlinge vorhanden oder geplant sind, regt sich Protest. Die Gründe reichen von fremdenfeindlicher Ablehnung bis zum Gefühl, von der Politik vergessen worden zu sein. Bei diesen Protesten werden vermehrt Vorurteile, Aggressionen und Gewalt sichtbar, die oft von rechtsextremen und rassistischen Gruppierungen geschürt werden.

Während laut Bevölkerungsumfragen Fremdenfeindlichkeit in den vergangenen zwölf Jahren insgesamt zwar leicht zurückgegangen ist,^{F²¹} hat sich die Einstellung gegenüber Flüchtlingen in bestimmten Punkten zwischen 2011 und 2014 deutlich verschlechtert: Waren es 2011 nur 25 Prozent der Befragten, die eine „großzügige Prüfung“ von Asylanträgen seitens des Staates ablehnten,^{F²²} waren es 2014 bereits 76 Prozent.^{F²³} Der Anteil derjenigen, die vermuten, dass die meisten Flüchtlinge in ihrer Heimat nicht wirklich verfolgt würden, ist um knapp 10 Prozent gestiegen.^{F²⁴} Auch haben gewalttätige Übergriffe auf Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Das Bundeskriminalamt verzeichnete 2015 fünfmal mehr Straftaten gegen Einrichtungen für Flüchtlinge als im Vorjahr.^{F²⁵} Laut der Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle der Amadeu Antonio Stiftung und Pro Asyl fanden darüber hi-

^{F²¹} Vgl. Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler, Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014, Leipzig 2014, S. 44.

^{F²²} Vgl. Wilhelm Heitmeyer, Deutsche Zustände, Folge 10, Frankfurt/M. 2012, S. 67.

^{F²³} Vgl. O. Decker/J. Kiess/E. Brähler (Anm. 21), S. 50.

^{F²⁴} Vgl. ebd.

^{F²⁵} 2014: 199; 2015: 1005. Vgl. Fünfmal mehr Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte, 28.1.2016, www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-01/fluechtlingsunterkuenfte-straftaten-zunahme-anschlaege-bka-zahlen (3.3.2016).

naus 2015 mindestens 183 tätliche Übergriffe auf Flüchtlinge statt; 267 Verletzte wurden gezählt.^{F²⁶}

Nichtsdestotrotz gibt es Standorte, an denen Anwohnerinnen und Anwohner weitgehend positiv auf Flüchtlinge reagieren, ihnen offen begegnen und sie unterstützen. Eine Analyse ausgewählter Fälle zeigt, dass zivilgesellschaftliches Engagement in der Flüchtlingsarbeit einen großen Einfluss auf diese Reaktionen hat.^{F²⁷} Es trägt entscheidend dazu bei, Vorurteile und Ängste abzubauen, und verbessert damit die öffentliche Wahrnehmung von Flüchtlingen vor Ort deutlich – indirekt wie direkt:

Zum einen beeinflusst das Engagement in der Flüchtlingsarbeit die Wahrnehmung von Flüchtlingen *indirekt*, indem die Ehrenamtlichen Unterbringung und Betreuung verbessern. Die Integration in das alltägliche Leben spielt eine zentrale Rolle in der öffentlichen Wahrnehmung der Flüchtlinge. Gute Wohn- und Betreuungsbedingungen fördern diese soziale Integration und beugen Vorurteilen sowie Stigmatisierungen vor. Dies betrifft sowohl den Zustand, die Pflege und die Ausstattung von Unterkünften als auch die soziale und therapeutische Betreuung der Flüchtlinge. Sind Flüchtlinge in Wohnungen untergebracht, fällt es ihnen deutlich leichter, sich in den Alltag einzufügen, als in der speziellen Wohnsituation von Gemeinschaftsunterkünften und besonders von prekären Notunterkünften. Zivilgesellschaftliche Beiträge, um Wohn- und Betreuungsbedingungen zu verbessern, können die Integration jedoch durchaus auch in schwierigen Wohnsituationen erleichtern.

Zum anderen prägen zivilgesellschaftliche Initiativen den lokalen Diskurs zu Flüchtlingen auch *direkt*, und zwar sowohl durch die Begegnungsmöglichkeiten, die die Flüchtlingsarbeit zwischen Flüchtlingen und Anwohnerinnen und Anwohnern schafft, als auch durch strategische Interventionen im öffentlichen Diskurs, beispielsweise auf Veranstaltungen und Kundgebungen.

^{F²⁶} Vgl. Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle, <http://mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle> (3.3.2016).

^{F²⁷} Weitere zentrale Faktoren sind Transparenz und Beteiligungsangebote seitens der lokalen Behörden. Vgl. hierfür und im Folgenden J. Aumüller/P. Daphi/C. Biesenkamp (Anm. 2), S. 124–133.

Verschiedene Studien zeigen, dass besonders persönliche Begegnungen zu Offenheit und Akzeptanz gegenüber Flüchtlingen beitragen und Vorurteilen und Ablehnung entgegenwirken können, vor allem, wenn sie in einem positiv besetzten Kontext stattfinden.^{F²⁸} Zivilgesellschaftliche Initiativen schaffen eine Vielzahl solcher positiven Begegnungskontexte, zum Beispiel durch die Organisation von „Patenschaften“, Werkstätten, Fußballgruppen und anderen Freizeitaktivitäten sowie durch Sprachkurse und Nachhilfeangebote. Diese Aktivitäten intensivieren nicht nur den Kontakt zwischen Flüchtlingen und den bereits Engagierten, sie binden darüber hinaus Anwohnerinnen und Anwohner in wiederholte Begegnungen ein und tragen damit zur allgemeinen „Willkommenskultur“ bei.

Um den Einfluss von Begegnungsmöglichkeiten zu veranschaulichen: Die Initiative „Offenes Anzing“ im oberbayerischen Anzing konnte den Kontakt zwischen Flüchtlingen und Anwohnerinnen und Anwohnern fördern und damit der anfänglichen Ablehnung der neuen Flüchtlingsunterkunft entgegenwirken. Als die relativ wohlhabende Gemeinde im Herbst 2013 von der geplanten Gemeinschaftsunterkunft für 20 Flüchtlinge erfuhr, formierte sich zunächst Widerstand. Daraufhin gründete sich die Initiative „Offenes Anzing“ und bot Behördenbegleitung, Fahrdienste, Sprachkurse, Freizeitaktivitäten sowie ein „Patenschaftsprogramm“ an. Die hierdurch geschaffenen Begegnungsmöglichkeiten halfen, Vorurteile und Ängste abzubauen und Offenheit zu fördern.^{F²⁹}

Auch intervenieren Ehrenamtliche häufig direkt in öffentlichen Diskursen zu Flüchtlingen und zur Asylpolitik und verändern dadurch die öffentliche Wahrnehmung. Hierzu zählen nicht nur Veranstaltungen, die über die Situation und Erfahrungen von Flüchtlingen informieren – etwa über Gründe und Gefahren der Flucht sowie Bedingungen der Unterbringung. Auch Demonstrationen gegen Vorurteile und Hetze sowie gegen politische Entscheidungen in der Flüchtlingspoli-

tik, wie beispielsweise der Erklärung weiterer Länder zu „sicheren Herkunftsländern“ oder die Wiedereinführung der Sachleistungen, beeinflussen die öffentliche Meinung.

Die Berliner Initiative „Hufeisern gegen Rechts“ zum Beispiel trug mit anderen lokalen Akteuren entscheidend dazu bei, einer beginnenden fremdenfeindlichen Stimmungsmache gegen eine neue Unterkunft in Berlin-Britz im Bezirk Neukölln entgegenzuwirken. Aufgrund der starken rechtsextremen Infrastruktur im Viertel standen die Vorzeichen für die 2014 eröffnete Gemeinschaftsunterkunft nicht gut. Wegen fremdenfeindlicher Proteste im Berliner Stadtteil Hellersdorf kurz zuvor waren Flüchtlingsinitiativen und behördliche Akteure jedoch sehr darauf bedacht, eine Stimmungsmache von dieser Seite abzuwenden. Die Initiative „Hufeisern gegen Rechts“ spielte hierbei eine zentrale Rolle. Sie half, Informationsveranstaltungen und Demonstrationen zu organisieren, und verbreitete Informationsmaterial, um ihre Unterstützung für die Flüchtlinge zu signalisieren und rechtsextremen Gruppen im Diskurs um die Unterkunft zuvorzukommen. So konnte Offenheit gefördert und eine breite Mobilisierung gegen die Unterkunft – trotz einiger Versuche – verhindert werden.^{F³⁰}

Fazit

Wie dieser Beitrag gezeigt hat, trägt das zivilgesellschaftliche Engagement für Flüchtlinge, neben der Verbesserung der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen, auch zu positiven Einstellungen gegenüber Flüchtlingen vor Ort bei. Dies unterstreicht den gesamtgesellschaftlichen Effekt des Engagements in der Flüchtlingsarbeit.

Die zentrale Rolle des zivilgesellschaftlichen Engagements für die Integration von Flüchtlingen verdeutlicht auch die Notwendigkeit, Ehrenamtliche stärker zu unterstützen. Sie tragen eine hohe Verantwortung und sind derzeit sehr großen Belastungen ausgesetzt. Hier bedarf es – trotz erster Pilotprojekte^{F³¹} – mehr Unterstützung von Bund, Ländern und Kommunen. Wichtig wären (mehr) Fortbildungs- und Supervisionsangebote für Ehrenamtli-

^{F²⁸} Vgl. ebd.; M. Han-Broich (Anm. 5), S. 45 f.; Friedrich Heckmann, Willkommenskultur was ist das, und wie kann sie entstehen und entwickelt werden? EFSM-Paper 7/2012, S. 7–9.

^{F²⁹} Vgl. J. Aumüller/P. Daphi/C. Biesenkamp (Anm. 2), S. 134 ff.

^{F³⁰} Vgl. J. Aumüller/P. Daphi/C. Biesenkamp (Anm. 2), S. 155 ff.

^{F³¹} Vgl. ebd., S. 163 f.

che, um der fachlichen und auch psychischen Überlastung entgegenzuwirken. Auch mehr Koordinationsstellen wären hilfreich, sowohl um den Verwaltungsaufwand der Initiativen zu verringern, als auch um die Ehrenamtlichen untereinander stärker zu vernetzen.

Neben solchen direkten Angeboten für Ehrenamtliche und Initiativen trägt auch die Stärkung der etablierten Verbände dazu bei, die Engagierten zu entlasten. Diese wünschen sich vor allem in juristischen und psychologischen Fragen mehr Beratung durch Fachkräfte.¹³² Bisher mangelt es an hauptamtlichen Fachkräften in Verbänden (und Behörden), die in der Lage wären, das Engagement zu koordinieren oder zu begleiten.

Zivilgesellschaftliches Engagement in der Flüchtlingsarbeit braucht zudem Ressourcen wie finanzielle Mittel und Räume. Die

kleineren Flüchtlingsinitiativen haben den Vorteil, dass sie viel Flexibilität und Autonomie bieten, stoßen jedoch schnell an organisatorische Grenzen; insbesondere die Mittelbeschaffung ist schwierig und kostet viel Zeit. Einige Städte haben in diesem Sinne für Flüchtlingsinitiativen Stadtteilfonds eingerichtet. Besonders Budgets, die flexibel für verschiedene Tätigkeiten eingesetzt werden können, erleichtern die ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit.

Die genannten Maßnahmen sind nicht nur wichtig, um zivilgesellschaftliches Engagement in der Flüchtlingsarbeit auf Dauer zu stellen und bereits Geleistetes zu bewahren und daran anzuknüpfen. Sie sind auch von zentraler Bedeutung, um der staatlichen Verantwortung für die Integration von Flüchtlingen gerecht zu werden.

¹³² Vgl. G. Mutz et al. (Anm. 8), S. 34.



**Politisch, aktuell
und digital**

APuZ – auch im ePub-Format
für Ihren E-Reader. Kostenfrei auf
www.bpb.de/apuz



Bundeszentrale für
politische Bildung

Ulrich Bielefeld

Europa: Vergesellschaftung jenseits des Nationalstaates

Essay

Europa sei klinisch tot. So fasste die französische Zeitung „Le Monde“ die Lage im Rahmen der aktuellen Flüchtlingskrise Ende

Februar 2016 zusammen. Sollte dies der Fall sein, haben unterschiedliche Akteure aktive Sterbehilfe geleistet oder verweigern die erforderliche Nothilfe. Europa aber kann nicht sterben.

Ulrich Bielefeld

PD Dr. phil., geb. 1951; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hamburger Institut für Sozialforschung, Mittelweg 36, 20148 Hamburg. ulrich.bielefeld@his-online.de

Sprachen, Kulturen, Gemeinschaften, Nationen, Beziehungen, Industrien, die Leute, die lange Geschichte – alles wird es weiter geben. Die Europäische Union als eine politische Form der Selbstorganisation dieses großen Ensembles, als neue und eigenständige Form politischer Vergesellschaftung, Europa als politische Gesellschaft jedoch kann beendet werden, kann untergehen. Es gibt viele Gründe, sich gegen diesen möglichen Untergang zu wehren – politische, ökonomische, kulturelle, soziale.

Die europäische Gegenwart ist geprägt von der Existenz eines spezifischen Herrschaftsverbandes. In diesem kommt es auf das Verhältnis von Einheit und Einigung, von Souveränität und Solidarität an. Setzen die Nationalstaaten auf Einheit und Souveränität, so agiert Europa als Gesellschaft mittels immer riskanter Einigung und endemisch auszuhandelnder Solidarität. Einheit und Souveränität müssen beständig in ein Verhältnis zu Einigung und Solidarität gebracht werden. Krise war und ist die Normalität eines solchen Verbandes. Es ist, so möchte ich argumentieren, die faktische politische, rechtliche und soziale Möglichkeit des Untergangs, des Ermattens Europas als Gesellschaft, die seine Sonderstellung, seine Andersheit, ja die Logik seiner Form der politischen Vergesellschaftung ausmacht. In den

existenziell gewordenen Krisen zunächst des Geldes und nun der Flüchtlinge, das heißt der Aufnahme oder Nichtaufnahme von Menschen, stehen beständig Grundlagen der politischen Form nicht nur zur Diskussion, sondern zur Disposition. Europa als – politische – Gesellschaft hat für alle Mitgliedstaaten immer eine vorhandene Alternative, den Nationalstaat und seine Institutionen.

Postfundamental, postsouverän,
nicht-existenziell

Die europäische Gesellschaft wird in ihrer politischen Form und den damit verbundenen Folgen grundlegend kritisiert, da wir heute in ihr, in den Strukturen der postsouveränen und postfundamentalen Gesellschaft leben. Sie wird als Herrschafts-, Wirtschafts- und Kulturzusammenhang sichtbar und kritisierbar. Eine Kritik Europas, die auf einer Analyse der politischen und gesellschaftlichen Situation im Prozess eines tief greifenden sozialen Wandels beruht, ist aber nicht durch den Verweis auf den Nationalstaat als bestehende institutionelle und organisatorische Alternative geleistet. Der Nationalstaat als souveräner Staat war gescheitert und dennoch die einzig vorhandene Form, Staatlichkeit zu denken. Demokratisch fundiert, exemplarisch in einem zum Mythos gewordenen Akt (etwa: Revolution) beziehungsweise national unterschiedlichen Akten gegründet, war und ist er auf einen Prozess der Demokratisierung der Demokratie (Catherine Colliot-Thélène) verwiesen. Aus sich selbst heraus war er nicht demokratisch im Sinne von Verfahren und Institutionen.

Europa hingegen ist ein Herrschaftsverband, der sich nicht auf einen Gründungsakt und nicht auf ein vorhandenes beziehungsweise zu realisierendes Volk berufen kann. Europa ist nicht in einem Mythos begründet. Eben diese nicht-identitäre Verfasstheit Europas und seine, aus der Perspektive einer aufs Volk bezogenen Gründung, illegitime Verfassung stehen in einer Situation in Frage, in der sich eine Krise der konstituierten europäischen Gesellschaft zeigt.¹ Viel spricht

¹ Die Formulierung „Verfasstheit und Verfassung“ bezieht sich auf die schon heute klassisch gewordene Studie von J.H.H. Weiler, *The Constitution of Europe. „Do the New Clothes Have an Emperor?“ and Other Essays on European Integration*, Cambridge 1999.

dafür, dass es nicht mehr eine der vielen und vielleicht die letzte Krise der langen Aufbau-phase seit 1950 ist. Die Europäisierung – siehe Markt, Währung, Recht – ist weit fortgeschritten, es gibt eine europäische *polity* als einen organisierten ökonomischen, politischen, aber auch sozialen Zusammenhang. Europa ist mehr geworden als der Prozess seiner Herstellung. Europa existiert als politische Gesellschaft. Gescheitert ist die seit den 1970er Jahren fortgeschrittene neoliberale Umstrukturierung Europas.

Das Sein Europas, die Form seiner Existenz unterscheidet sich von nationalen Formen und hat diese dennoch als Grundlage. Zur Nichtgegründetheit in Akt und Volk kommt als wesentlicher Unterschied die nicht-existenzielle Form hinzu. Anders formuliert: Die Frage nach der Existenz Europas kann praktisch immer gestellt werden. Dies drückt sich unter anderem darin aus, dass ein Austritt der Mitgliedstaaten aus dem Verbund vertraglich möglich ist. Niemand weiß, welche Folgen damit verbunden wären: Kapitalflucht, Verteuerung der Importe, steigende Staatsschulden, steigende Zinsen und politische Bedeutungslosigkeit werden befürchtet, selbstbestimmte Wechselkurse, individuelle Reaktionen und das Einpegeln auf ein den nationalen wirtschaftlichen Strukturen angemessenes Niveau erhofft. Sicher ist nur, dass ein Austritt, anders als bei Nationalstaaten, nicht, wie bei diesen fast notwendig, Bürgerkrieg bedeuten würde. Nationalstaaten haben ihre Existenz gesetzt, auch wenn sie mit der unaufhebbaren Differenz zwischen dem Volk als politischem Körper und dem realen Volk leben mussten und müssen und dies manchmal nicht wollten und auch nicht taten. Der Preis für eine (versuchte) Aufhebung dieses Unterschieds waren Gewalt, Vernichtung und schließlich Selbstauflösung.

Die politische Form Europas beruht nicht auf der einheitlichen Organisation eines Volks. Dennoch ist sie keine bloß „irgendwie zusammenlebende Menschengruppe“.[¶] Sie ist eine postfundamentale politische Form.

¶ Carl Schmitt, Verfassungslehre, München–Leipzig 1928, S. 210. Der Begriff der politischen Form hat bei Schmitt zwei Möglichkeiten, Repräsentation und Identität, wobei das Prinzip des ersten das des zweiten verletzt.

Die noch sichtbaren Fundamente, die Berufung auf die Fiktion von Homogenität, Einheit und Souveränität und die Behauptung einer unmittelbaren, einfachen Repräsentation der Vielen, tragen nicht mehr allein. Keine kontinuierlich tagende Versammlung, auf der über alles geredet wird, kann als unmittelbare Repräsentation gedacht werden, keine Revolution und keine Ursprungsszene des Volks können zum Mythos erhoben werden. Das reale Volk bildet sich nicht zu einer europäischen Masse, die europäischen Völker bleiben in nationale aufgeteilt.

Europa ist im Gegensatz zur Nation nicht final gedacht, daher muss es beständig seine Berechtigung begründen.[¶] Die Bindungen an das, was traditionell europäische Gemeinschaft genannt wurde, längst aber politische Gesellschaft geworden ist, müssen geklärt werden. Gibt es Bindungen in Zusammenhängen, die sich nicht als fast immer schon existent, als notwendig, als naturgegeben oder als tief verwurzelte Kultur behaupten können? Ist eine weder durch Recht noch Tradition abgesicherte Solidarität der angemessene Begriff, der für die losen Verbindungen der Gesellschaft steht? Die „losen Verbindungen“ müssen politisch und gesellschaftlich ernst genommen werden.

Eine neue Form von losen Verbindungen

Das Europa der Gesellschaft, das Europa einer politischen Form, die es soziologisch als spezifischen Herrschaftsverband herauszuarbeiten gilt, ist nicht identisch mit dem Europa der langen Geschichte von Ideen, Kulturen und Praktiken, insbesondere von Praktiken der Herrschaft. Probleme der Homogenität, der Einigkeit und der Einheit haben sich für Europa nicht in der Form gestellt wie für die Nationalstaaten. Die rassistisch-mörderische Herstellungspraxis der Nation im Falle des

¶ Dies schlägt sich in einer umfangreichen „Finalitätsdebatte“ nieder, siehe nur Ingolf Pernice, Zur Finalität Europas, in: Gunnar F. Schuppert/ders./Ulrich Haltern (Hrsg.), Europawissenschaften, Baden-Baden 2005, S. 743–792; Ulrich Haltern, Finalität, in: Armin von Bogdandy/Jürgen Bast (Hrsg.), Europäisches Verfassungsrecht, Berlin 2009², S. 279–331. Neuerdings auch wieder: Joschka Fischer, Europa ist mehr als nur ein Markt, in: Süddeutsche Zeitung vom 2.3.2016, S. 2.

deutschen Nationalsozialismus war ein wesentlicher Auslöser für die Ausbildung einer politischen Form, die nicht an die zwei von Carl Schmitt als alternativ konzipierten Möglichkeiten, Identität und Repräsentation, anzuschließen war.

Auch wenn nicht alle Nationalstaaten Homogenität kontrafaktisch behaupten, werden sie immer wieder vom Problem der Heterogenität umgetrieben und von der Frage, wie viel sie davon verkraften können. Darauf verweisen die nicht enden wollenden Integrations- und Migrationsdebatten. Europa kann nicht im gleichen Sinn wie die Nationalstaaten auf Vergemeinschaftung, auf Einheit, auf ein vorausgesetztes oder herzustellendes Kollektivbewusstsein setzen. Getragen von den Mitgliedstaaten hat Europa eine eigene Struktur der Vergesellschaftung der zu Unionsbürgern gewordenen Leute entwickelt. Der ökonomische, politisch-rechtliche und sozial-kulturelle Kontext des Politischen, der Auseinandersetzung um die praktische und theoretische Bedeutung der tragenden Konzepte und Begriffe, veränderte sich. Die Bindung von Selbstbestimmung und Souveränität und damit des Begriffs der Demokratie an Staatlichkeit, Territorium und Gemeinschaft wurde gelockert, ohne zu verschwinden.

Gegen die daraus abgeleitete These des Verschwindens der Demokratie aber ist zu prüfen, ob nicht eine Erweiterung stattgefunden hat. Es sind nicht Identität, Homogenität und Souveränität, sondern die immer wieder herzustellende Ähnlichkeit, die Gemeinsamkeit der geteilten Verantwortung und die Prozesse der Einigung, die vermittelt durch den Status des Bürgers als Citoyen der europäischen Gesellschaft die unverbindliche Verbindlichkeit der Solidarität sichern. Solidarität ist nicht traditionell geboten, sie ist nicht an die Unmittelbarkeit der Gemeinschaft gebunden, noch kann sie als garantiert angesehen werden. Kein Recht, auf das man sich berufen könnte, keine Tradition, die verpflichtet. Europa als Gesellschaft ergänzt nationalstaatliche Einheit und Souveränität durch europäische Einigung und Solidarität und verändert sie in diesem Prozess strukturell. Renationalisierungen unterschiedlicher Art, von einigen gefordert, von einigen gefördert, sind rückwärtsweisende Antworten auf diese Europäisierung, die daran zu scheitern droht, dass sie ihre eigenen Grundlagen nicht positiv beschreibt und ver-

teidigt. Europa als Gesellschaft ist weit mehr als eine seit etwa 1970 betriebene Regulierung der Deregulierung. Einigung und Solidarität sind Mittel und Begriffe einer europäischen Gesellschaft, die nicht immer schon da sind, sondern erarbeitet werden müssen, und deren Verhältnis zu Einheit und Souveränität immer wieder justiert werden muss.

Europa als Gesellschaft kann keine ein für alle Mal verbindliche Antwort auf die großen Fragen geben und wird deshalb gern als immerwährender Prozess beschrieben. Doch heute gibt es ein „Wir“, ganz unterschiedliche, teils regionale, nationale und sprachliche, teils thematisch, situativ, immer auch sozial und ökonomisch, interessengeleitet konstituierte „Wir“, die Europa sind. Es wird weder verkörpert noch inkorporiert, und es kann aufhören zu existieren. Europa als Gesellschaft hat keine Ewigkeit, anders als es sich die „zeitlosen“ Nationalstaaten zuschreiben, die sich historisch als viel weniger stabil erwiesen haben, als sie es in der eigenen Vorstellung waren. Eben darum könnte sich Europa als stabil erweisen, und es könnte sich lohnen, es deshalb zu erhalten. Wie die moderne Gesellschaft für den Soziologen Émile Durkheim nicht durch eine mechanisch erfolgende Bindung zusammengehalten werden konnte und durch den Individualismus stabilisiert wurde, an dem sie nach Meinung einiger zeitgenössischer Kritiker zugrunde gehen sollte, so könnte die europäische Gesellschaft eine neue Form von losen Verbindungen institutionalisieren. Diese werden nicht vor allem durch die gemeinsamen Schicksale geformt und durch den „Pathos des Todes“ (Max Weber) und Zwangsbeteiligung gekennzeichnet, sondern durch die unterschiedlichen Möglichkeiten eines vielfältigen, nicht immer geteilten, aber als zusammenhängend akzeptierten Lebensentwurfs integriert.

Konnektivität, dieses modische Wort aus einem anderen Zusammenhang, könnte sich als Form der europäischen politischen Kollektivität erweisen. Nicht die Naivität des leichten Lebens oder einer ebenso naiv erscheinenden Vielfalt prägt dann ein neues, sich veränderndes, sich differenzierendes und wieder zusammensetzendes politisches Kollektiv. Auch nicht die Gesinnung der Herkunft noch eine angenommene einmalige Zustimmung aller Menschen bestimmen Gegenwart und Zukunft, sondern die Ausein-

andersetzung und Beteiligungen, die Verantwortung übernahmen für die Gestaltung eines gegenwärtigen und zukunfts-fähigen Lebens. Dieses europäische Kollektiv bildet keine Klassen, die allerdings in ihm enthalten sind. Es kann keine Masse sein, es bildet kein Volk im klassischen Sinn und es ist keine bloße Ansammlung von *demoi* (Staatsvölkern). Es bilden sich immer wieder ganz unterschiedliche Publika aus, die Gemeinsamkeiten finden und behaupten, ihre Interessen formulieren und die Freiheiten und Möglichkeiten der europäischen Gesellschaft wahrnehmen. Die örtlich-städtischen, regionalen, nationalen und europäisch-überregionalen Publika, deren Diskurse und Beteiligungen, Aktionen und Öffentlichkeiten ergänzen die ausdifferenzierten demokratischen Verfahren auf nationaler und schließlich auch auf europäischer Ebene. Sie unterliegen dabei den Zwängen und Strukturen, Verfahren und Gelegenheiten, die sich ausgebildet haben und ergeben. Europa ist in einem bestimmten Sinn politische Gesellschaft: Es ist postfundamentale Gesellschaft. Ein Teil, der es begründet, sind die Nationalstaaten, die durch eben diese Gründung und Beteiligung zu postsouveränen Nationalstaaten werden. Ihre Souveränität ist nicht mehr, was sie war beziehungsweise behauptete zu sein, es gibt sie nur in reflexiver Form. Die postsouveränen Nationalstaaten können daher immer wieder aufgefordert werden, zur „wirklichen Souveränität“, zu „echter Demokratie“, zum „wahren Volk“ zurückzukehren. Diese aber sind nur Fiktion und Behauptung.

Politische Vergesellschaftung in Europa bezieht sich auf diese Situation und auf Konstellationen, die sich aus ihr ergeben. Auf der Grundlage der gegenwärtigen europäischen Gesellschaft als Herrschaftsverband postsouveräner Nationalstaaten bilden sich alte Konzepte um, verändern sich die Begriffe, kommt es zu Verschiebungen von Bedeutungen und zu Auseinandersetzungen um die Bildung von Kollektiven. Diese können Träger noch nicht vorhersehbarer Konstellationen und der Verwirklichung bestimmter Konzepte sein. Der seit 1950 andauernde beständige Prozess der Bildung der europäischen Gesellschaft hat Strukturen hinterlassen. Als postfundamentale und postsouveräne Gesellschaft gibt es Europa nur mit der Geschichte der Fundamentalismen von Volk und Klasse und mit der Notwendigkeit, das Danach zu entwerfen

und zu gestalten. Wir sind gezwungen, Konzepte zu überdenken, sie darzustellen, zu entwickeln und uns dabei der doppelten Gründung Europas als Gesellschaft nach 1945 und nach 1989 zu vergewissern und die Chancen und Fallen darzustellen, die ein zu veränderndes und sich veränderndes Europa bietet.

Vom Modell der Disziplin zum Modell der Möglichkeiten

Funktionale Differenzierung ging mit nationaler Identifizierung einher. Der begrenzte Nationalstaat konnte als synonym für Gesellschaft begriffen werden. Er bot Sicherheit, viel weniger in einem realen ökonomischen als in einem sozialpsychologischen Sinn. Das Kollektiv war als ein Ganzes vorstellbar, räumlich begrenzt, kulturell abgegrenzt und schließlich sprachlich meist, nach einigen Jahrzehnten, vereinheitlicht, es war vorstellbar als großer Körper des Volks, das sich politisch organisierte. Es galt ein normativer Isomorphismus als behauptete, nicht empirische Angleichung und Gleichsetzung von Kollektiv, Territorium, Macht und Kultur/Sprache.

Als Ganzes ist die politische Gesellschaft Europas in dieser Form nicht vorhanden, das europäische Volk ist nie realisiert, nie vollständig. Die Erweiterungen – und die bisherige Bildung Europas ist eine Geschichte der Erweiterungen – sind kein Zufall. Sie ergeben sich aus der prinzipiellen Unabgeschlossenheit Europas als Gesellschaft. Nichts ist damit darüber gesagt, dass es sich immer um ein Mehr handeln muss – weil Wachstum irgendwann begrenzt ist und weil es ebenso eine Verkleinerung geben kann. Die Form Europas bleibt unabgeschlossen. Dies prägt die Auseinandersetzungen um Eintritte und Austritte, um Grenzen und Begrenzungen, um Zugehörigkeiten. Es bestimmt die europäischen Unsicherheiten. Europa ist an die Situation gebunden, bildet sich beständig um. Es ist deshalb nicht beliebig.

Europa als Gesellschaft ist ein Bestandteil einer Umbildung des nationalistisch-nationalstaatlichen Europas, das mangels Alternative nationalstaatlich bleiben und dennoch die mörderischen Nationalismen überwinden musste. Beginnend mit der Entstaatlichung der Kontrolle über einen Teilmarkt und der Gründung des Europäischen Menschengen-

richtshofs entstand schon Mitte der 1960er Jahre eine neue europäische Zugehörigkeitsstruktur. Die Leute waren nicht mehr nur Staatsbürger, sondern zudem Unionsbürger, die immer mehr soziale und politische Rechte außerhalb ihrer Herkunftsländer und eine Instanz erhielten, diese Rechte einzufordern.

Die Demokratie wurde erweitert, indem sie sich von einem engen Begriff des Demos, der eindimensionalen Zugehörigkeiten zu Nationen, „Rassen“ und schließlich auch Klassen löste, ohne dass diese verschwanden. Demokratie blieb die Herrschaft des Volks, aber Souveränität wurde nun zu einer zwischen den Völkern geteilten. Zugehörigkeit verlor in diesem Prozess nicht ihre Bedeutung, aber ihre Eindimensionalität. Mit den Zugehörigkeiten erweiterten sich die Möglichkeiten. Die Gesellschaft wurde tendenziell von einem Modell der Disziplin auf eines der Möglichkeiten umgestellt. Bezogen auf den Markt bedeutete dies, zur Nutzung individueller Chancen aufzufordern. Bezogen auf die Politik hieß es, nationale Institutionen zu ergänzen und Nationalismen zu temperieren. Bezogen auf die Lebensformen handelte es sich um eine Erweiterung kultureller, sprachlicher und geografischer Handlungsmöglichkeiten. Die Struktur der Bevölkerungen veränderte sich durch europäische Binnenmigration und außereuropäische Einwanderungen.

Disziplin als Ideal und Orientierungspunkt der ersten Moderne wurde mehr und mehr durch Freiheit ergänzt, manchmal ersetzt. Freiheit verbindet sich auf der Handlungsseite mit anderen Anforderungen als Disziplin. Verlangt die eine Befolgung, was keineswegs bedeutet, dass Regeln und Normen tatsächlich befolgt werden, erwartet die andere Flexibilität und Improvisation. Das Konzept der Norm wandelte sich tendenziell hin zu einem Konzept der Möglichkeiten.[†] Das Volk, dieser vermeintliche Fixpunkt der Demokratie und der Nationalismen, war nicht nur praktisch nicht als einheitliches vorhanden, sondern auch theoretisch ein immer wieder durch Regeln und deren Änderung neu zu bestimmender Bezugspunkt. Die Chancen, demokratisch in Freiheit zu leben, konnten nach 1989 durch die Angliederung

an ein Europa, das seine Grenzen erweiterte, wahrgenommen werden. Die osteuropäischen Beitrittsstaaten wurden, kaum dass sie ihre Souveränität (wieder)erlangt hatten, Teil sich festigender postsouveräner Strukturen.

Rückkehr zu Einheit und Souveränität?

Das große „Wir“ des Nationalen brauchte die andere Seite als andere Nation, von der sie sich auf Augenhöhe unterscheiden konnte, und die anderen als großgeschriebenes „Anderes“, etwa Juden und „Zigeuner“. Dieses „Dritte“ in der Grundstruktur der Differenzierung kann je anders besetzt werden. Europa brach mit dieser Konstruktion durch die beschriebene Umstellung von Einheit, die ist, auf Einigung, die hergestellt werden muss.

Doch kann immer wieder auf Einheit verwiesen werden, und dies wird getan, wie etwa in der Vereinigungskrise in Deutschland zu Beginn der 1990er Jahre. Dann kann der Platz des „Dritten“ erneut besetzt werden. Schon in der alten Bundesrepublik wurden zusätzlich zu den traditionell dort platzierten Gruppen Asylsuchende als „Dritte“ markiert. Es geht dann nicht nur um Leute, die schon da sind, sondern um solche, die gerade kommen, kommen wollen oder von denen vermutet oder behauptet wird, dass sie kommen wollen oder schon auf dem Weg seien. Gegenwärtig wird gelegentlich die Summe aller Flüchtlinge weltweit, 60 Millionen, genannt, die nach Europa und vor allem nach Deutschland kommen wollten. Es sind nicht mehr die „nahen Fremden“, deren Stellung der Soziologe Georg Simmel zu Beginn des 20. Jahrhunderts beschrieben und analysiert hatte, sondern die distanzierenden, auf Distanz gehaltenen Fremden, die die Gemüter vor allem, aber nicht nur, der Rechtspopulisten Europas erregen.

Schon vor dem Sommer 2015 gab es Tendenzen zu einer Renationalisierung in Europa und schaffte es eine populistische Rechte in Deutschland Woche für Woche, Tausende von Leuten gegen eine behauptete Islamisierung und für ein antieuropäisches Europa zu mobilisieren. In Frankreich erscheint der Rechtspopulismus als eine Moderierung und Republikanisierung des etablierten rechtsextremistischen Front National, der zudem

[†] Vgl. Christoph Möllers, Die Möglichkeit der Normen, Berlin 2015.

antikapitalistische Themen aufgenommen und ebensolche Sprachen übernommen hat. Diese Übernahme beschränkt sich nicht auf Frankreich und verweist auf eine zweite, neben den Anti-Integrations- und Migrationsdiskurs tretende wesentliche Dimension einer rechtspopulistischen Gegenwarts kritik. Sie ist antieuropäisch und häufig auch antikapitalistisch. Europa wird mit einem kosmopolitischen Kapitalismus gleichgesetzt. Der neue europäische Nationalismus ist europhob und xenophob. Er besteht aus einem doppelten Affekt, der sich nicht aus Angst speist und der nicht einmal eine reale Sorge hat, um die Kinder, um die Rente, um die Geltung der Krankenkassenmitgliedskarte. Die geäußerte Sorge des „besorgten Bürgers“ vor der Islamisierung ist eine Rechtfertigung vor sich selbst. Es muss einen Grund geben, warum man immer wieder Woche für Woche am gleichen Ort steht. Es ist eine Rechtfertigung, die weiß, dass der angegebene Grund keiner Überprüfung standhält. Die Behauptung gilt als Wahrheit. Sie muss nur wiederholt, nicht aber überprüft werden. Wiederkehr und Wiederholung, das Immergleiche am immer gleichen Tag, das System, die Lügenpresse, der Euro, der Islam, die Einwanderung und die Flüchtlinge – das alles will dieses selbsterklärte Volk nicht mehr. Dieses Volk ist undemokratisch. Es will nicht überzeugen, sondern affizieren und erregen, häufig nicht mehr in Form der polemischen Rede, sondern des unmittelbaren Appells: Wir sind souverän und wollen homogen sein. Der Nationalismus ist auf seinen Kern reduziert. Er hätte weniger Erfolgchancen, würde er sich nicht als Europhobie darstellen.

Und als xenophob. Es gibt sehr viele Flüchtlinge. Es gab sie auch vor dem Sommer 2015. Die Zahl hat sich nicht verändert. Sie waren noch nicht bei uns. Noch waren sie in den Lagern, auf den Wegen, in den Booten und auf den Inseln. Es waren und sind noch immer die Wenigen, die es hierher geschafft haben. Sie haben das Warten, das Ausharren in einem Lager, in einer der immer weiteren Zerstörung geweihten Städte, beendet und sind ausgezogen, mit unsicherem Ausgang. Sie hoffen, zu den Wenigen zu gehören, die dem Grauen entfliehen können. Sie kommen in das Europa der Gesellschaft oder an dessen Grenzen. Sie kommen in ein Europa, dass sich immer weniger einigen kann und sich immer mehr auf die vielen Einheiten beruft,

die ihm doch zugrunde liegen. Die unilaterale Entscheidung der deutschen Regierung, viele Flüchtlinge im Sommer 2015 aufzunehmen, enthält eine andere, gleichfalls nationale Seite. Ebenso die formelle Unterstützung aus Frankreich, die faktisch durch Nichtaufnahme unterlaufen wurde. Die Anforderung und Notwendigkeit zur Einigung kann sowohl durch Entscheidung unterlaufen als auch durch nur formale Zustimmung sabotiert werden. Einigung aber ist die notwendige Voraussetzung zur Solidarität.

Wird Einheit und Souveränität höher bewertet als Einigung und Solidarität und gegen diese ausgespielt, ja wird Homogenität erneut zum Wert und Ziel erklärt, dann ist Europa als Gesellschaft infrage gestellt. Da dessen Form immer unabgeschlossen sein wird und sein muss, sind Verkleinerungen ebenso denkbar wie der bisherige Weg der Erweiterungen. Scheitert das Europa der Gesellschaft, wird es weniger demokratisch, weniger sozial und weniger frei zugehen. Europa ist postfundamentale Gesellschaft, die ein „Europa im Kampf der Zölle, der Klassen und der Völker“ ablöst.¹⁵ Dafür musste und muss es immer mehr sein als ein Zollverein. Im Europa als Gesellschaft sind zwei Extrempole ausgeschlossen. Weder können „alle“, was immer dies heißen mag, aufgenommen werden, noch keine, oder: weniger als eins. Beide Extreme widersprechen der politischen Struktur Europas. Die losen Verbindungen Europas als Gesellschaft brauchen ein *conscience connective*, ein Konnektivitätsbewusstsein als Grundlage für europäische Einigung und Solidarität.

¹⁵ So lautete die Überschrift über das erste Kapitel einer zeitgenössischen Europaschrift des Musikers und Europaaktivisten Boris Hubermann, Vaterland Europa, Berlin 1932. Die Aufrechterhaltung der Nationalstaaten, so Hubermann, führe zu „internationalem Mißtrauen, Rüstungswahn, Steuerüberlastung, finanziellem, budgetärem und valutarischem Zusammenbruch, Versagen des Weltmarktes, Ersticken im gegenseitigen Schutzzoll des Innenmarktes, Produktionsverfall, Arbeitslosigkeit, Klassenhaß, Bürgerkrieg, Völkerkrieg, Chaos“ (S. 89). Bei den Auseinandersetzungen um Europa geht es nicht erst heute schnell um alles.



Gehören Sie zur Elite?

**Oder verorten Sie
sich eher in der Mittel-
schicht?**

**Fühlen Sie sich gar
ausgegrenzt?**

Wer zu den Eliten und zu den Reichen im Land gehört, wer die gesellschaftliche Mitte bildet, wer von Armut und Ausgrenzung betroffen ist und wie sich soziale Ungleichheit entwickelt hat, erfahren Sie in der APuZ-Edition „Oben – Mitte – Unten“. Diese bietet differenzierte Analysen zur Sozialstruktur, mit Fokus auf der Gesellschaft in Deutschland, verbunden mit Blicken auf europäische und globale Entwicklungen.



APuZ-Edition:

Oben – Mitte – Unten

Zur Vermessung der
Gesellschaft

Bonn 2015

Bestell-Nr.: 1576 | 4,50 Euro

Bestellbar unter:

www.bpb.de/205598

„APuZ aktuell“, der Newsletter von

Aus Politik und Zeitgeschichte

Wir informieren Sie regelmäßig und kostenlos per E-Mail über die neuen Ausgaben.

Online anmelden unter: www.bpb.de/apuz-aktuell

APuZ

Nächste Ausgabe 16–17/2016 · 18. April 2016

Unternehmertum

Friederike Welter · Jutta Gröschl

Unternehmer und Unternehmerinnen in Deutschland

Christina Hoon

Management und Erfolgsfaktoren von Familienunternehmen

Nancy Richter · Thomas Schildbauer

Innovation, Gründungskultur und Start-Ups made in Germany

André Habisch · Anne Decker

Social Entrepreneurship:
Ein Gespräch über Theorie und Praxis

René Leicht

In einem gänzlich anderen Licht:
Unternehmertum von Migrant(inn)en



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-NichtKommerziell-Keine-Bearbeitung 3.0 Deutschland.

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn



Redaktion

Lorenz Abu Ayyash (Volontär)
Anne-Sophie Friedel
Barbara Kamutzki
Johannes Piepenbrink
Anne Seibring
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Telefon: (02 28) 9 95 15-0
www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Redaktionsschluss dieses Heftes:
24. März 2016

Druck

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurahessenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Satz

le-tex publishing services GmbH
Weißenfeller Straße 84
04229 Leipzig

Abonnementservice

Aus Politik und Zeitgeschichte wird
mit der Wochenzeitung **Das Parlament**
ausgeliefert.

Jahresabonnement 25,80 Euro; für Schüle-
rinnen und Schüler, Studierende, Auszubil-
dende (Nachweis erforderlich) 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.

Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung **Das Parlament**
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 7501 4253
Telefax (069) 7501 4502
parlament@fs-medien.de

Nachbestellungen

Publikationsversand der Bundeszentrale
für politische Bildung/bpb
Postfach 501055
18155 Rostock
Fax.: (038204) 66273
bestellungen@shop.bpb.de
Nachbestellungen ab 1 kg (bis 20 kg)
werden mit 5,00 Euro berechnet.

Die Veröffentlichungen
in **Aus Politik und Zeitgeschichte**
stellen keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin dar; sie dienen
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X

Zufluchtsgesellschaft APuZ 14–15/2016 Deutschland

Herfried Münkler

3–8 **Die Mitte und die Flüchtlingskrise**

Deutschland als Macht in der Mitte Europas wird genauso herausgefordert durch die Flüchtlingskrise wie die soziopolitische Mitte Deutschlands. Beide Mittelpositionen verpflichten zu Verantwortung und Ausgleich.

Christian Jakob

9–14 **Flüchtlinge verändern Deutschland**

Brandanschläge und pöbelnde Menschenmengen legen einen Vergleich mit den 1990er Jahren nahe. Doch etwas ist anders: Deutschland hat akzeptiert, dass es ein Einwanderungsland ist. Dazu beigetragen haben vor allem Flüchtlinge selbst.

Fatima El-Tayeb

15–21 **Rassismus, Fremdheit und die Mitte der Gesellschaft**

Die zunehmend ablehnende Haltung der Bevölkerungsmehrheit gegenüber Geflüchteten ist weniger eine Überforderung denn Ausdruck eines zwanghaft wiederholten Prozesses der Abgrenzung von einem imaginären „Fremden“.

Volker Kronenberg

22–27 **Patriotismus in Krisenzeiten**

Patriotismus bedeutet nicht das Sich-Abschließen von Anderen, im Gegenteil. Er steht für das Willkommenheißten des Neuen – gepaart mit dem Anspruch, den vorhandenen soziomoralischen Konsens anzuerkennen, sich an „Spielregeln“ zu halten.

Sina Arnold · Sebastian Bischoff

28–34 **Nationale Identität in Krisenzeiten**

In der aktuellen „Flüchtlingskrise“ offenbart sich auch eine allgemeine Krise der deutschen Gesellschaft und ihrer Identitäten. Neben unterschiedlichen Bezugnahmen auf die „Nation“ lässt sich auch eine Vision des Postnationalen formulieren.

Priska Daphi

35–39 **Engagement für Flüchtlinge**

Zivilgesellschaftliches Engagement für Flüchtlinge hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Es verbessert nicht nur Unterbringung und Betreuung, sondern beeinflusst auch Einstellungen gegenüber Flüchtlingen vor Ort positiv.

Ulrich Bielefeld

40–45 **Europa: Vergesellschaftung jenseits des Nationalstaates**

Europa als Gesellschaft ist auf andere Verbindungen angewiesen als die Nation, auf Solidarität und Einigung statt Einheit und Souveränität. Wird gar Homogenität erneut zum Wert und Ziel erklärt, dann ist diese Gesellschaft infrage gestellt.